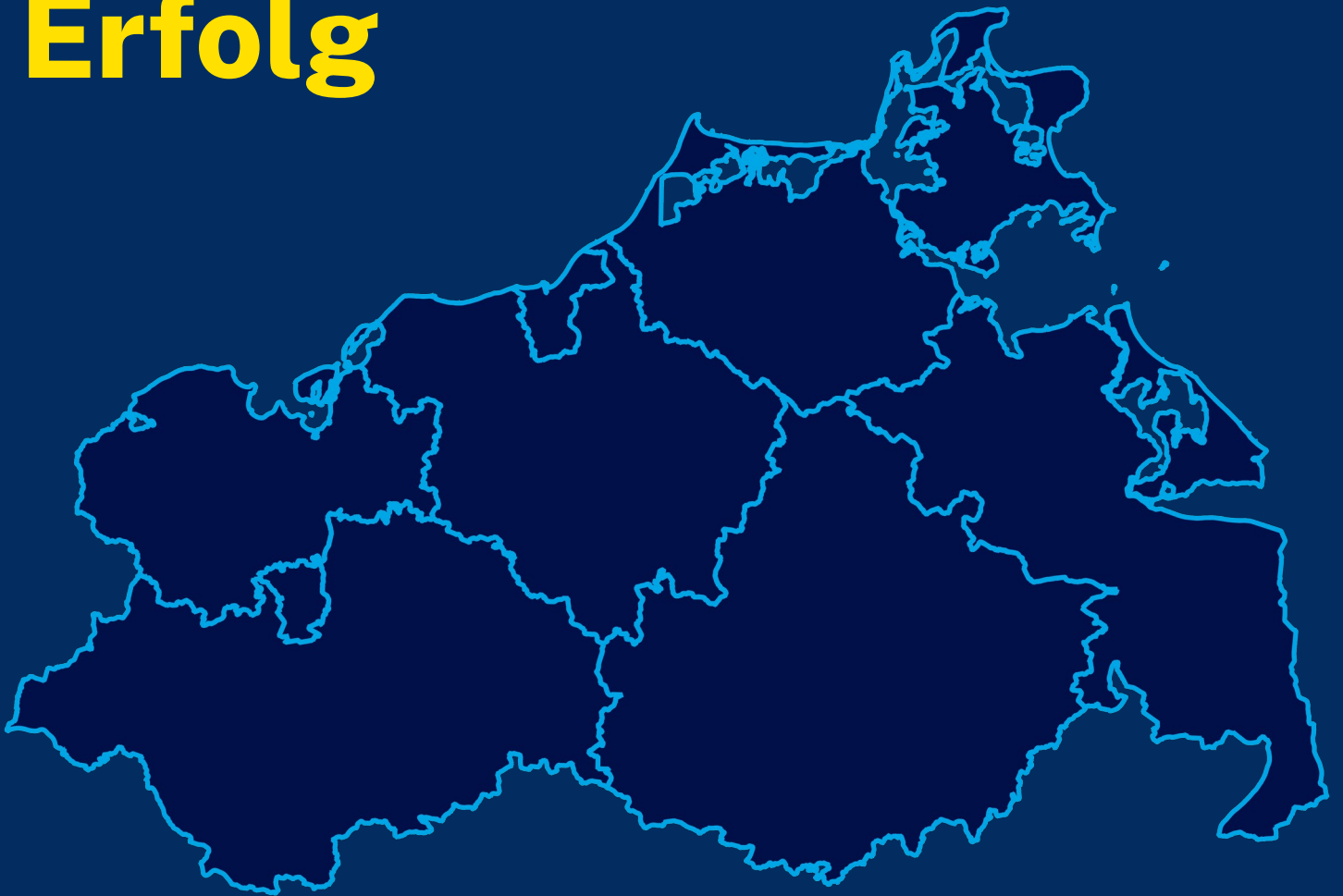


Programm zur Landtagswahl
Mecklenburg-Vorpommern 2026

Freiheit
Leistung
Erfolg




Du willst
was reißen?
Wir auch.

Landesverband
Mecklenburg-Vorpommern

FDP

Inhaltsverzeichnis

Wirtschaft und Arbeit	3
Selbstbestimmtheit braucht Versorgungssicherheit im ganzen Land	36
Bürger und Staat	54
Infrastruktur – Digitalisierung – Energie	54
Finanzen und Haushalt	67
Kommunen als Fundament und Rückgrat des Landes	74
Beste Bildung für Mecklenburg-Vorpommern	81
Ehrenamt ist gelebte Freiheit und Eigenverantwortung	121
Rechtsstaatlichkeit	130


Du willst was reißen?
Wir auch.

Wirtschaft und Arbeit

Freiheit für Wachstum – den Standort stärken

Freiheit, Initiative und Eigenverantwortung sind die Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg. Nur eine starke Wirtschaft schafft Wachstum, sichere Arbeitsplätze und die finanziellen Spielräume für Bildung, Infrastruktur und soziale Sicherheit. Doch Mecklenburg-Vorpommern wächst seit Jahren nicht nachhaltig. Investitionen bleiben aus, Planungsverfahren dauern zu lange und geeignete Flächen fehlen. Die Folge: Unternehmen wandern ab oder investieren anderswo. Arbeitsplätze entstehen nicht oder gehen verloren. Das können wir uns nicht leisten.

Wir Freie Demokraten wollen Mecklenburg-Vorpommern eine neue wirtschaftliche Dynamik geben. Das Ziel unserer Wirtschaftswende ist ein wirtschaftlicher Aufbruch, der Investitionen erleichtert, Innovationen ermöglicht und neue Arbeitsplätze schafft.

Unsere Wirtschaft ist geprägt von kleinen und mittleren Unternehmen. Gerade sie sind schnell, innovativ und nah am Kunden. Doch sie brauchen Freiraum, fairen Wettbewerb und offene Märkte. Wer nur verwaltet, verspielt Chancen.

Mecklenburg-Vorpommern hat das Potenzial, ein führender Wirtschafts-, Forschungs-, Tourismus- und Kulturstandort im Ostseeraum zu sein. Dieses Potenzial gilt es zu heben. Eine starke und resiliente Wirtschaft ist Grundvoraussetzung für Wohlstand, sozialen Frieden und zukunftsfähige Arbeitsplätze.

Andere Regionen zeigen: Strukturwandel gelingt, wenn die Politik mutige Ziele setzt und Hürden abbaut. Genau das wollen wir tun. Mecklenburg-Vorpommern soll das Bundesland werden, in dem Menschen Ideen entwickeln, Unternehmen gründen und gute Arbeit finden.

Eine wesentliche Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum ist die zügige und unbürokratische Bereitstellung von ausreichenden und geeigneten Industrie- und Gewerbeflächen mit attraktivem Erschließungsstand. Hierfür bedarf es eines besseren landesweiten Gewerbeflächenmanagements, damit die für Ansiedlungen oder Erweiterungen benötigte Flächen schnell, unkompliziert und planungssicher zur Verfügung gestellt werden können. Dazu sind die Landes- und Regionalplanung sowie die kommunale Bauleitplanung besser miteinander zu verzahnen, um die Komplexität der Planungs- und Genehmigungsverfahren zu reduzieren und die Flächenbereitstellung zu beschleunigen. Jahrelange Hängepartien und ungeklärte Rechtsauffassungen zwischen Behörden der verschiedenen Ebenen schaden dem Standort Mecklenburg-Vorpommern.

In besonders strukturschwachen Regionen wollen wir wirtschaftliche Freiheitszonen einrichten.

Dort schaffen wir befristet einen vereinfachenden regulatorischen Rahmen, beschleunigen wir Planungs- und Genehmigungsverfahren deutlich, reduzieren Dokumentationspflichten und begünstigen Investitionen steuerlich.

Ziel ist es, neue Unternehmen anzusiedeln, Innovationen zu fördern und wirtschaftliche Dynamik auch außerhalb der großen Zentren zu schaffen.

Maritime Wirtschaft als Zukunftsmotor

Die maritime Wirtschaft ist ein zentraler Pfeiler der Wirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns. Werften, Seehäfen, maritime Zulieferer und Forschungseinrichtungen bieten große Zukunftschancen. Wir wollen maritime Wertschöpfungszentren aufbauen, in denen Werften, Zulieferindustrie, Forschung und neue Technologien eng zusammenarbeiten. Besonders große Potenziale sehen wir im Bau von Spezialschiffen, Offshore-Technologien, maritimer Verteidigungsindustrie sowie bei klimafreundlichen Schiffsantrieben.

Die Rahmenbedingungen für die maritime Wirtschaft haben sich allerdings verändert. Neben der Bereitstellung von ausreichend Entwicklungsflächen braucht es auch eine strukturelle Stärkung der kleinen und mittelständischen Betriebe im Hafenumland. An den maritimen Wirtschaftsstandorten des Landes sollen wettbewerbsfähige und spezialisierte Wertschöpfungszentren entstehen. Neben der Verteidigungsindustrie, dem Konverterplattformbau, der Munitionsbergung und dem Bau von Forschungs- und Spezialschiffen sind zum Beispiel durch Umrüstung der Antriebstechnik für ganze Flotten völlig neue Geschäftsfelder zu erschließen, die besondere Rahmenbedingungen brauchen. Wir Freie Demokraten stehen genau für diese rahmensetzende Wirtschaftspolitik ohne staatliche Einmischung oder Besserwisserei.

Energie als Standortvorteil nutzen

Mecklenburg-Vorpommern hat hervorragende Voraussetzungen für erneuerbare Energien und Wasserstofftechnologien. Doch bisher profitieren andere Regionen stärker von dieser Wertschöpfung.

Wir wollen, dass Energieerzeugung, Speicherung und industrielle Nutzung stärker im Land stattfinden. Klimaneutralität wollen wir Freie Demokraten technologieoffen, marktwirtschaftlich, kosten- und emissionseffizient erreichen. Das heißt mit Wettbewerb der besten Lösungen statt staatlicher Detailsteuerung.

Dazu gehören der konsequente Netzausbau, moderne Speichertechnologien, CO₂-Speicherung sowie zirkuläres Wirtschaften, also das Wiederverwenden von Rohstoffen im Kreislauf. Dazu gehört es auch, Verschärfungen europa- und bundesrechtlicher Umweltvorgaben abzuwehren.

Wir Freie Demokraten werden uns für die Etablierung eines europaweiten Strommarktsystems einsetzen, wonach der Großhandelspreis für Strom nicht einheitlich gilt, sondern an spezifischen Netzpunkten einzeln bestimmt wird, um Strom für die Wirtschaft regional günstiger anbieten zu können.

Wissen in Wertschöpfung verwandeln

Unsere Hoch- und Berufsschulen verfügen über enormes Innovationspotenzial. Zu selten entstehen daraus jedoch Unternehmen. Deshalb wollen wir Gründer und Innovationszentren stärken, die Rahmenbedingungen für Ausgründungen und den Transfer geistigen Eigentums in marktfähige Produkte verbessern. Bürokratische und rechtliche Hürden beim Übergang von Forschung in Unternehmertum bauen wir ab. Studierende, Absolventen und Wissenschaftler sollen leichter den Schritt in die Selbstständigkeit gehen können.

Die Situation der Berufsbildungszentren ist gezielt zu stärken, sowohl in finanzieller als auch in infrastruktureller Hinsicht. Sie stellen einen elementaren Bestandteil der Bildungslandschaft Mecklenburg-Vorpommerns dar. Wir Freie Demokraten wollen sie zu regionalen Innovationszentren für die Fachkräfte von Morgen ausbauen.

Wir Freie Demokraten sprechen uns für eine Agentur für Sprunginnovationen zur systematischen Förderung disruptiver Technologien aus. Diese soll sich vor allem in Zusammenarbeit mit den Hochschulen des Landes um die Entwicklung von Technologien kümmern, die auf den besonderen wirtschaftsstrukturellen Potenzialen Mecklenburg-Vorpommerns aufbauen. Die Agentur soll helfen, die bestehenden innovativen Potentiale der Wirtschaft und Hochschullandschaft Mecklenburg-Vorpommerns noch besser zu nutzen.

Wir Freie Demokraten wollen einen revolvierenden Fonds zur Unterstützung von Unternehmensnachfolgen in Mecklenburg-Vorpommern aufsetzen, der die Eigenkapitalbasis für Unternehmensnachfolger stärkt. So erleichtern wir Betriebsübernahmen. Ohne Nachfolge droht die Schließung. Und das hat fatale Folgen für die Arbeitsplätze und unsere Region.

Wir Freie Demokraten werden:

- die soziale Marktwirtschaft konsequent stärken. Gewerbe- und Vertragsfreiheit, Privateigentum und freie Preisbildung gilt es zu verteidigen – auch und erst recht in Krisenzeiten.
- Bürokratie systematisch abbauen und neue Regeln auf das notwendige Maß begrenzen. Zu viele Vorschriften hemmen Investition. Vor der Verabschiedung neuer Gesetze wollen wir eine ehrliche Folgekosten-Abschätzung. Regelungen sind nur so weit zu treffen, wie sie zwingend erforderlich sind. Alle Gesetze und Verordnungen erhalten ein Verfallsdatum, ohne nachweisbaren Nutzen treten sie außer Kraft.
- überholte Vorschriften konsequent streichen.
- die Wirtschaftspolitik auf gute Rahmenbedingungen konzentrieren statt auf staatliche Detailsteuerung.
- Mecklenburg-Vorpommern zum Innovationsstandort ausbauen. Wir stärken die Zusammenarbeit von Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft, damit gute Ideen schnell marktfähig werden.
- befristete wirtschaftliche Freiheitszonen in strukturschwachen Regionen einführen. Dort schaffen wir regulatorische Freiräume und setzen gezielte Anreize für Investitionen.

Verantwortungsvolles Unternehmertum verdient Anerkennung

Unsere soziale Marktwirtschaft lebt von Menschen, die Ideen haben, Initiative ergreifen, Risiken eingehen und einen Mehrwert für sich und für die Gesellschaft schaffen.

Doch Unternehmertum wird heute oft skeptisch betrachtet. Wir wollen das ändern. Unternehmergeist verdient Respekt und Anerkennung. Unternehmerinnen und Unternehmer sind nicht nur Arbeitgeber und Steuerzahler. Sie fördern Sport, Kultur und viele gemeinnützige Einrichtungen. Viele Betriebe bilden junge Menschen aus und sichern so Fachkräfte und Perspektiven in ganzen Regionen.

Schulen sollten dazu beitragen, erste Berührungspunkte mit Unternehmertum, Selbstständigkeit und wirtschaftlicher Verantwortung zu schaffen.

Wir Freie Demokraten werden:

- eine Kultur der Wertschätzung für verantwortungsvolles Unternehmertum etablieren. Insbesondere gegenüber jeder und jedem, die oder der Arbeitsplätze in unserem Land schafft.
- wirtschaftliche Bildung stärken und Schulen mehr Raum für freiwillige Wahlpflicht- und Praxisformate geben, die Einblicke in Unternehmertum und Selbstständigkeit ermöglichen.
- die Gründungskultur in unserem Bundesland stärken. Wir entbürokratisieren den Einstieg in die Selbstständigkeit. Zusätzlich führen wir ein Gründungsstipendium nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens ein, das allen jungen Menschen offenstehen soll.

Vertrauen in die Eigenverantwortung der Wirtschaft

Politik und Verwaltung sind nicht die besseren Unternehmer – ganz im Gegenteil: Immer, wenn der Staat bisher versuchte, Märkte zentral zu steuern oder Betrieben ihre Produktion vorzuschreiben, scheiterte das. Denn politische Entscheidungsträger tragen kein eigenes wirtschaftliches Risiko. Sie haften nicht mit ihrem Vermögen, sie stehen nicht mit ihrer Existenz ein. Zudem fehlen das konkrete Branchenwissen und die Nähe zum Markt.

Die Folgen sind teuer. Fehlentscheidungen werden mit Steuergeld kaschiert. Strukturwandel wird verzögert, statt gestaltet. Beispiele aus Mecklenburg-Vorpommern, etwa die kostspieligen Rettungsversuche der Werftstandorte ohne tragfähige Konzepte, zeigen, wohin staatliche Eingriffe führen.

Die Aufgabe der Politik ist die Rahmensetzung. Der Staat muss faire Wettbewerbsbedingungen schaffen.

Gerade in Mecklenburg-Vorpommern mit seiner Prägung durch Kleinst- und Kleinunternehmer ist das entscheidend. Egal ob Handwerkerin, Landwirt, Freiberufler oder Solo-Selbstständige – sie brauchen Freiraum für ihr Kerngeschäft und keine Kämpfe gegen überbordende Bürokratie.

Die richtige Wirtschaftspolitik entfesselt die Unternehmen in unserem Land und ermöglicht Wohlstand und Gestaltungsspielräume für jeden Einzelnen. Wir wollen eine Politik des Vertrauens und eine Verwaltung, die ermöglicht statt verhindert.

Wir Freie Demokraten werden:

- Mecklenburg-Vorpommern zu einem unbürokratischen Musterland machen als Vorreiter für persönliche und wirtschaftliche Freiheit.
- staatliche Wirtschaftstätigkeit streng begrenzen. Wir ändern die Kommunalverfassung so, dass wirtschaftliche Aktivitäten der öffentlichen Hand nur unter hoher Transparenz und ohne Verdrängung privater Anbieter erfolgt.
- keine kopf- und planlosen Rettungsversuche mit Steuergeld zulassen. Das Land darf und kann unternehmerisches Risiko und die Verantwortung für unternehmerische Fehlentscheidungen grundsätzlich nicht abnehmen. Steuergeld ist kein Ersatz für tragfähige Geschäftsmodelle
- ein sofortiges Regulierungs- und Bürokratiemoratorium einführen. Nicht zwingend notwendige Berichts- und Dokumentationspflichten werden auf Landesebene ausgesetzt. Auf Bundes- und Europaebene setzen wir uns für vergleichbare Entlastungen ein.
- alle bestehenden Berichts- und Dokumentationspflichten überprüfen und auf ein zwingend notwendiges Minimum reduzieren. Für jede neue Landesvorgabe werden zwei alte gestrichen oder zusammengeführt.

- jede neue Regel mit einem Ablaufdatum versehen, damit ihre Wirksamkeit überprüft werden kann und sie entweder aktiv verlängert werden muss oder automatisch ausläuft.
- überflüssige Regeln im Land konsequent streichen und uns auch im Bundesrat dafür einsetzen.
- ein unabhängiges Normenkontrollgremium einsetzen. Mit Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung, die Gesetze auf ihre realen Bürokratiefolgen prüfen.
- Genehmigungsfiktionen prüfen und einführen. Wir führen feste Entscheidungsfristen ein. Wird nicht rechtzeitig entschieden, gilt es als genehmigt. Wo möglich, ersetzen wir Genehmigungsverfahren durch einfache Anzeigen.
- eine digitale Entlastungsplattform einrichten, auf der Unternehmen und Verwaltungsmitarbeiter unnötige, ineffiziente oder hinderliche Regelungen und Prozesse direkt melden können.
- keine landesseitigen Verschärfungen von bundes- oder europarechtlichen Vorgaben vornehmen. Vorgaben, etwa in Umweltfragen, müssen ambitioniert, aber auch verhältnismäßig sein.
- frühzeitige, digitale Beteiligungsverfahren einführen. Bürgerinnen und Bürger als auch Fachverbände erhalten über ein barrierefreies Online-Portal rechtzeitig Einblick in Gesetzesentwürfe und können ihre Expertise einbringen, transparent und ohne spätere Blockaden.
- einen Rechtsanspruch auf digitale Verwaltungsleistungen schaffen.
- konsequent das Once-Only-Prinzip umsetzen, wonach Daten nur einmal abgefragt werden dürfen. Einheitliche Schnittstellen sichern reibungslose Abläufe.

Vergaberecht entschlacken

Mecklenburg-Vorpommern braucht dringend Investitionen in Straßen, Schulen und öffentliche Gebäude. Doch viele Projekte kommen nicht voran. Der Grund liegt im übermäßig komplizierten Vergaberecht der Landesregierung.

Die Folge: Geld steht bereit, kann aber nicht abfließen. Unternehmen verzichten auf Angebote, weil der bürokratische Aufwand zu groß ist. Wettbewerb findet kaum noch statt. Auch in den Behörden entstehen Probleme. Viele Vorgaben, wie etwa der Vergabe-Mindestlohn, lassen sich kaum kontrollieren, weil Personal und praktikable Verfahren fehlen. Regeln, die nur auf dem Papier stehen, aber sowieso nicht umgesetzt werden können, helfen niemandem.

Wir Freie Demokraten wollen ein modernes und schlankes Vergaberecht. Öffentliche Investitionen müssen schneller, einfacher und praxisnah umgesetzt werden können. Regeln sollen sich auf das Wesentliche konzentrieren: fairen Wettbewerb und Wirtschaftlichkeit. Fachfremde, politische Zusatzforderungen, die nichts mit dem eigentlichen Auftrag zu tun haben, gehören nicht ins öffentliche Vergabeverfahren. Solche Fragen müssen vorher politisch entschieden werden, nicht im einzelnen Bauauftrag.

Die 16 Bundesländer haben 16 verschiedene Vergabegesetze. Wir Freie Demokraten fordern daher eine radikale Modernisierung des Vergaberechtes unter Herauslösung aller vergabefremden Kriterien. Aufträge sollen nach unseren Plänen erst ab einem Auftragswert in Höhe der EU-Schwellenwerte von 216.000 € für Dienstleistungen und ab 5.404.000 € für Bauleistungen ausgeschrieben werden müssen und dem Vergaberecht unterliegen. Sie sollen sich auch künftig an den EU-Schwellenwerten orientieren, um ein Dickicht an verschiedenen Schwellenwerten von vornherein zu vermeiden. Die Vielzahl von vergabefremden Regelungen, wie beispielsweise der Vergabe-Mindestlohn und Mindest-Arbeitsbedingungen müssen ersatzlos gestrichen werden. Die Verfahrensregelungen sollen vereinheitlicht werden und im Kern die Regelungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen und der Vergabeverordnung übernehmen.

Wir Freie Demokraten werden:

- das Vergaberecht reformieren. Das bestehende Tariftreue- und Vergabegesetz lösen wir ab und ersetzen es durch ein schlankes, einfaches Vergabegesetz. Dabei stehen allein der faire Wettbewerb und die Wirtschaftlichkeit im Fokus.
- vergabefremde und bürokratische Regelungen ersatzlos streichen.
- die Verfahrensregelungen und die Schwellenwerte an das europäische Vergaberecht angleichen und die Regelungen gegen Wettbewerbsbeschränkungen und die Vergabeordnung mit Vereinfachungen auch unterhalb der EU-Schwellenwerte in Mecklenburg-Vorpommern anwenden.

Industrie- und Innovationspolitik

Mecklenburg-Vorpommern nutzt das wirtschaftliche Potenzial bislang nicht voll aus. Der Innovationsgrad vieler Unternehmen ist niedrig und häufig entsteht nur ein kleiner Teil der Wertschöpfung in unserem Land. Die Folge: Das Lohnniveau liegt oft unter dem Bundesdurchschnitt, gut ausgebildete Fachkräfte wandern ab.

Ein starker Industriesektor kann hier den Unterschied machen. Industrie schafft gut bezahlte Arbeitsplätze und treibt Innovationen voran. Doch nach fünf Jahren Regierung von SPD und Linkspartei hat sich die Industriedichte in Mecklenburg-Vorpommern kaum verbessert.

Dabei ist wirtschaftliche Entwicklung kein Naturgesetz: Industriezentren können sich verlagern. Neue Wirtschaftszweige können entstehen. Bayern und das Ruhrgebiet sind nur zwei Beispiele, in denen sich die regionale Wirtschaftsstruktur stark verändert hat.

Das Gleiche ist auch bei uns an der Küste möglich. Der weltweite Bedarf an maritimen Technologien wächst. Gleichzeitig verändern Digitalisierung und die Umstellung auf eine CO₂-neutrale Wirtschaft Schifffahrt, Häfen und Industrie grundlegend.

Unsere Unternehmen, Werften, Ingenieurbüros und Forschungseinrichtungen können dabei wichtige Lösungen entwickeln. Mecklenburg-Vorpommern verfügt über gute Hochschulen, innovative Institute und qualifizierte Fachkräfte. Damit daraus wirtschaftlicher Erfolg entsteht, braucht es jedoch bessere Rahmenbedingungen und eine klare Strategie.

Große Chancen liegen etwa in Wasserstoff, Kernfusion und weiteren Zukunftstechnologien im Energiebereich. Auch in der maritimen Wirtschaft, in der Landwirtschaft und in technologiegestützten Wertschöpfungsketten kann Mecklenburg-Vorpommern eine führende Rolle übernehmen.

Unser Land hat dafür gute Voraussetzungen: Platz für neue Industrieansiedlungen, motivierte Fachkräfte, starke Forschung und als Küstenland direkten Zugang zu wichtigen Handelswegen.

Was fehlt, ist eine klare wirtschaftspolitische Strategie mit konkreten Zielen, Kennzahlen und messbaren Ergebnissen.

Wir Freie Demokraten wollen hingegen die Chancen nutzen. Unser Ziel ist klar: mehr Innovation, mehr Industrie und mehr gut bezahlte Arbeitsplätze in Mecklenburg-Vorpommern.

Wir Freie Demokraten werden:

- die Rahmenbedingungen für Industrie, Forschung und private Investitionen in Mecklenburg-Vorpommern verbessern und bestehende Innovations- und Investitionshemmnisse systematisch abbauen.
- Bestandsunternehmen stärken und neue Industrien ansiedeln, ohne einzelne Branchen oder Technologien politisch zu bevorzugen, und dabei auch die Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern gezielt nutzen.

- Forschung, Technologietransfer und private Ausgründungen durch schlanke Verfahren, klare Zuständigkeiten und weniger bürokratische Hürden erleichtern.
- die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Mecklenburg-Vorpommern bei maritimer Wirtschaft, Verteidigungswirtschaft, Energie, Digitalisierung und neuen industriellen Technologien wettbewerbsfähig bleibt und neue Wertschöpfung entstehen kann.
- Chancen ermöglichen insbesondere in den Bereichen Wasserstoff, Energiespeicherung, Batterietechnologie, Kernenergie, maritime Technologien und weiteren industriellen Zukunftsfeldern - ausdrücklich technologieoffen und ohne staatliche Vorfestlegung auf einzelne Lösungen.
- unsere Häfen, Industrieflächen und Genehmigungsverfahren so aufstellen, dass private Investitionen in Energieimporte, industrielle Produktion, Speicherung und Weiterverarbeitung technologieoffen möglich werden.
- Bestandsunternehmen stärken und neue Industrien ansiedeln, ohne dabei Branchen ideologisch zu bevorzugen.
- Innovations- und Investitionshemmnisse systematisch abbauen.
- Forschungsstandorte ausbauen. Die Verantwortung für Forschungsinstitute soll durch eine ressortübergreifende Stelle begleitet und unterstützt werden. Sie soll bestehende regionale Innovationsstrategien fortentwickeln und Hindernisse, speziell für die Spitzenforschung in Mecklenburg-Vorpommern identifizieren.
- die Wasserstoff-Industrie aktiv fördern, sei es in Form der Energieerzeugung auf See, der Erforschung neuer Technologie in diesem Feld oder der Ertüchtigung unserer Häfen für Wasserstoff-Importe aus anderen Ländern.
- Innovationen und Weiterentwicklungen von Energiespeichertechnologie und Batterien fördern.
- Mecklenburg-Vorpommern zu einem Zentrum für maritime Innovationen ausbauen.
- Bundeswehrstandorte stärker als wichtige Wirtschaftsfaktoren erkennen und uns aktiv um Ausbau und weitere Ansiedlung bemühen.

Innovation, digitale Wirtschaft und Künstliche Intelligenz als Treiber

Die Wirtschaft der Zukunft ist für uns Freie Demokraten digital – und sie nutzt Künstliche Intelligenz. Für Mecklenburg-Vorpommern ist das eine große Chance. Gleichzeitig stehen Unternehmen vor erheblichen Herausforderungen: Fachkräfte fehlen, der internationale Wettbewerb um Startups nimmt zu, Ressourcen werden knapper und das Wirtschaftswachstum bleibt schwach. Ohne konsequente Innovationspolitik droht unser Land weiter zurückzufallen.

Als Querschnittstechnologie ist Künstliche Intelligenz ein bedeutender Innovations- und Wachstumstreiber, der vielen Unternehmen große Chancen bietet und sie gleichzeitig vor verschiedene Herausforderungen stellt.

Doch staatliche Regeln halten mit dieser Entwicklung oft nicht Schritt. Zu häufig wird versucht, neue Technologien mit alten Instrumenten zu regulieren. Das bremst Innovation.

Andere Länder gehen mutiger vor. Mecklenburg-Vorpommern sollte diesen Wettbewerb annehmen und zum Vorreiter für digitale Innovation in Deutschland werden. Voraussetzung dafür ist, neue Technologien früh praktisch zu erproben und gute Rahmenbedingungen für digitale Geschäftsmodelle zu schaffen.

Fortschritt darf nicht an unseren Landesgrenzen haltmachen.

Wir Freie Demokraten werden:

- eine Modernisierungsoffensive „Neue digitale Geschäftsmodelle“ starten. Alle Landesgesetze werden darauf geprüft, ob sie Innovationen behindern – etwa in der Sharing Economy, bei Künstlicher Intelligenz oder autonomer Mobilität. Überflüssige Hürden bauen wir ab und sorgen für faire Wettbewerbsbedingungen zwischen etablierten Unternehmen und neuen Anbietern.
- Testfelder für Transformationen („Regulatory Sandboxes“) schaffen. In diesen zeitlich begrenzten Innovationsräumen können neue Technologien mit weniger Regulierung erprobt werden – etwa Drohnenanwendungen, autonomes Fahren, Wasserstofftechnologien oder neue Formen des Onlinehandels. Ziel ist, Innovationen früh im Land zu entwickeln und zur Marktreife zu bringen.
- die Transformation des Mittelstands aktiv begleiten. Erfolgreiche Netzwerke und Kooperationen wie die „IT-Initiative Mecklenburg-Vorpommern“ oder die „IT-Lagune“ dienen als Vorbild für weitere Initiativen im Land.
- ein Startup-Ökosystem ausbauen mit dem Ziel, die Anzahl von Startups im Hochtechnologiesektor signifikant zu erhöhen.
- privates Risikokapital gezielt einwerben und sich anbahnenden Public Private Partnerships begleiten, zum Beispiel durch ein systematisches Technologie-Scouting an den Universitäten und Hochschulen des Landes, um erfolgversprechende Ideen frühzeitig zu entdecken und in erfolgreiche Ausgründungen zu überführen.

- Sektoralen Transfer-Hubs mit Reallaboren, Co-Labs und Maker Spaces fördern, etwa in den Bereichen Künstliche Intelligenz, Robotik, Biotechnologie und Life Sciences, autonomes Fahren, Smart Farming, autonome Produktion/Industrie 4.0, 6G-Technologie, Wasserstofftechnologie oder in der Sicherheits- und Verteidigungstechnologie.
- mit Nachdruck die Gewinnung privaten Wagniskapitals fördern durch systematischen Austausch mit Industrie, Mittelstand, Banken und Versicherungen und Stiftungen. Es werden Landesmittel für Co-Investment-Programme und gemischte Innovationsfonds (öffentlich/privat) bereitgestellt.
- Mecklenburg-Vorpommern als Land der Softwareentwicklung und Datenanalyse positionieren. Dazu entwickeln wir duale Ausbildung, Weiterbildung und Studienangebote gezielt weiter. Wo gute Entwicklerinnen und Entwickler arbeiten, entstehen auch erfolgreiche Unternehmen.
- die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft verbreitern, so dass Innovationen schnell als Anwendungen für die Bürger zur Verfügung stehen.
- eine attraktive Ansiedlungspolitik für digitale Innovationen betreiben, damit sich Know-how im Land niederlässt und dadurch zukunftsfähige Arbeitsplätze schafft.
- die erfolgreiche DigiTrans-Förderung weiterentwickeln, um digitale Transformationsprozesse auch weiterhin in kleinen und mittleren Betrieben voranzubringen.
- beim Einsatz von Künstlicher Intelligenz auf Rechtssicherheit, Technologieoffenheit, eine verlässliche und bezahlbare Energieversorgung sowie den Abbau staatlicher Hemmnisse setzen statt auf neue Förder- und Beratungsstrukturen.
- den Aufbau moderner Rechenzentren erleichtern. Schnellere Genehmigungen, Anpassungen im Baurecht und eine verlässliche Energieversorgung schaffen die nötige Infrastruktur für datenintensive Technologien wie Künstliche Intelligenz.

Arbeit und Fachkräftesicherung

Mecklenburg-Vorpommern lebt von den Menschen, die bei uns anpacken: Ganz egal, ob als Angestellte, Landwirte, Handwerker, Selbstständige oder im Ehrenamt.

Doch viele Betriebe finden nicht mehr genügend Fachkräfte. Offene Stellen bleiben unbesetzt, Aufträge können nicht angenommen werden und wirtschaftliche Chancen bleiben ungenutzt.

Gleichzeitig verändert sich die Arbeitswelt rasant. Digitalisierung, Künstliche Intelligenz und neue Technologien schaffen neue Berufsbilder und verlangen neue Qualifikationen. Wer darauf nicht vorbereitet ist, verliert im Wettbewerb um Fachkräfte und Innovationen.

Wir Freie Demokraten wollen diese Entwicklung als Chance nutzen. Gute Arbeit entsteht dort, wo Menschen ihre Fähigkeiten entfalten können und Unternehmen wachsen können. Deshalb setzen wir auf eine Arbeitsmarktpolitik, die Freiheit stärkt, Weiterbildung ermöglicht und so neue Fachkräfte gewinnt.

Ein zentraler Schlüssel liegt in der Ausbildung. Junge Menschen müssen in Mecklenburg-Vorpommern attraktive Perspektiven finden – durch gute Ausbildungsangebote und echte Aufstiegschancen.

Gleichzeitig brauchen Unternehmen bessere Möglichkeiten, Fachkräfte aus anderen Bundesländern und aus dem Ausland zu gewinnen und langfristig an unser Land zu binden.

Auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf spielt eine entscheidende Rolle. Flexible Arbeitszeitmodelle und bedarfsgerechte Kinderbetreuung helfen dabei, mehr Menschen eine aktive Teilnahme am Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Wir Freie Demokraten bekennen uns zur Sozialpartnerschaft. Tarifautonomie und zu flexibler Tarifpartnerschaft von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften sichern das erfolgreiche Arbeitsmarktmodell in Deutschland und in Mecklenburg-Vorpommern. Daher lehnen wir Freie Demokraten jede politisch motivierte Aushöhlung der Tarifautonomie ab.

Gleichzeitig braucht die Arbeitswelt von morgen mehr Flexibilität. Wenn Arbeit digitaler und ortsunabhängiger wird, müssen auch die gesetzlichen Rahmenbedingungen angepasst werden. Starre Vorgaben bei Arbeitszeit und Arbeitsort passen nicht mehr zur Realität vieler Berufe. Hier wollen wir mehr Spielräume schaffen – für Unternehmen und Beschäftigte gleichermaßen.

Wir Freie Demokraten werden:

- uns im Bund für ein modernes Arbeitsrecht einsetzen: mehr Flexibilität bei Arbeitszeit und Arbeitsort, etwa durch eine wöchentliche statt tägliche Höchstarbeitszeit und mehr Spielraum bei Ruhezeiten.
- uns im Bundesrat für eine dynamische Kopplung der Minijob- und Midijob-Grenze an den gesetzlichen Mindestlohn einsetzen. Damit Lohnerhöhungen tatsächlich zu mehr Einkommen führen und nicht zu weniger Arbeitsstunden.

- die berufliche Bildung stärken: Verantwortung im Wirtschaftsministerium bündeln, Quereinstiege aus der Praxis erleichtern und berufliche Schulen flexibler auf den Fachkräftebedarf ausrichten.
- die Berufsorientierung verbessern und stärker über Handwerksberufe informieren. Dazu fördern wir Aktivitäten wie ein Handwerksschnupperjahr und einen Informationstag zur Ausbildung im Handwerk (Craftmen's Day).
- Auszubildende, Betriebe und berufsbildende Schulen dabei unterstützen, die Möglichkeiten internationaler Ausbildungserfahrung über europäische Programme stärker zu nutzen.
- Meisterabschlüsse stärker fördern: durch eine höhere und auf mehr Berufe ausgeweitete Meisterprämie.
- zusätzlich ein zinsgünstiges Förderprogramm für die Übernahme von Klein- und Handwerksbetrieben bis 20 Mitarbeitende auflegen. Jungen Menschen soll so die Fortführung eines Betriebes erleichtert und Know-how im Land gehalten werden.
- flexibles und mobiles Arbeiten im Land erleichtern, auch in der Landesverwaltung.
- uns im Bund für ein steuerfreies Weiterbildungskonto einsetzen, mit dem Beschäftigte Geld für Fortbildungen steuer- und sozialversicherungsfrei ansparen können.
- Leistung stärker belohnen: steuerfreie Zuschläge für Mehrarbeit, bessere Anreize für längere Arbeitszeiten und eine automatische Anpassung der Einkommensteuer an die Inflation.
- uns auf Bundesebene für einen flexibleren Renteneintritt einsetzen. Hierbei sollte ein Renteneintrittskorridor genutzt werden, welcher die Rentenhöhe an den Zeitpunkt des Renteneintritts koppelt. Individuelle Entscheidungen sollen somit ermöglicht werden, die sowohl sozial gerecht als auch finanziell tragfähig sind.
- uns auf Bundesebene für eine umfassende Reform des Sozialsystems einsetzen. Den Menschen darf nicht länger suggeriert werden, dass es anstrengungslosen Wohlstand gäbe oder man bedingungslos ein Einkommen erzielen könnte, das andere erarbeiten. Wer arbeiten kann, soll zumutbare Arbeit auch annehmen müssen. Die bestehenden Sanktionsmechanismen sind zu verschärfen. Bei Verstoß gegen Mitwirkungspflichten und Ablehnung zumutbarer Arbeit müssen die Sanktionsmöglichkeiten bis zur verfassungsrechtlichen Zulässigkeit ausgeschöpft werden.
- die Kompetenzen und Aufgaben der Welcome Service Center im Land besser koordinieren und vereinheitlichen, damit die Arbeits- und Fachkräfte gezielt für alle Branchen – vom Handwerk bis zur Industrie – gewonnen werden.
- Barrieren für Menschen mit Behinderungen im Arbeitsleben prüfen und abbauen.
- für mehr Mitarbeiter- und Azubiwohnungen auf weniger Bürokratie, schnellere Genehmigungen und flexiblere baurechtliche Rahmenbedingungen setzen, statt auf neue Förderprogramme.
- darauf hinwirken, dass bei der Anwendung des Aufenthaltsrechts der Aspekt des Fachkräftebedarfs stärker berücksichtigt wird und qualifizierte Interessenten schnell und unkompliziert an Arbeitsplätze kommen können.
- auf Bundesebene eine Weiterentwicklung des Fachkräfteeinwanderungsrechts zu einem modernen Einwanderungsgesetz mit integriertem Punktesystem einfordern.

- uns auf Bundesebene für eine Vereinheitlichung der Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungs- und Berufsabschlüssen einsetzen. Die Anerkennungsverfahren sind zu beschleunigen und zu flexibilisieren. Dies kann durch die Optimierung und Digitalisierung der Prozesse, durch Priorisierung sowie die Möglichkeit der Antragstellung in englischer Sprache unterstützt werden. Zudem ist auf die praxistaugliche Anwendung bundeseinheitlicher Standards für Sprachförderprogramme hinzuwirken.
- die Integration internationaler Fachkräfte verbessern, etwa durch bessere Zusammenarbeit von Behörden und Unternehmen, eine zentrale Online-Plattform für Bewerbungen sowie erleichterten Einstieg in Arbeit.

Tourismus im Land zum Leben und Urlaub machen

Mecklenburg-Vorpommern ist eines der beliebtesten Urlaubsziele Deutschlands. Das ist eine riesige Chance für Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Lebensqualität im ganzen Land. Ob Ostsee, Seenplatte, Hansestädte oder Natur- und Kulturlandschaften: Tourismus stärkt besonders auch die ländlichen Räume, wenn Rahmenbedingungen stimmen und Investitionen möglich sind.

Der Tourismus ist ein zentraler Wirtschaftsfaktor in Mecklenburg-Vorpommern: Fast 8 Millionen Gästeankünfte und über 30 Millionen Übernachtungen sichern Einkommen für Beherbergung, Gastronomie, Freizeitwirtschaft, Handel und Handwerk. Rund ein Drittel aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze, direkt und indirekt, hängen an einem starken Tourismusstandort. Deshalb braucht die Branche verlässliche Bedingungen, weniger Bürokratie und eine Infrastruktur, die Gästen wie Einheimischen nutzt.

Wir Freie Demokraten wollen barrierearmen und seniorengerechten Tourismus stärken, von Mobilitätsangeboten über Unterkünfte bis zu Kultur- und Freizeitangeboten. Gleichzeitig setzen wir auf nachhaltigen Tourismus: Schutz von Natur- und Kulturlandschaften, hochwertige Angebote statt Überregulierung.

Wir Freie Demokraten werden:

- unnötige Auflagen für Beherbergung und Gastronomie abbauen und Genehmigungen sowie Melde- und Nachweispflichten digital, einfach und schnell machen.
- zusätzliche Abgaben auf Übernachtungen ablehnen. Betten- und Übernachtungsteuer sind Tourismusbremsen und schaffen nur neue Bürokratie.
- dafür sorgen, dass Natur- und Kulturlandschaften als Grundlage des Tourismus geschützt und verantwortungsvoll weiterentwickelt werden. Wir setzen auf Planung mit Augenmaß: klare Regeln, frühzeitige Beteiligung und verlässliche Entscheidungen, statt Konflikte jahrelang offen zu lassen.
- den Tourismus als Motor für Wirtschaft und Lebensqualität stärken – mit Infrastruktur, die Gästen und Einheimischen nutzt: Mobilität, Gesundheitsangebote, Freizeit, Kultur und Digitalisierung.
- den Ausbau von Camping- und Wohnmobilstellplätzen fördern – mit guter Anbindung, Ver- und Entsorgung, digitaler Buchbarkeit sowie attraktiven Rad- und Wanderwegen.
- Tourismusförderung und -marketing branchengetragen organisieren: mit klaren Zielen, transparenter Finanzierung und so wenig politischer Detailsteuerung wie möglich.
- saisonverlängernde Angebote ermöglichen wir durch weniger Bürokratie, schnellere Verfahren und verlässliche Rahmenbedingungen für private Investitionen.
- das Sonntagsöffnungsverbot vollständig aufheben.

- Anreize setzen, den Tagungs- und Kongresstourismus auszubauen – mit guter Erreichbarkeit, moderner Veranstaltungsinfrastruktur und professionellem Standortmarketing zwischen den Metropolen Hamburg, Berlin, Stettin und dem Ostseeraum.
- Saisonbetriebe im Gastgewerbe praxisnah behandeln: Regelungen zu Saisonarbeit und arbeitsmarktpolitischen Instrumenten müssen die Realität von Tourismusregionen abbilden und dürfen Betriebe nicht durch Bürokratie bestrafen.
- Tourismusbelange im Landesraumentwicklungsprogramm stärker berücksichtigen, insbesondere bei Erreichbarkeit, Mobilität, Küstenschutz, Flächen für touristische Entwicklung und Planungssicherheit für Investitionen.

Für eine innovative Landwirtschaft und effektiven Umweltschutz

Eine saubere Umwelt und ein nachhaltiger Umgang ist Voraussetzung für viele Arbeitsplätze an der Küste, auf dem Meer und in einer florierenden Tourismuswirtschaft. Auch die Landwirtschaft und die vielen Unternehmen der Ernährungswirtschaft leben von guten Böden und guten Umweltbedingungen sowohl in Hinsicht auf die Qualität der Produkte als auch in Hinblick auf das Image unseres Landes als Herkunftsort gesunder, hochwertiger Lebensmittel.

Unsere Umwelt ist sowohl ökologisch wie ökonomisch die Lebensgrundlage in Mecklenburg-Vorpommern und auf der ganzen Welt.

Aufgabe einer verantwortungsvollen und vorausschauenden Umweltpolitik muss es daher sein, einen wirkungsvollen als auch effizienten Umweltschutz mit einer zukunftsorientierten und lebenspraktischen Nutzung zu verbinden.

Wir sind davon überzeugt, dass sich dieses Ziel am besten erreichen lässt, wenn wir konsequent auf marktwirtschaftlichen Wettbewerb und gezielte Anreize statt auf stumpfe Verbote und Ideologie setzen.

Wir Freie Demokraten werden:

- eine Umweltpolitik verfolgen, die realistisch, umsetzbar und frei von Überregulierung ist. Dazu gehört es, den Alltag des Bürgers nicht bis ins Private mit Verboten zu übersäen. Wie man sein Haus heizt, wie das Auto angetrieben ist oder ob man seine Gartenabfälle in der Feuertonne entsorgt, geht den Staat nichts an.
- eine verantwortungsvolle Bewirtschaftung von Boden, Wald und Gewässern erleichtern und fördern, damit Küste, Fischgründe und Böden auch kommenden Generationen erhalten bleiben.

Ländlichen Raum bewirtschaften

Die Land- und Forstwirtschaft sowie Binnen- und Seefischerei stiften Identität, pflegen die Landschaft, fördern die Kultur und sind Motor des ländlichen Raums. Landwirtinnen und Landwirte sind seit Jahrhunderten dem Schutz ihrer Böden verpflichtet. Die Land- und Forstwirtschaft sowie die Fischerei sind erfolgreiche, innovative und leistungsorientierte Branchen der Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern.

Dabei befinden sich Land-, Forstwirtschaft und Fischerei, ob konventionell oder ökologisch, in einem ständigen Entwicklungs- und Anpassungsprozess, der den Unternehmen große Kreativität und Flexibilität abverlangt.

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Agrarpolitik ein, die Landwirte nicht bevormundet, sondern Freiraum für unternehmerisches Handeln lässt. Die Rechtsform, die Größe oder die Art der Bewirtschaftung der Betriebe unterliegen allein den Entscheidungen der Landwirte, denn sie tragen dafür die unternehmerische Verantwortung. Der faire Ausgleich zwischen berechtigten Umweltzielen und einer wirtschaftlich tragfähigen Bewirtschaftung steht im Mittelpunkt liberaler Agrarpolitik. Wir setzen dabei auf marktwirtschaftlichen Wettbewerb und gezielte Anreize statt auf pauschale Verbote.

Der ländliche Raum ist für uns Freie Demokraten ein eigenständiger Wirtschafts-,

Lebens-, Entwicklungs- und Kulturraum. Er darf nicht zum reinen Ausgleichs- und Restriktionsraum werden, während Wertschöpfung und Entscheidungen anderswo stattfinden. Die Sozialbindung des Eigentums darf nicht faktisch zur entschädigungslosen Nutzungsuntersagung werden.

Die Landwirtschaft ist zudem im Wandel. Landwirte produzieren zwar noch immer in erster Linie Lebensmittel. Als Produzenten von nachwachsenden Rohstoffen haben sie sich jedoch ein weiteres wichtiges Produktionsfeld erschlossen.

Wir bekennen uns zu einer flächendeckenden Landwirtschaft. Eine nachhaltig betriebene Land- und Forstwirtschaft ist ein wichtiger Partner für den Naturschutz und den Fremdenverkehr.

Wir Freie Demokraten werden:

- dafür kämpfen, dass landwirtschaftliche Betriebe ihr Einkommen überwiegend am Markt erwirtschaften können. Dafür muss auf politische Bevormundung verzichtet werden. Das gilt auch für die Bewirtschaftungsform: Konventionell oder ökologisch, mit Pflug oder konservierend, mit oder ohne Glyphosat entscheidet der Betrieb und soll sich dabei an Nachfrage, Standort und Wirtschaftlichkeit orientieren.
- die Rahmenbedingungen für landwirtschaftliche Betriebe weiter verbessern, damit Agrarprodukte in unserem Land erzeugt und veredelt werden können. Dabei werden wir Planungssicherheit und Verlässlichkeit gewährleisten.
- die Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln aus allen Produktionsrichtungen unterstützen.

- eine landeseigene Ernährungsnotfallvorsorge etablieren, die im Krisen- und Katastrophenfall schnell und unbürokratisch greift.
- durch eine moderne, digital unterstützte Landwirtschaft dazu beitragen, den Einsatz von Ressourcen standortgemäß zu optimieren und zu reduzieren. Das ist unser Weg anstelle pauschaler und undifferenzierter Quoten zur Senkung von Pflanzenschutz- oder Düngemitteln.
- uns für eine praxisgerechte Ausgestaltung der Düngeverordnung einsetzen, die auf wissenschaftlichen Grundlagen basiert und mit der Pflanzen gemäß ihrem Bedarf ernährt werden können.
- das Tierwohl kontinuierlich verbessern. Daher setzen wir uns für europaweit einheitlich hohe und verbindliche Standards ein. Dies gilt für Haltung und Transport gleichermaßen. Die Erfüllung der Regeln, die der Staat den Landwirten dahingehend auferlegt, muss möglich sein. Andernfalls müssen die Auflagen in der Strenge zurückgefahren werden.
- Widersprüche zwischen konkurrierenden Rechtsbereichen, wie zwischen Tierwohl und Immissionsschutz, auflösen.
- keine nationalen Sonderwege gehen, wie beim Klimaverträglichkeitsgesetz, weil diese nicht in eine europäische Agrarpolitik passen und die heimische Landwirtschaft gegenüber ihren europäischen Wettbewerbern benachteiligen.
- vor dem Hintergrund wachsender Weltmärkte und unserer Küstenlage die Exportchancen für Produkte aus Mecklenburg-Vorpommern stärken.
- den Weg der Entkopplung der Direktzahlungen von der Produktion und die damit verbundene stärkere Orientierung an den Prinzipien der Nachhaltigkeit und der sozialen Marktwirtschaft im Rahmen der Diskussion um die Weiterentwicklung der Agrarpolitik der Europäischen Union konsequent weiterbeschreiten.
- eine Überfrachtung der ersten Säule mit Anforderungen, die über die gute fachliche Praxis, also die strenge Fachgesetzgebung hinausgehen, ablehnen.
- vertraglich abgesicherte Maßnahmen zugunsten des Natur- und Umweltschutzes über die Mittel aus der zweiten Säule honorieren. Dabei soll nicht nur der höhere Aufwand entschädigt, sondern auch eine Einkommenskomponente für die Landwirte eingebaut werden, damit Naturschutz zu einem Geschäftsfeld für ebendiese werden kann.
- Pflegemaßnahmen in Schutzgebieten an Landwirte vergeben.
- einen Naturschutz mit und nicht gegen die Landwirte unterstützen, denn das Prinzip „Pflege durch Nutzung“ muss weiter ausgebaut werden.
- Eingriffe in die Vertragsfreiheit zwischen Bodeneigentümern sowie Landwirten ablehnen.
- die starke Inanspruchnahme landwirtschaftlicher und forstwirtschaftlicher Flächen als Ausgleichsflächen bei öffentlichen und privaten Planungsvorhaben reduzieren.
- ein sachgerechtes Bestandsmanagement für Biber, Wildgänse, Kormoran und Wolf unterstützen. Beim Wolf setzen wir uns für ein wirksames Management mit klaren Bestandszielen und rechtssicheren Entnahmen bei Problemwölfen ein.

- weitere Anstrengungen in der Forschung, Entwicklung und der Markteinführung von Produkten aus nachwachsenden Rohstoffen unterstützen.
- die Erforschung und Anwendung neuer Züchtungstechniken wie CRISPR/Cas ermöglichen. Diese Verfahren können Pflanzen widerstandsfähiger machen, Ressourcen sparen und Umweltbelastungen reduzieren bei hohen Sicherheitsstandards und transparenter Regulierung.
- Zulassungsverfahren durch klare Zuständigkeiten, digitale Prozesse und weniger Bürokratie beschleunigen.
- uns für eine Förderung der Forschung in der Sensor- und Robotertechnik einsetzen, um in dieser zukunftssträchtigen Technologie weltweiter Vorreiter zu werden.

Verfestigung der Landwirtschaft 4.0 und Weiterentwicklung zur Landwirtschaft 5.0

Wir Freie Demokraten wollen die Entwicklung smarterer Lösungen für die Agrarwirtschaft mit europäischen Mitteln stärker fördern. Überall in Europa steht die Landwirtschaft vor einem großen Strukturwandel.

Fachkräfte fehlen und die Kosten für traditionelle Landbewirtschaftung steigen. Die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern steht in Sachen Landwirtschaft 4.0 deutschlandweit bereits jetzt an der Spitze. Satellitengestützte Section Control, Ertragskartierung, Biomassekarten oder im Stall die Erfassung von Tiergesundheitsdaten mit Sensoren sind bereits jetzt weitgehend verbreitet. Der Automatisierung und Weiterentwicklung der Landwirtschaft auch in Richtung Künstliche Intelligenz werden die Freien Demokraten keinesfalls im Wege stehen. Um Potenziale dahingehend ausschöpfen zu können, muss die Netzinfrastruktur auch für die Landwirtschaft entsprechend ausgebaut werden. Damit die smarten Technologien nicht zum gläsernen Betrieb oder zur Konzentration von Marktmacht führen, setzen wir uns in Europa für ordnungspolitische Leitplanken bei der Sicherheit und dem Schutz von Daten sowie bei der Standardisierung von Schnittstellen und Datenformaten unterschiedlicher Systemanbieter ein.

Nachhaltige Forstwirtschaft und klimaresiliente Wälder

Wir setzen uns für eine nachhaltige und effiziente Waldbewirtschaftung ein. Holz ist ein wichtiger nachwachsender Rohstoff. Seine Nutzung als Bauholz und für die Herstellung von Möbeln und Zellstoff sowie die Erzeugung von Strom und Wärme aus Rest- und Durchforstungsholz ist ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz und stärkt gleichzeitig die regionale Wirtschaft. Der Wald hat nicht nur als Lieferant des nachwachsenden Rohstoffs Holz eine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung. Auch in seiner Schutz- und Erholungsfunktion erfüllt er wichtige Aufgaben für die Naherholung und den Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern.

Wir Freie Demokraten werden:

- uns dafür einsetzen, Aufforstung als klimapolitisches Instrument zur Speicherung von CO₂ marktwirtschaftlich zu unterstützen. In Wäldern neu gebundenes CO₂ soll als negative Emission entsprechend mit zu vergebenden Emissionszertifikaten belohnt werden.
- um die bestehenden Schäden im Wald zu beseitigen, auf den landeseigenen Flächen eine echte Waldschutz-Offensive starten, die neben der Schadholzbergung und Schädlingsbekämpfung eine schnelle Aufforstung mit klimaresilienten und wirtschaftlich tragfähigen Baumarten forciert.
- Wettbewerbsnachteile für privatwirtschaftliche Betriebe gegenüber der Landesforstanstalt abbauen.
- für die Gleichrangigkeit von Forst-, Jagd- und Naturschutzgesetzgebungen eintreten, damit Jäger ihrem Auftrag zur nachhaltigen Nutzung von natürlichen Ressourcen zum Erhalt der biologischen Vielfalt nachkommen können.
- die Wiedereinführung der bürokratischen Jagdsteuer ablehnen. Fischerei ist Tradition, Versorgung und nachhaltige Wirtschaft

Fischerei ist Tradition, Versorgung und nachhaltige Wirtschaft

Historisch gewachsene Teichwirtschaften, die Fluss- und Seenfischerei und die Küstenfischerei prägen unsere Landschaft und versorgen uns mit hochwertigen Nahrungsmitteln. Der Rückgang und die Gefährdung der gewerblichen Fischerei müssen verhindert werden, weil ansonsten Wissen, Brauchtum und ein Wirtschaftsfaktor verloren gehen.

Die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik der EU und deren Umsetzung hat das klare Ziel einer nachhaltigen Bewirtschaftung der Fischbestände. Dadurch soll eine mittel- und langfristige Erholung sowohl der Bestände als auch der Fischerei als Wirtschaftszweig erreicht werden. Allerdings muss diese Wende mit dem nötigen Augenmaß durchgeführt und überproportionale oder einseitige Belastungen der heimischen Fischerei vermieden werden.

Angler sind Naturschützer

Mecklenburg-Vorpommern ist mit über 30.000 Hektar Angelfläche ein Eldorado für Freizeitangler. Nicht nur einheimische Petrijünger zieht es an die Ostseeküste, die Binnenseen und die Flüsse des Landes, sondern auch viele Besucher und Gäste kommen genau deswegen in unser schönes Land. Um allen auch weiterhin wunderschöne Erlebnisse am Wasser und bei der Fischwaid bieten zu können, leisten unsere Angelvereine, allen voran der Landesanglerverband mit seinen Untergliederungen, unzählige Stunden gemeinnütziger Arbeit zum praktischen Naturschutz. Sei es bei Besitzmaßnahmen, der Gewässerbewirtschaftung, der Nachwuchsförderung oder der Ausbildung und Prüfung. Dieses Schützen durch Nutzen der Natur muss auch weiterhin möglich sein und darf nicht durch unsinnige Vorschriften, weitere bürokratische Hürden erschwert werden. Durch das Ablegen der Fischereischeinprüfung, hat jeder Angler Kenntnis über die wichtigen Regularien erlangt und hat sich auch daran zu halten. Fangverbotsregelungen beim Dorsch und vor allem beim Aal konterkarieren die durch die Vereine gemachten Besitzmaßnahmen und gehören abgeschafft. Anstelle dieser Pauschalverbote sollten, wenn nötig, sinnvolle Fangbegrenzungen treten.

Wir Freie Demokraten werden:

- die Fischer bei der Pflege und Sicherung der Bestände besser einbinden. Ziel sollte ein gemeinsames Vorgehen aller Beteiligten sein, das noch stärker regionale Besonderheiten und Eigeninitiativen vor Ort berücksichtigt.
- die durch die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik eingeleitete Wende für eine wirtschaftlichere, moderne und nachhaltigere Fischerei unterstützen und umsetzen, ohne die kleinen und handwerklich betriebenen Fischereibetriebe aus den Augen zu verlieren.
- den Aufbau von Aquakulturen stärken, dort wo es sinnvoll und wirtschaftlich ist, um die steigende Nachfrage nach Fisch abzudecken. Allein die klassische Fischerei kann dies angesichts vieler überfischter Bestände auf Dauer nicht mehr leisten.
- zur Schonung der Fischbestände und zum Erhalt der Artenvielfalt für ein aktives, auf wissenschaftlich fundierter Basis erarbeitetes Kormoran- Management plädieren, um die fischökologischen Schäden durch Kormorane zu minimieren.
- die Winterlagerregelung in ihrer bestehenden Form abschaffen und/ oder sie durch sinnvollere Maßnahmen zum Schutz der Fischbestände während dieser Zeit ersetzen.
- dort, wo möglich, Maßnahmen ergreifen, um die Durchgängigkeit der Flussläufe wiederherzustellen und Lachsen, Forellen und dem Aal eine Laichwanderung zu ermöglichen.
- fordern, die EU-Melde-App für Küstenfänge wieder abzuschaffen, da sie bürokratisch und im Nutzen mehr als fraglich ist. Ähnliches gilt für Fangbücher.

Imkerei - Gesunde und reiche Honigernten ermöglichen

Wir Freie Demokraten wollen, dass die Imkerei auch in Zeiten des Klimawandels weiterhin hochwertige Honigprodukte erzeugen kann. Dazu muss die Imkerei den Menschen wieder nähergebracht, die Imkerinnen und Imker weiterhin gut ausgebildet sowie der Schutz vor verfälschten Produkten verstärkt werden.

Wir Freie Demokraten werden:

- die Kooperation zwischen Landwirten sowie Imkern ausbauen, um Pflanzenschutzmittel weiterhin effektiv nutzen zu können und gleichzeitig die wichtige Bestäubungsleistung der Bienen nicht zu gefährden.
- uns einsetzen, dass der Rapsanbau nicht weiter durch politische Auflagen erschwert wird. Der Raps ist eine wichtige Trachtpflanze im Frühjahr.
- dafür sorgen, dass sich neu angelegte öffentliche Grünanlagen vermehrt an den Bedürfnissen von Bienen orientieren.
- gegen verfälschten und falsch deklarierten Honig konsequent vorgehen und die Marktüberwachung bei Honigimporten wirksam ausrichten.
- dafür sorgen, dass Schulen im Rahmen bestehender Lehrpläne mehr Freiraum für die freiwillige Zusammenarbeit mit Imkern und anderen Praxispartnern erhalten.
- die Förderung der Ausbildung, Fortbildung, Beschaffung technischer Hilfsmittel und Tierarzneimittel für Imker beibehalten.
- die praxisorientierte Forschung an den Bieneninstituten ausbauen. Wir befürworten die Entwicklung weiterer Methoden zur Bekämpfung der Varroamilben.
- uns dafür einsetzen, dass die Ausbreitung von Neozoen verhindert wird. Dazu zählen in der Imkerei die Asiatische Hornisse und der Kleine Beutenkäfer. Diese invasiven Arten können in Zukunft zu einem großen wirtschaftlichen Schaden in der Imkerei führen. Wir appellieren dabei aber auch an die Eigenverantwortung der Imker, an Meldeprogrammen teilzunehmen.

Selbstbestimmte Verbraucher brauchen keine Belehrungen

Selbstbestimmte mündige Verbraucher wollen nicht vom Staat bevormundet werden, sondern sind in der Lage, eigene Entscheidungen zu treffen. Selbst in einer komplexer gewordenen Waren- und Dienstleistungswelt darf die Antwort der Politik niemals Belehrung, Bevormundung oder eine Abkehr vom Grundrecht auf Selbstbestimmung sein. Ansätze, die gezielt auf Verhaltenssteuerung und Bevormundung setzen, lehnen wir Freie Demokraten entschieden ab. Freiheit beinhaltet auch das Recht, gelegentlich etwas Ungesundes zu essen oder etwas Unvernünftiges zu tun, soweit keine Dritten dabei zu Schaden kommen. Wir Freie Demokraten setzen auf sachkundige Aufklärung und Marktüberwachung.

Wirkungsvoller Verbraucherschutz ist nichts anderes als Wirtschaftspolitik für jede Person. Gute Verbraucherpolitik macht die Verbraucher stark. Sie setzt sich für deren Rechte und eine bessere Rechtsdurchsetzung ein, wehrt Gefahren durch bessere Informationen ab und sorgt für mehr Transparenz bei gleichzeitig weniger Bürokratie.

Ob bei Lebensmitteln, im Internet, bei Gesundheitsleistungen oder Finanzprodukten: Verbrauchern ist es zuzumuten, eigenverantwortlich und selbstbestimmt mit Waren- und Dienstleistungsangeboten oder neuen Technologien umzugehen. Wir trauen den Konsumenten etwas zu. Deshalb setzen wir auf eine Stärkung der Verbraucher am Markt und nicht auf den überregulierten Schutz eben dieser.

Wir Freie Demokraten werden:

- die Lebensmittelkontrolle weiter verbessern.
- den Verbraucherschutz in Mecklenburg-Vorpommern auf eine effiziente Marktüberwachung, wirksame Rechtsdurchsetzung und transparente Informationen konzentrieren.
- uns gegen Werbeverbote für vermeintlich ungesunde Lebensmittel aussprechen.
- uns gegen die Schaffung neuer oder Ausweitung bestehender Bagatellsteuern auf bestimmte Güter positionieren.
- die Kosten für Verbraucherschutz bei Beschluss neuer Regulierungen als realistische Folgekosten einpreisen.
- uns gegen Sprechverbote wie dem Werbeverbot von "Veggie-Burger", "veganer Speck", "Tofu-Rippchen" und "Soja-Schnitzel" aussprechen.

Umweltschutz ist keine Frage der Ideologie

Umweltschutz ist wichtig, weil Eigentum, Gesundheit und natürliche Lebensgrundlagen vor realen Schädigungen geschützt werden müssen. Gerade in unserem Land ist eine saubere Umwelt die Voraussetzung für viele Arbeitsplätze in einer ausgewogenen, nachhaltigen und gesamtheitlichen Tourismuswirtschaft. Auch die Landwirtschaft und die vielen Unternehmen der Ernährungswirtschaft leben von guten Böden und guten Umweltbedingungen. Verantwortliche und vorausschauende Umweltpolitik für Mecklenburg-Vorpommern muss dies immer im Auge behalten und darüber hinaus eine effiziente, bezahlbare und zukunftsorientierte Energie- und Trinkwasserversorgung ermöglichen.

Bei der Kreislaufwirtschaft und dem zukünftigem Flächenverbrauch kommt es darauf an, die Lebensinteressen der Menschen und politische Umweltschutzziele miteinander in Einklang zu bringen. Umweltschäden sind möglichst zu vermeiden; wo sie entstehen, muss nach dem Verursacherprinzip für ihre Beseitigung gehaftet werden.

Wir Freie Demokraten stehen zur Verantwortung für den Umwelt-, Ressourcen- und Naturschutz. Vernünftiger Umweltschutz muss frei von ideologischen Übertreibungen und realisierbar sein. Echte Nachhaltigkeit kann dabei nur in europäischer und internationaler Kooperation erreicht werden. Wir wollen den Umweltschutz marktwirtschaftlich gestalten.

Wir Freie Demokraten werden:

- die Nutzung von Ökokonten unterstützen, um naturschutz- oder baurechtlich erforderliche Ausgleichsmaßnahmen sinnvoll und flexibel zu erreichen. Dabei setzen wir auf Transparenz und offene Ausschreibungen.
- die Kulturlandschaft durch ökologisch und ökonomisch tragfähige Bewirtschaftungskonzepte gemeinsam mit der Land- und Forstwirtschaft pflegen und weiterentwickeln. Im Sinne der Kreislaufwirtschaft ist es erstrebenswert, Tierbestände zu erhalten. Dem Trend zur Aufgabe der Tierhaltung in Mecklenburg-Vorpommern wollen wir durch die passenden gesetzlichen Rahmenbedingungen entgegenzutreten. Eine Begrenzung der Großvieheinheit pro Hektar erachten wir als nicht sinnvoll.
- Natur- und Landschaftsschutzgebiete, insbesondere durch Vertragsnaturschutz in Kooperation mit den örtlichen Land- und Forstwirten, den Fischern sowie den Jägern nachhaltig erhalten.
- die weitere Verschärfung des Bundesnaturschutzgesetzes auf Landesebene kritisch prüfen.

Klimaschutz: Emissionen weltweit reduzieren

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine effiziente Auseinandersetzung mit den globalen Herausforderungen des Klimawandels ein. Denn der Klimawandel ist eine der größten Bedrohungen unserer Freiheit. Dabei setzen wir auf die Innovationsfähigkeit unserer Wirtschaft und wollen diese durch einen entsprechenden politischen Rahmen unterstützen. Neben Investitionen in die Erforschung von Zukunftstechnologien, wie von grünem Wasserstoff, leistungsfähigen Batterien und intelligenten Stromnetzen, sehen wir auch einen internationalen Handel mit Zertifikaten als wichtiges Element der politischen Rahmensetzung. Die bestehende Reglementierung wollen wir konsequent internationalisieren und somit dafür sorgen, dass strengere Emissionsvorgaben keinen Wettbewerbsnachteil für einzelne Staaten darstellen.

Gegenüber der bestehenden Gesetzeslage wollen wir insbesondere nationale Sonderwege zugunsten von mindestens europaweiten Regelungen aufgeben. Um das Zwei-Grad-Ziel zu erreichen und bestenfalls zu unterschreiten, müssen Emissionen und damit die Menge der zur Verfügung stehenden Zertifikate begrenzt werden. Der Politik darf hier keine Preisbildungsmacht überlassen werden. Wir sehen nur die zulässigen Nettoemissionen als politische Frage an. Dadurch können wir Technologien und Initiativen fördern, die CO₂ binden, indem zusätzliche Zertifikate für gebundene Treibhausgase ausgegeben werden. Langfristig soll damit CO₂ dort eingespart und gebunden werden, wo es am effektivsten und kostengünstigsten möglich ist. Der Emissionshandel ist das geeignete zentrale Steuerungsinstrument mit technologieoffenen und marktwirtschaftlichen Komponenten. Wenn der Markt entscheidet, setzen sich die besten Technologien durch und das Klima wird effizienter geschützt als mit marktverzerrenden Subventionen und mit aus Steuergeldern finanzierten Organisationen.

Ohne die Gesetzgebungskompetenz in zentralen Bereichen wie Verkehr und Energie ist jedes vom Bundesziel abweichende Landesziel zur Erreichung der Klimaneutralität illusorisch und wird von uns Freien Demokraten abgelehnt.

Wir Freie Demokraten werden:

- das Europäische Emissionshandelssystem (EU-EHS) konsequent ausbauen und alle Wirtschaftszweige mit einbeziehen. Langfristig werden wir uns für die globale Ausweitung von Emissionshandelssystemen einsetzen.
- nationale Alleingänge aufgeben und uns für Lösungen auf europäischer Ebene einsetzen.
- keine von den Bundeszielen zur Erreichung der Klimaneutralität abweichenden Landesziele setzen.
- keinen politisch fixierten CO₂ Preis festlegen, sondern nur die maximalen Emissionen vorgeben.
- Forschung und Entwicklung in relevanten Fachbereichen fördern und dabei weitere Forschungsinstitute für Mecklenburg-Vorpommern gewinnen. Insbesondere unsere Schiffbauindustrie kann durch Innovationen einen globalen Einfluss auf den Klimaschutz haben.
- das Binden von Treibhausgasen in das EU-EHS mit einbeziehen, sowohl durch Aufforstung als auch durch neue Technologien.

- den Preis für Zertifikate am Markt entstehen lassen, wobei der Preis langfristig durch eine Verknappung des Angebots steigt.
- den Schutz von Moorflächen und wertvollen Biotopen und die Wiedervernässung im Einvernehmen mit den Eigentümern und Nutzern weiter vorantreiben.
- die Entwicklung innerstädtischer Grünflächen, Kleingartenanlagen und Kaltluftschneisen gezielt fördern, um sommerlicher Überhitzung vorzubeugen und bebaute Flächen lebenswerter für Menschen, Pflanzen und Tiere zu machen.

Kreislaufwirtschaft: Abfall vermeiden und verwerten

Wir Freie Demokraten treten für eine ökologisch und wirtschaftlich sinnvolle Abfall- und Ressourcenpolitik ein. Ziel ist es, Abfälle möglichst zu vermeiden, Wertstoffe effizient zu nutzen und dort, wo Abfälle anfallen, die jeweils wirtschaftlichste und umweltverträglichste Lösung zu ermöglichen. Maßstab sind für uns Innovation, Wettbewerb, Versorgungssicherheit und ein verantwortungsvoller Umgang mit Ressourcen - nicht staatliche Detailsteuerung.

Wir Freie Demokraten setzen uns für einen verlässlichen rechtlichen Rahmen ein, der Wettbewerb, Innovation und Investitionen in der Entsorgungswirtschaft ermöglicht. Ziel muss sein, die jeweils effizienteste, wirtschaftlichste und umweltverträglichste Lösung zu verwirklichen. Im Interesse der Verbraucher und der Wirtschaft stehen wir für eine wettbewerbliche Entsorgungswirtschaft. Auch bei der Biotonne darf es keine ideologischen Tabus geben:

Wo getrennte Sammlung und Verwertung ökologisch oder wirtschaftlich keinen erkennbaren Mehrwert bieten, müssen Kommunen flexible und kostengünstige Lösungen wählen können. Im Mittelpunkt stehen für uns Entsorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und ein tatsächlicher Nutzen für Umwelt und Gebührenzahler.

Wir Freie Demokraten werden:

- uns für ein einfaches, verständliches und praxistaugliches Abfallrecht einsetzen, das die Mülltrennung für Haushalte erleichtert, unnötige Bürokratie abbaut und Verbraucher entlastet.
- den Einsatz innovativer Technologien zur Sortierung und Verwertung von Abfällen durch technologieoffene Regulierung und den Abbau unnötiger rechtlicher Hürden erleichtern.
- uns für einen Wettbewerb um die besten Entsorgungslösungen einsetzen.
- den weiteren Eintrag von Mikroplastik in die Kreisläufe durch Förderung der Forschung zu alternativen Betriebsmitteln minimieren.

Schutz des Wassers als Lebensgrundlage und vor Schäden durch Wasser

Der Schutz von Trinkwasser, Küsten, Gewässern und wasserbezogener Infrastruktur ist für Mecklenburg-Vorpommern eine zentrale staatliche Aufgabe. Ziel liberaler Wasserpolitik ist der wirksame Schutz von Gesundheit, Eigentum, Infrastruktur und natürlichen Ressourcen mit klaren Zuständigkeiten, dem Verursacherprinzip und einem effizienten Mitteleinsatz.

Wir Freie Demokraten wollen Wasserpolitik auf das Wesentliche konzentrieren: den Schutz der Trinkwasserressourcen, wirksamen Hochwasser- und Küstenschutz, die Beseitigung konkreter Umweltgefahren und rechtssichere Rahmenbedingungen für Versorgung und Nutzung.

Wir Freie Demokraten werden:

- uns für die Fortsetzung und regelmäßige Überprüfung der Hochwasser- und Küstenschutzprogramme einsetzen. Vorrang haben nachgewiesene wirksame Maßnahmen zum Schutz von Menschen, Eigentum, Infrastruktur und Wirtschaftsstandorten. Naturnahe und technische Maßnahmen sollen nach Wirksamkeit, Verhältnismäßigkeit und regionalem Bedarf kombiniert werden.
- bestehende Retentionsräume dort sichern, wo sie für den nachgewiesenen Hochwasserschutz erforderlich sind. Eingriffe in Eigentum und Nutzung müssen verhältnismäßig sein und dürfen nicht ohne klare fachliche Grundlage erfolgen.
- die Rahmenbedingungen dafür verbessern, dass die öffentliche Trinkwasserversorgung in Mecklenburg-Vorpommern langfristig sicher, bezahlbar und qualitativ hochwertig bleibt. Dazu gehören der Schutz der Wasserressourcen, zügige Genehmigungen für notwendige Infrastruktur und eine verursachungsgerechte Begrenzung von Schadstoffeinträgen.
- im Wassermanagement klare, transparente und rechtssichere Regeln für Nutzungskonflikte schaffen. Vorrang hat die öffentliche Trinkwasserversorgung. Weitere Nutzungen müssen planbar, effizient und mit Blick auf Verfügbarkeit, Kostenwahrheit und regionale Belastungsgrenzen ausgestaltet werden.
- den Meeresschutz mit besonderem Fokus auf Munitionsaltlasten stärker priorisieren. Wir werden uns im Bund gemeinsam mit den anderen Küstenländern für eine verlässliche Finanzierung, beschleunigte Genehmigungen und wettbewerbliche Verfahren bei Erkundung, Bergung und Entsorgung einsetzen. Mecklenburg-Vorpommern soll dafür gute Rahmenbedingungen für Forschung, Erprobung und unternehmerische Ansiedlung bieten.

Du willst was reißen?
Wir auch.

Selbstbestimmt- heit braucht Versorgungs- sicherheit im ganzen Land

Ein glückliches Leben in der Familie

Für uns Freie Demokraten ist Familie dort, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen, egal in welchem Familien- oder Lebensmodell. Wir setzen auf Freiheit, Selbstbestimmtheit in der Lebensplanung und auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben.

Dazu gehören gute Kinderbetreuung, flexible Arbeitszeiten und moderne, familienfreundliche Strukturen. Rollenbilder sollen aufgebrochen und Gleichberechtigung aktiv gelebt werden.

Moderne Familienpolitik muss die Realität aller Formen des Zusammenlebens berücksichtigen, egal ob klassische Familien, Patchwork, Alleinerziehende, Wechselmodelle oder gleichgeschlechtliche Partnerschaften. Kinder, Ältere und Kranke brauchen verlässliche Unterstützung unabhängig vom Familienmodell.

Wir Freie Demokraten treten für gleiche Rechte und faire Rahmenbedingungen für alle Lebens- und Familienmodelle ein. Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität lehnen wir ab. Denn Akzeptanz und Respekt sind für uns nicht verhandelbar.

Wir Freie Demokraten werden:

- die Kommunen bei den Leistungen nach dem Bundesteilhabegesetz vollständig und verlässlich refinanzieren.
- die Finanzierung des Landes für die frühkindliche Betreuung in Kitas und Kindertagespflegestellen überprüfen und an die tatsächlichen Notwendigkeiten anpassen.
- uns für den Erhalt der Trägervielfalt in der Kombination aus öffentlichen, gemeinnützigen und privatrechtlichen Anbietern stark machen.
- die Bedarfsgerechtigkeit und Treffsicherheit sozialer Dienstleistungen für Familien zur Steigerung der Effektivität, aber auch der Effizienz, verbessern. Nicht jede Maßnahme passt gleichermaßen für jede familiäre Situation.
- uns für Toleranz und Chancengleichheit für alle Menschen, unabhängig von Geschlechtsidentität und sexueller Orientierung sowie für die gesellschaftliche Akzeptanz vielfältiger Lebens-, Beziehungs- und Familienmodelle einsetzen.
- alle familienbezogenen Leistungen hinsichtlich ihrer digitalen und einfachen Zugänglichkeit prüfen und bürokratische Barrieren reduzieren.

Kindsein in Mecklenburg- Vorpommern

Für uns Freie Demokraten sind Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern in erster Linie verbunden mit Rechten und Pflichten der Eltern.

Wir Freie Demokraten wollen für Familien entsprechenden Freiraum schaffen, um die Entwicklung ihres Kindes eigenverantwortlich organisieren und leisten zu können.

Gleichzeitig sollen sie sich aber auf staatliche Strukturen verlassen können, wenn Eltern ihrer Pflicht nicht gerecht werden bzw. nicht gerecht werden können. Mit nötigem Respekt und Sensibilität sollen Eltern die entsprechende Unterstützung bei ihrem Erziehungs- und Fürsorgeauftrag erfahren. Die Rechte von Kindern und Jugendlichen wollen wir Freie Demokraten stärken, ohne zu bevormunden oder Freiheiten einzuschränken. Kinder und Jugendliche sollen nicht nur Gegenstand von Politik sein, sondern sie sollen aktiv mitgestalten können. Dafür wollen wir den notwendigen Rahmen geben und weiterentwickeln.

Wir Freie Demokraten werden:

- auf eine stärkere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in politischen Entscheidungsprozessen achten und diese fördern, indem wir Kinder- und Jugendparlamente und Kinderortsbeiräte fördern und ausbauen.
- uns für eine bessere Vernetzung und Ausstattung sowie Qualifizierung von Jugendämtern, Polizei und Kinderärztinnen und -ärzten einsetzen, um Kinder und Jugendliche wirksam zu schützen.
- uns für den Einsatz von Ombudspersonen in den Jugendämtern der Kreise und kreisfreien Städte einsetzen.
- mit einem Landesprogramm die Familien unterstützen, deren Kinderwunsch wegen gesundheitlicher Einschränkungen unerfüllt bleibt.
- uns für eine flächendeckende Möglichkeit des unkomplizierten Schwangerschaftsabbruchs und das Lehren der Techniken des Schwangerschaftsabbruchs in den medizinischen Ausbildungen einsetzen.
- uns für eine Kampagne zur Aufklärung und Sensibilisierung gegen Genitalverstümmelungen ohne medizinische Indikation bei Mädchen und Jungen einbringen.
- uns für die vollständige Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs einsetzen.

Selbstbestimmt und würdevoll leben im Alter

Ältere Menschen stehen zumeist noch mitten im Leben. Sie sind mobil, engagiert und selbstbestimmt. Ihr Engagement zu stärken und einzubinden, ist für uns Freie Demokraten eine Verpflichtung.

Gleichzeitig nimmt Einsamkeit gerade im Alter zu. Wir wollen Begegnung, Teilhabe und Wertschätzung stärken, damit Menschen in jeder Lebensphase sichtbar bleiben und mitgestalten können.

Wir fühlen uns ganz der Inklusion und Vielfalt verpflichtet, die jedem Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe gewährleistet. Die Arbeitswelt wie auch der Bildungs- und Freizeitbereich, bieten heute vielfältige Chancen, um Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

Die meisten älteren und kranken Menschen wollen zuhause im familiären Umfeld gepflegt werden. Auch viele Erwachsene mit schweren Behinderungen leben im Elternhaus und werden von ihren Angehörigen betreut und gepflegt. Viele Familien sind durch die langjährige Sorge um ihre Angehörigen mit Einschränkungen stark belastet. Daher benötigen insbesondere diese Familien verlässliche Begleitung und Entlastung. Um dem Wunsch nach einer ambulanten Betreuung gerecht zu werden, braucht es weniger Bürokratie, mehr Pflegefachkräfte und einen fairen Markt für soziale Dienstleistungen. Das Bundesteilhabegesetz wird in Mecklenburg-Vorpommern bislang nicht ausreichend umgesetzt. Die Leistungen müssen vollständig refinanziert werden – denn Teilhabe braucht nicht nur Regeln, sondern auch eine faire Finanzierung.

Wir Freie Demokraten werden:

- die Infrastruktur im öffentlichen Leben hinsichtlich ihrer Barrierefreiheit und des Bedürfnisses der Menschen nach Mobilität und Sicherheit kritischer beurteilen.
- Seniorenbegegnungsstätten oder Mehrgenerationenbegegnungsstätten mit seniorenrechtlichen und generationsübergreifenden Freizeitprogrammen fördern, um der Vereinsamung entgegenzuwirken.
- die Angebote für alle Menschen, unabhängig vom familiären Status und der sexuellen Orientierung sowie in allen Lebensphasen, insbesondere im Hinblick auf Wohn- und Betreuungsformen, weiterentwickeln und institutionell verankern.
- die Fachkraftquote in der Pflege an die aktuellen Bedingungen und Herausforderungen flexibel anpassen.
- eine Leistungsgewährung über das persönliche Budget stärken und gleichzeitig die missbräuchliche Verschiebung von Leistungen aus der Krankenversicherung in diese besondere Form der pflegerischen Leistungsgewährung zukünftig verhindern.
- die kommunale Pflegeplanung auf die Analyse von Sachständen und Verbesserungsmöglichkeiten zurückführen und sie nicht zum Instrument einer Steuerung des Marktes werden lassen.
- der ambulanten Pflege soweit möglich den Vorrang vor stationärer Pflege einräumen und sichern.

Der Mensch im Mittelpunkt eines liberalen Gesundheitswesens

Wir Freie Demokraten wollen eine gesunde Balance zwischen Eigenverantwortung und staatlicher Unterstützung im Krankheitsfall. Niemand sollte durch Krankheit in existentielle oder finanzielle Not geraten.

Darum bekennen wir uns auch weiterhin zur Krankenversicherungspflicht. Dabei stehen wir für ein solidarisches und duales Gesundheitssystem, in dem die Wahlfreiheit des Versicherten durch Krankenkassen- und Krankenversicherungsvielfalt gewährleistet ist. Dazu gehört neben einer starken privaten Krankenversicherung (PKV) auch eine gesetzliche Krankenversicherung (GKV). Diese soll die Interessen von Versicherten in den Mittelpunkt rücken und Möglichkeiten bieten, aus verschiedenen, im fairen Wettbewerb stehenden Modellen zu wählen. Jährliche Wechselmöglichkeiten zwischen GKV und PKV müssen möglich sein, wenn sie an klare Voraussetzungen geknüpft sind und das Sozialprinzip berücksichtigen, sodass ein Rückwechsel planbar bleibt und niemand plötzlich finanziell überfordert wird.

Wettbewerb und gute medizinische Versorgung gehören für uns zwingend zusammen. Für ein gutes Gesundheitswesen sind bessere Arbeitsbedingungen für das medizinische und pflegerische Personal zwingend erforderlich.

Gesundheit und Versorgungssicherheit

Gesundheitsförderung und Prävention – etwa bei Diabetes, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Wirbelsäulenleiden oder Depressionen – müssen stärker in den Mittelpunkt rücken.

Für uns Freie Demokraten bedeutet Eigenverantwortung, dass Menschen mit chronischer Erkrankung die Hoheit über ihre Entscheidungen behalten, Politik dafür verlässliche Rahmenbedingungen schafft und sie nicht bevormundet, sondern stärkt. Unter Selbstbestimmtheit in allen Lebenslagen verstehen wir, ein selbstbestimmtes Leben so lange wie möglich im eigenen Umfeld zu ermöglichen durch die konsequente Reaktivierung aller Ressourcen im Quartier ebenso wie durch die Stärkung und Einbindung der Angehörigen, getragen von verlässlichen Rahmenbedingungen statt Bevormundung.

Wir Freie Demokraten werden:

- der Prävention durch Kampagnen in Zusammenarbeit mit Krankenkassen sowie niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten eine größere Rolle zukommen lassen.
- die Vernetzung zwischen den einzelnen Akteurinnen und Akteuren stärken.

Der Freie Beruf als Fundament

Wir Freie Demokraten wollen das freie Unternehmertum in medizinischen Berufen wieder mehr fördern. Wir achten den Freien Beruf und die unabhängige und selbstständige Berufsausübung in den medizinischen Berufen. Ärztinnen und Ärzte aller Fachrichtungen sowie alle pflegerischen und therapeutischen Berufe mit übertragenen Heilkundebefugnissen sollen in medizinischen Fragen autonom entscheiden können.

Der Freie Beruf stellt die Bedürfnisse der Menschen in einen wissenschaftlichen Erfahrungskontext und entwickelt unter vernünftiger Abwägung die effektivste und nutzbringendste Therapie für den individuellen Patienten. Bürokratie und ökonomischer Druck schränken die Therapiefreiheit immer mehr ein. Dem muss die Politik in unbegründeten Fällen wirksam entgegensteuern. Wir brauchen auch in der Zukunft engagiertes Fachpersonal in Gesundheit und Pflege. Diese Berufe müssen wieder durch adäquate wirtschaftliche Rahmenbedingungen attraktiv werden. Freiheit und Verantwortung sind die Basis der Vertrauensbeziehungen zwischen Ärzten bzw. Gesundheitsfachpersonal und Patienten. Diese gilt es zu stärken.

Wir Freie Demokraten werden:

- uns dafür einsetzen, die Gebührenordnung für Zahnärzte zu reformieren.
- eine moderne Gebührenordnung für Ärzte anstreben, die die Therapiefreiheit grundsätzlich berücksichtigt.
- zugleich Pflegefachpersonen und Hebammen in ihrer Heilkundeübertragung weiter befähigen und das Angebot evidenzbasiert ausbauen.

Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum sichern

Mecklenburg-Vorpommern steht vor einer doppelten Herausforderung: Während der Bedarf an medizinischer Versorgung durch die demografische Entwicklung steigt, stoßen die bisherigen Strukturen an ihre Grenzen. Das Rückgrat dieser Versorgung sind und bleiben die niedergelassenen Ärzte und Zahnärzte. Darüber hinaus bedarf es Innovationen in der Telemedizin und Telepflege, Medizinischer Versorgungszentren (MVZ) und einer modernen Krankenhausinfrastruktur.

Bisher verzögern komplizierte Zuständigkeiten zwischen Sozialministerium, Landesamt für Gesundheit und Soziales, Kommunen und Zulassungsausschüssen Projekte. Kapital und Fachkräfte wandern ab, wenn Ideen Jahre auf Genehmigungen warten müssen.

Um dem zu begegnen, wollen wir Freie Demokraten eine digitale One-Stop-Agency für Investitionen im Gesundheitssektor errichten. Sie begleitet Gesundheitsprojekte von der Planung bis zur Aufnahme der Patienten.

Über ein zentrales Portal können Anträge digital eingereicht und der Status jederzeit verfolgt werden. Jedes Projekt erhält einen festen Ansprechpartner, der Behördenkoordination und Fristen überwacht. Ein digitaler Versorgungsatlas liefert Daten zu Demografie, Morbidität und vorhandener Infrastruktur zur Standortplanung.

Daneben hat die Vermeidung eines drohenden Mangels an niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten, anderen Gesundheitsfachberufen und Pflegeunternehmen im ländlichen Raum oberste Priorität. Gerade für den ambulanten Sektor, insbesondere in der hausärztlichen Versorgung, sind Anreize für Praxisgründungen oder -nachfolgen unabdingbar, um die sich abzeichnende Unterversorgung abzuwenden.

Wir Freie Demokraten werden:

- eine zentrale, digitale One-Stop-Agency für Gesundheitsinvestitionen einrichten. Diese Agentur fungiert als einziger Ansprechpartner für alle Vorhaben, die die Gesundheitsinfrastruktur in Mecklenburg-Vorpommern stärken und begleitet von der Idee bis zur Eröffnung und ist damit nicht nur ein innovatives IT-Projekt, sondern ein echter Vorteil des Gesundheitsstandorts.
- die Zusammenarbeit zwischen Ärzten und Zahnärzten, Kammern, der Kassenärztlichen Vereinigung und den Kommunen verstetigen und Strategien zur Sicherung der ärztlichen Versorgung auf dem Land und in der Stadt moderieren und weiterentwickeln.
- die niedergelassenen medizinischen Fachberufe von unnötiger Bürokratie entlasten sowie den Erhalt und die Neueröffnung von Arztpraxen in unterversorgten Regionen fördern.
- mehr Projekte zur Telemedizin anregen und dabei helfen, die notwendige Infrastruktur zu schaffen. Angelehnt an das Pilotprojekt „Telemedizinische Assistenz“ aus Rheinland-Pfalz soll so die hausärztliche Versorgung im ländlichen Raum gestärkt werden.

- uns für eine Erhöhung der Studienkapazitäten an Hochschulen des Landes in den medizinischen Fächern einsetzen und den Pflegeberuf durch ein erweitertes Studienangebot attraktiver gestalten.
- Studienplätze an diejenigen vergeben, die sich nach dem Abschluss in Mecklenburg-Vorpommern niederlassen, ergänzt durch ein gezieltes Stipendiensystem für Landeskinder.
- uns dafür einsetzen, die medizinische Versorgung im ländlichen Raum durch die konsequente Einführung des Berufsbildes der Community Health Nurse (CHN) zukunftsfest und attraktiv zu gestalten.
- in Zusammenarbeit mit den Hochschulstandorten (z.B. Hochschule Neubrandenburg und Universitätsmedizin Rostock) kurzfristig einen Masterstudiengang „Community Health Nursing“ etablieren.
- ein Landesstipendienprogramm „MV-Health-Pioniere“ zur Gewinnung von Fachkräften auflegen. Studierende erhalten finanzielle Unterstützung, wenn sie sich verpflichten, nach Abschluss mindestens fünf Jahre in unterversorgten ländlichen Regionen des Landes tätig zu sein.
- rechtliche Barrieren abbauen. Mecklenburg-Vorpommern soll über eine Bundesratsinitiative das geplante Pflegekompetenzgesetz vorantreiben, um CHNs die rechtssichere Übernahme heilkundlicher Aufgaben (Substitution ärztlicher Leistungen) zu ermöglichen.
- innovative Versorgungszentren fördern. Die Gründung von kooperativen Gesundheitszentren, in denen CHNs eigenverantwortlich neben Ärzten arbeiten, soll durch Entbürokratisierung und eine Anschubfinanzierung gefördert werden.
- bessere Konditionen im Rahmen des BAföG für die Staatsexamen-Studiengänge bei Überschreitung der Regelstudienzeit vor dem ersten Staatsexamen erwirken.
- die Aus- und Weiterbildung im geriatrischen, gerontopsychiatrischen und palliativmedizinischen Bereich fördern, um den Ausbau von Einrichtungen in diesen Fachrichtungen zu unterstützen.
- einen Pakt für Pflege in Mecklenburg-Vorpommern ermöglichen, der nicht nur Gremien berät, sondern echte Verbesserungen bei Personal, Versorgung und Arbeitsbedingungen ermöglicht. Pflegekräfte müssen entlastet, strukturelle Defizite im ländlichen Raum gezielt angegangen und pflegende Angehörige wirkungsvoll unterstützt werden.

Beste Versorgung im stationären und ambulanten Bereich

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass jede Patientin und jeder Patient eine bedarfsgerechte Versorgung sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich erhält. Dazu muss die Gesundheitsversorgung besser verzahnt und patientenzentriert werden, die Sektorengrenze zwischen ambulant und stationär abgebaut. Wir wollen eine integrierte Bedarfsplanung auf Landesebene, bei der ambulante und stationäre Versorgung gemeinsam betrachtet werden. Medizinische Versorgungszentren (MVZ) auf Level I sollen die Grundversorgung sichern – von ambulanten Leistungen bis zu kurzen stationären Aufenthalten. Der Grundsatz „ambulant vor stationär“ wird konsequent umgesetzt, während die Landesbettenplanung jährliche Abstimmungen ermöglicht, um Kapazitäten effizient zu nutzen.

Die ambulante Versorgung sichern niedergelassene Ärzte sowie andere Gesundheitsfachberufe. Ergänzend sollen neue Angebotsformen geschaffen werden, die jungen Ärztinnen und Ärzten ermöglichen, Beruf und Familie zu vereinbaren. Besonderes Augenmerk liegt auf Lösungen gegen Ärztemangel im ländlichen Raum. Dabei ist eine enge Abstimmung zwischen ambulantem und stationärem Sektor zentral.

Die Apotheken vor Ort bleiben unverzichtbar. Sie managen mit pharmazeutischem Sachverstand Engpässe in der Lieferkette von Arzneimitteln und leisten durch Botendienste bis an die Wohnungstür einen erheblichen Beitrag zur Arzneimittelversorgung.

Wir Freie Demokraten werden:

- die flächendeckende Versorgung mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln sichern und die qualifizierte Beratung durch Apothekerinnen und Apotheker stärken.
- die Aufklärung junger Menschen über Verhütungsmethoden durch Hausärztinnen und Hausärzte fördern und deren Abrechnung über Krankenkassen ermöglichen.
- für faire Rahmenbedingungen zwischen inländischen Apotheken und in- und ausländischen Versandapotheken sorgen. Ein pauschales Versandhandelsverbot lehnen wir ab.
- die Versorgung und Forschung für Post Covid-, Long-Covid und ME/CFS-Erkrankte (Myalgische Enzephalomyelitis bzw. das Chronische Fatigue-Syndrom) im ambulanten und stationären Bereich sowie in der Rehabilitation stärken.
- die psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen verbessern.

Krankenhausversorgung in Mecklenburg-Vorpommern

Wir setzen uns für eine wohnortnahe, patientenorientierte und zukunftsfähige stationäre Versorgung in Stadt und Land ein. Dabei berücksichtigen wir die neuen gesetzlichen Vorgaben und verbinden diese mit einer integrierten Bedarfsplanung, bei der ambulante und stationäre Leistungen gemeinsam betrachtet werden. MVZ und andere Gesundheitszentren sichern die regionale Grundversorgung – von ambulanten Behandlungen bis zu kurzen stationären Aufenthalten – und stärken die Bindung von Ärztinnen und Ärzten, Pflegepersonal und Patientinnen und Patienten.

Regionale Besonderheiten fließen in die Planung ein, kinderrelevante Leistungen werden separat kalkuliert, und die Finanzierung der Krankenhäuser orientiert sich am tatsächlichen Bedarf. Private Trägerschaften unterstützen wir.

Universitätskliniken und maximalversorgende Häuser bündeln ihre hochspezialisierten Leistungen, konzentrieren sich auf komplexe Behandlungsverfahren und fördern Forschung sowie Lehre.

So wird Routineversorgung wohnortnah in MVZ und regionalen Krankenhäusern sichergestellt, während hochkomplexe Fälle effizient und qualitativ auf höchstem Niveau behandelt werden.

Wir Freie Demokraten werden:

- eine nachhaltige Verbesserung der Investitionsfinanzierung für maximalversorgende und kleinere, spezialisierte Krankenhäuser einfordern. Nur so können wir die bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Versorgung aller Bürgerinnen und Bürger sicherstellen.
- uns einsetzen, dass höhere Qualität durch das Vergütungssystem belohnt wird. Qualitätsverträge sollen für alle Leistungen im Krankenhaus möglich sein. Die Strukturreform im stationären Sektor muss verantwortungsvoll weiterentwickelt werden. Fehlanreize für eine Überversorgung und ein Überangebot an Krankenhausleistungen müssen bereinigt werden.
- eine Deckung der zusätzliche Vorhaltekosten zunächst durch eine Art regionale Basisfinanzierung der Länder sichern.

Die Digitalisierung im Gesundheitswesen

Wir Freie Demokraten wollen die Digitalisierung im Gesundheitswesen voranbringen. Die Digitalisierung hat das Potenzial, den Arbeitsalltag von allen Gesundheitsakteurinnen und -akteuren zu erleichtern.

Allerdings hinkt Deutschland bei der Digitalisierung im internationalen Vergleich weit hinterher. Die Vernetzungsprozesse zwischen Arztpraxen, Kliniken, Rettungsdiensten, Pflegeunternehmen und -einrichtungen, Apotheken sowie Patienten müssen komplett digital ausgestaltet sein, um eine schnelle Verfügbarkeit der Patientendaten sicherzustellen. Bei der Digitalisierung des Gesundheitswesens muss die Datensicherheit selbstverständlich gewährleistet bleiben.

Wir Freie Demokraten werden:

- eindeutige und transparente technische Rahmenbedingungen setzen.
- Interoperabilität durch offene Standards ermöglichen.
- den freien Zugang als Grundlage für die Entfaltung der besten digitalen Lösungen wahren.
- die Rahmenbedingungen für Telemedizin und Telepflege verbessern, und zwar unbürokratisch, barrierefrei und praxistauglich auch über eigene Endgeräte (z. B. Smartphone).

Entbürokratisierung des Gesundheitswesens

Wir Freie Demokraten wollen die Entbürokratisierung des Gesundheitswesens vorantreiben. Derzeit fallen jährlich zig Millionen Bürokratiestunden allein bei der Vertragsärztin oder beim Psychotherapeuten und dem gesamten Gesundheitsfachpersonal an. Das ist nicht hinnehmbar. Seit Jahren beklagen sämtliche Akteure im Gesundheitswesen die zunehmenden bürokratischen Auflagen, die nicht zu einer Verbesserung der Versorgung führen. Im Gegenteil: Es bleibt weniger Zeit für die Patientinnen und Patienten.

Wir Freie Demokraten werden:

- Kosten für Bürokratismus, Dokumentationen und Berichte denjenigen tragen lassen, der diese anfordert. Dies schärft den Fokus auf das Wesentliche, nämlich die Behandlung und Pflege von Patientinnen und Patienten, und verhindert kleinteilige Gesetze und Verordnungen.

Barrierefreies Mecklenburg-Vorpommern

Das besondere Augenmerk der Sozialpolitik muss der Situation von Menschen mit Behinderungen und ihrer Angehörigen gelten. Dabei gilt für uns der Grundsatz „Nicht über uns ohne uns“, der die Stimme, Betroffenheit und Erfahrung benachteiligter Menschen einbindet. Wir müssen die Brille derjenigen aufsetzen, die mit Rollator oder Rollstuhl ihre Lebenswirklichkeit meistern: Barrierefreiheit ist mehr als ein abgesenkter Bordstein, und echte Teilhabe erfordert vor allem Praktikabilität.

Mobilitätsbeschränkungen sollten durch gezielte Infrastrukturmaßnahmen überwunden werden, damit ein Höchstmaß an Barrierefreiheit und selbstbestimmter Lebensführung erreicht wird.

Wir brauchen Einrichtungen der Kurzzeitpflege für Menschen mit Behinderungen jedes Alters, um die betreuenden Familienangehörigen zu entlasten und im Krisenfall für sie einzuspringen. Auch Bildungs- und Freizeitangebote, die sich speziell an Kinder mit Behinderungen richten, entlasten deren Familienangehörigen. Dabei spielt die Nachmittagsbetreuung eine immer wichtigere Rolle.

Wir Freie Demokraten werden:

- die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes pragmatischer ausrichten, zum Beispiel durch digitale Zugänge und einheitliche Antragsverfahren, denn die notwendigen Leistungen zur bedarfsgerechten Teilhabe sollen bei den Menschen mit Behinderungen ankommen.
- die Werkstätten für behinderte Menschen und die Förder- und Betreuungsbereiche flexibler ausgestalten sowie die Möglichkeiten der Arbeitsaufnahme bei Unternehmen und Organisationen unterstützen.
- bei der Barrierefreiheit neben den Belangen mobilitätseingeschränkter Menschen auch die Belange sensorisch eingeschränkter Menschen stärker berücksichtigen.
- Schulkindergärten, die Kinder mit Behinderungen auf die Schule vorbereiten, bedarfsgerecht fördern, unabhängig von der Trägerschaft.
- bei öffentlichen Neubauten die Barrierefreiheit von Anfang an mitdenken und weiterhin darauf hinwirken, dass öffentliche Bestandsobjekte barrierefrei um- und ausgebaut werden.
- Anforderungen von Denkmalschutzämtern und die Grundsätze der Barrierefreiheit sinnvoll aufeinander abstimmen.
- die Verordnung über Unterstützungsangebote für Menschen mit Behinderungen großzügiger gestalten und die Einbeziehung professioneller Unterstützungsleistungen nach Wunsch und Bedarf prüfen.

Eine moderne und bedarfsgerechte Pflege

Die Demografie in Mecklenburg-Vorpommern fordert die Gesellschaft heraus. Die Zahl älterer Menschen, die qualifiziert betreut werden müssen, steigt stetig an. Um diese Herausforderung zu bewältigen, müssen alle zusammenwirken. Wir brauchen den Einsatz der Familienangehörigen, das Angebot privater und kommunaler Pflegedienste sowie stationäre Pflegeeinrichtungen, die Menschen mit erhöhtem Pflegebedarf qualifiziert, anspruchsvoll und bedarfsgerecht betreuen und pflegen.

Das Land muss die Anstrengungen aller Beteiligten fördern und mit erfüllbaren und praxistauglichen Vorgaben für die notwendige Qualität in der Pflege sorgen. Überzogene oder unerfüllbare Regelungen behindern die Schaffung neuer Pflegeplätze oder bewirken, wie die Heimbauvorschriften, dass bestehende Pflegeplätze abgebaut werden. Wir wollen deshalb die bestehenden Regelungen kritisch überprüfen.

Das Land muss sich an der Entwicklung neuer Betreuungsmodelle beteiligen und mit eigenen Forschungs- und Entwicklungsinitiativen dafür sorgen, dass moderne technische Möglichkeiten die Lebensqualität älterer Menschen verbessern – dabei sollen Quartiersmanagement in der Städteplanung und kommunale Planungsprozesse gezielt einbezogen werden, um innovative Lösungen direkt in die Lebenswelt vor Ort zu integrieren.

Wir Freie Demokraten werden:

- Forschungs- und Entwicklungsprojekte auf den Weg bringen, die innovative Lösungen für eine Verbesserung der Lebensqualität pflege- und betreuungsbedürftiger Menschen jedes Alters entwickeln. Insbesondere im Bereich der Künstlichen Intelligenz und Robotik sehen wir großes Potenzial.
- uns einsetzen, dass ambulant betreute Wohnformen und Pflege-Wohnungsgenossenschaften praxisnah unterstützt werden, Bürokratie abgebaut wird und zusätzliche Interpretationsspielräume innerhalb der Landkreise durch klare Vorgaben des Kreistags eingegrenzt werden, damit Menschen wirklich selbstbestimmt wohnen und teilhaben können.
- eine verpflichtende, trägerübergreifende digitale Pflegeplattform einfordern, die alle verfügbaren Kapazitäten tagesaktuell abbildet und durch eine jederzeit erreichbare Anbindung an die Pflegeunternehmen pflegende Angehörige, dem Entlassmanagement effektiv entlastet.
- ein Online-Register für freie Kurzzeitpflegeplätze und eine ständig erreichbare Beratungshotline einführen, um pflegende Angehörige zu entlasten.
- dafür sorgen, dass die ärztliche Versorgung in den stationären Pflegeheimen spürbar verbessert wird.
- den Handlungs- und Ermessensspielraum von Pflegekräften erweitern, beruhend auf der generalisierten und akademisierten Pflegeausbildung.

- Strukturen und Arbeitsabläufe durch spezielle Studiengänge (Advanced Nursing Practice und Community Health Nurse) effizienter gestalten. Diese Qualifikationen sollen fest in der Versorgung – insbesondere in Kliniken und Gesundheitszentren im ländlichen Raum – verankert werden.
- drängen, dass ausländische Pflegekräfte über ein zentrales, ministeriell abgestimmtes Verfahren zügig alle aufenthaltsrechtlich notwendigen Genehmigungen erhalten, ohne dass Einrichtungen selbst zwischen Visum, Anerkennung, Bildung und Aufenthalt jonglieren müssen. Dabei soll für alle Pflegekräfte – unabhängig von Herkunft – die gleiche Vergütung wie für inländisches Personal gelten.
- dafür eintreten, dass die ausländische Ausbildung, sollte sie nicht der inländischen entsprechen, durch Weiterbildungen aufgewertet wird.
- uns für Verbesserungen der Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte einsetzen und Entwicklungsperspektiven aufzeigen. Dazu gehört die Entlastung von administrativen Aufgaben und die Förderung digitaler Unterstützungsanwendungen.
- Doppelstrukturen bei Qualitätsprüfungen und Heimbegehungen von Medizinischem Dienst und Heimaufsichtsbehörden abbauen.
- Hospizeinrichtungen und die Arbeit der haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitenden fördern.
- das Thema Wohnen im Alter vorantreiben und hierbei auch alltagsunterstützende Technik in den Blick nehmen.
- die Pflegeausbildung weiter stärken und mit der Bundesgesetzgebung zu Pflegefachassistenz und Pflegefachberufen im gesamten Bundesland verzahnen.
- uns einsetzen, dass standortübergreifende Lernorte wie SkillsLabs und Simulationszentren allen Auszubildenden offenstehen, um Praxisnähe, Qualität und Austausch über Einrichtungen hinweg zu sichern.

Selbstbestimmtheit endet nicht mit dem Tod

Die Trauer- und Bestattungskultur hat sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert: Individuelle Lebensentwürfe, kulturelle und religiöse Vielfalt sowie neue Formen des Abschieds gewinnen an Bedeutung. Das Bestattungsrecht in Mecklenburg-Vorpommern muss diesem Wandel folgen und die Selbstbestimmung der Menschen auch über den Tod hinaus respektieren.

Jeder Mensch soll frei und bewusst selbst bestimmen können, wie und wo er bestattet werden möchte. Friedhöfe sollen als zentrale Orte des Trauerns und der Erinnerung erhalten bleiben und dabei gleichzeitig durch kreative Konzepte neue Funktionen übernehmen.

Wir Freie Demokraten werden:

- das Leichen-, Friedhofs- und Bestattungsrecht modernisieren und den Friedhofszwang für Totenasche aufheben, damit mehr Wahlfreiheit bei Bestattungsort und -form möglich wird.
- die pietätvolle Aufbewahrung der Asche im privaten Bereich sowie die Teilung der Asche in mehrere Erinnerungsurnen rechtssicher ermöglichen und zugleich klare Anforderungen an Würde, Transparenz und Schutzinteressen definieren.
- das Verstreuen von Totenasche auf privaten Flächen außerhalb von Friedhöfen erlauben, wenn die Einwilligung des Flächeneigentümers vorliegt.
- zusätzliche, zeitgemäße Bestattungsformen eröffnen, insbesondere Bestattungen auf geeigneten Binnengewässern sowie die würdevolle Weiterverarbeitung kleiner Ascheanteile zu Erinnerungsstücken (z. B. Schmuck oder Diamant) unter klaren Rahmenbedingungen ermöglichen.
- endlich eine sensible Regelung für „Sternenkinder“ schaffen, damit Mutter und Kind gemeinsam bestattet werden können, wenn beide bei der Geburt versterben.

Freiheit heißt auch Schutz vor häuslicher und sexualisierter Gewalt

In Mecklenburg-Vorpommern stellen wir seit Jahren einen alarmierenden Anstieg der Fälle von häuslicher und sexualisierter Gewalt fest. Hinter jedem Fall stehen Menschen, deren Lebenswege durch solche Erfahrungen tief und dauerhaft geprägt werden. Gleichzeitig verfügt unser Land über engagierte Beratungsstellen und Einrichtungen, die täglich Großartiges leisten. Allerdings arbeiten viele dieser Anlaufstellen am Limit: Unterfinanziert, personell überlastet und mit zu wenigen Plätzen, insbesondere in Frauenhäusern. Wenn Schutzsuchende in existenziellen Notlagen abgewiesen werden, ist das nicht nur menschlich schwer zu ertragen, sondern stellt auch die Verantwortung infrage, die wir Betroffenen gegenüber haben. Wir Freie Demokraten glauben daran, dass eine Gesellschaft, die Freiheit, Verantwortung und Selbstbestimmung in den Mittelpunkt stellt, Gewalt konsequent vorbeugen und Betroffene zuverlässig schützen muss.

Wir Freie Demokraten werden:

- die Finanzierung des Beratungs- und Hilfenetzes Mecklenburg-Vorpommern stärken.
- die Öffentlichkeitsarbeit des Landes hinsichtlich der Thematik sexualisierte und häusliche Gewalt deutlich ausbauen. Dabei soll eine stärkere Sensibilisierung für Gewaltphänomene erreicht werden, um eine bessere sowie niedrigschwellige Aufklärung und Prävention zu bewirken.
- ein Monitoringsystem der Tätigkeiten des Beratungs- und Hilfenetzes einführen, um die Aus- und finanzielle Belastung der Beratungsstellen zu erfassen und bedarfsgerecht entgegenwirken zu können.

Du willst was reißen?
Wir auch.

Bürger und Staat

Infrastruktur –

Digitalisierung –

Energie

Eine Verwaltung des 21. Jahrhunderts lässt den Bürgern Freiheit

Wir Freie Demokraten betonen, dass staatliche Verwaltung kein Selbstzweck ist, sondern für die Bürgerinnen und Bürger da ist. Für uns Freie Demokraten kümmert sich der Staat zu sehr um Belange, die nicht zu seinen Kernaufgaben gehören und hat sich immer weiter in das Privatleben der Bürgerinnen und Bürger und in die Selbstorganisation der Wirtschaft hineingedrängt.

Wir brauchen dringend einen Kulturwandel in der Verwaltung, weg von der Kultur des Misstrauens, hin zu einer Kultur des Vertrauens in die Bürgerinnen und Bürger sowie in Unternehmen. Bevor ein Antrag oder Anliegen der Bürgerinnen und Bürger abgelehnt wird, sollten alle Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie abgeholfen werden könnte.

Wir streben den Wandel einer Verwaltungskultur des Ablehnens zu einer Kultur des Ermöglichens an. Um dies zu erreichen wollen wir, dass Verwaltungsbedienstete mehr Ermessen ausüben dürfen und entscheidungsfreudiger handeln können. Dazu gehört auch eine gesunde Fehlerkultur in der Verwaltung. Diese ist Grundlage dafür, dass das Personal Entscheidungen schneller und großzügiger trifft und nicht befürchten muss, Nachteile zu erfahren.

Der demografische Wandel macht auch vor der Verwaltung nicht halt. Viele der in den nächsten zehn Jahren freiwerdenden Stellen können nicht mehr nachbesetzt werden. Darauf muss sich die Verwaltung in Land und in den Kommunen einstellen. Deshalb braucht es nicht mehr Regularien und analoge Prozesse, sondern eine deutliche Reduzierung der Regeln und eine Optimierung der Verfahren. Die umfassende Digitalisierung und der Einsatz von Künstlicher Intelligenz bieten dafür beste Grundlagen. Die Verwaltung wird zukünftig auch nicht mehr die Kontrolldichte und detaillierte Einzelfallprüfung aufrechterhalten können. Daher braucht es mehr Pauschalisierungen und digitale Prüfroutinen, die Fehler schnell und unkompliziert aufgreifen können und Lösungen aufzeigen.

Nur ein reformierter Staat und eine modernisierte Verwaltung kann die Kernaufgaben noch zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger erledigen. Daher ist jeder Aufgabenstellung auch eine kritische Überlegung voranzustellen, ob diese Aufgabe überhaupt erledigt werden muss, welche Ebene sie am effektivsten und effizientesten erledigen kann und ob dafür Personal abzustellen ist oder ob eine digitale Aufgabenerledigung erfolgen kann.

Die Digitalisierung bietet hervorragende Chancen, Verwaltungsabläufe schlank und effizient zu halten, nicht nur in der einen Behörde, sondern auch im Netzwerk mit anderen Behörden. Daher wollen wir Freie Demokraten, dass Verwaltung so vernetzt und mit digitalen Schnittstellen versehen ist, dass Behörden aller Ebenen und Fachbereiche medienbruchfrei arbeiten können. Datenschutz ist wichtig – aber er darf nicht als Vorwand dienen, um notwendige Schnittstellen und Datenaustausch zu verhindern. Beispiel: Ein Gewerbesteuermessbescheid müsste im Jahr 2026 längst sicher und digital zwischen Landes- und Kommunalbehörden übermittelt werden können, wenn Unternehmen ihre Erklärungen längst digital abgeben müssen.

Einmal behördlich erhobene Daten wollen wir nach dem Once-Only-Prinzip über sichere und datenschutzkonforme Schnittstellen für mehrere Behörden und Prozesse nutzbar machen. Das zweimalige Abfragen derselben Daten der Bürgerinnen und Bürger durch eine oder mehrere Behörden ist eines zu viel. Das bindet unnötig Zeit und damit Kosten auf beiden Seiten.

Papier, Stift, Fax und Pflichttermine vor Ort dürfen nicht länger der Normalfall sein. Lange Bearbeitungszeiten, Öffnungszeiten von gestern und Medienbrüche kosten Zeit und Geld. Ein moderner Staat bietet digitale Antragstellung, elektronische Zahlungen, Status-Tracking, sichere Datenschnittstellen und spürbar schnellere Verfahren.

Wir Freie Demokraten werden:

- einen Rechtsanspruch auf digitale, barrierefreie Verwaltungsleistungen einführen – mit gleichwertiger Alternative für Menschen ohne digitalen Zugang.
- das Once-Only-Prinzip (Daten werden nur einmal erhoben und unter den Behörden aller Ebenen zur Verfügung gestellt) konsequent verfolgen und gemeinsam mit den Kommunen koordinieren.
- eine Aufgaben- und Ausführungskritik in der Landesverwaltung durchführen: Was nicht notwendig ist, wird gestrichen – was notwendig ist, wird digital und einfach gemacht.
- bei jeder neuen Rechtsvorschrift und jedem damit einhergehenden Verwaltungsverfahren die digitale Umsetzung mitdenken. Nicht digital umsetzbare Vorschriften und Abläufe werden so lange hinterfragt, bis die digitale Umsetzung möglich wird.
- die Einführung der elektronischen Akte in allen Landesbehörden beschleunigen. Die Papierakte muss Geschichte sein, noch bevor das Jahrzehnt abläuft.
- bis 2030 umsetzen, dass kein Antrag mehr auf Papier zu stellen ist und keine Formulare mehr per Post versendet werden. Stattdessen ermöglichen wir medienbruchfreie digitale Verfahren, die mit wenigen Klicks erledigt sind – und zwar jederzeit, sicher und benutzerfreundlich. Was Banken, Versicherungen und Online-Handel können, muss auch der Staat können.
- dafür sorgen, dass alle Landesbehörden, Landkreise und Kommunen zuverlässige Schnittstellen erhalten, damit die Kompatibilität der unterschiedlichen Systeme gewährleistet ist und der digitale Datenaustausch auch einen Mehrwert bringt. Die Schnittstellen müssen auch in Richtung der Behörden anderer Bundesländer und des Bundes kompatibel sein.
- Digitalisierungsprozesse in den Kommunen und im Land fördern. Insbesondere unterstützen wir die Planung von Glasfaser-Ausbauprojekten, IT-Sicherheitskonzepten, ePrivacy und digitalen Notfallplänen sowie E-Government und Open Data-Strategien in interkommunaler Zusammenarbeit.
- die Verwaltungsdigitalisierung auf Open Standards und – wo sinnvoll – Open Source aufbauen, um Abhängigkeiten zu reduzieren, IT-Sicherheit zu erhöhen und echte digitale Souveränität zu schaffen.
- Transparenz und Datenportabilität stärken: Bürgerinnen und Bürger sollen ihre eigenen Verwaltungsdaten einfach digital einsehen und nutzen können. Open Data wollen wir ausbauen, damit nicht-personenbezogene Verwaltungsdaten proaktiv veröffentlicht werden – rechtssicher, maschinenlesbar und mit klaren Ausnahmen (z. B. Schutzrechte, Sicherheit, personenbezogene Daten).

- das MV-Serviceportal zum echten One-Stop-Shop ausbauen – mit Ende-zu-Ende-Verfahren, Status-Tracking und verbindlichen Fristen. Ergänzend schaffen wir in den Kommunen Anlaufstellen für persönliche Hilfe.
- bestehende und zukünftige Förderprogramme der Europäischen Union und des Bundes bei ihrer Verwendung in Mecklenburg-Vorpommern vereinfachen und bündeln.
- uns für eine Rückführung der DVZ M-V GmbH auf ihre Kernaufgaben einsetzen und die Überarbeitung des Datenverarbeitungszentrumsgesetzes M-V einfordern mit dem Ziel, mehr Wettbewerb bei der Ausführung staatlicher IT-Aufgaben zu ermöglichen.
- die Verantwortungen in der Verwaltung glasklar aufzeigen und regeln. Darum soll digital einsehbar sein, an welcher Stelle der eigene Antrag derzeit liegt und welche Bearbeitungsfortschritte erzielt wurden. Was bei einer Paketsendung mit Tracking möglich ist, muss auch bei Verwaltungsverfahren funktionieren.
- die Bearbeitung der Anträge beschleunigen, indem langsames Handeln Konsequenzen hat: Bürgerinnen und Bürger sind an Fristen gebunden, deren Nichteinhaltung Konsequenzen haben. Gleiches muss auch für unsere Ämter gelten. Alle geeigneten Verfahren wollen wir durch sogenannte Genehmigungsfiktionen beschleunigen. Hat die Verwaltung nach Ablauf der Frist keinen Bescheid erteilt, gilt die Genehmigung automatisch als erteilt.
- die Grundlagen dafür schaffen, dass öffentliche Verwaltungen eigene Kompetenzen für Digitalisierungsprozesse aufbauen. Ähnlich wie in anderen technischen Berufen innerhalb der Verwaltung werden vor Ort Fachkräfte für Projekt-Management benötigt, die IT-Projekte in Zusammenarbeit mit privaten Anbietern planen und begleiten können.
- den Rahmen dafür geben, dass Kommunen sich auf die privaten agilen Unternehmen im Land verlassen können und auf deren Kompetenzen in Fragen der Digitalisierung setzen. Die Verwaltung plant, die spezialisierten IT-Unternehmen setzen um.

Weil Digitalisierung Freiheit bringt – Zukunft bis an jede Milchkanne

Die digitale Infrastruktur ist heute ein entscheidender Standortfaktor. Anwendungen, wie etwa die Telemedizin, autonomes Fahren, digitale Landwirtschaft, Industrie 4.0 oder autonome Schifffahrt brauchen flächendeckend leistungsfähige Netze.

Nach wie vor müssen sich die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen in unserem Land mit einer unterdurchschnittlichen digitalen Infrastruktur abfinden. Damit hat die Landesregierung Chancen vertan, Standortnachteile hingenommen und die Modernisierung ausgebremst.

Wir Freie Demokraten werden uns dafür einsetzen, dass Mecklenburg-Vorpommern die Lücke im digitalen Ausbau zum Bundesschnitt schließt und perspektivisch nicht nur zur bundesweiten Spitze aufschließt, sondern sich auch in Europa an den fortschrittlichsten Digitalisierungsstandorten orientiert. Wir streben flächendeckende Gigabit-Netze an – zuverlässig, bezahlbar und leistungsfähig, damit Wirtschaft, Bildung und Telemedizin Zukunftssicherheit und Reserven für neue Technologien haben.

Die Rolle der Politik in der Digitalisierung ist nicht auf den Ausbau der Infrastruktur beschränkt. Wir wollen durch die Digitalisierung der Verwaltung die Effizienz der Behörden steigern, die Arbeitsprozesse optimieren und die Verwaltung so ausrichten, dass trotz Demografie, fehlender Nachwuchskräfte und Einsparungsdrucks die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger oder Unternehmen erledigt werden. Wichtig ist dabei, den Fokus auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger zu richten und Verwaltungsprozesse zu hinterfragen bzw. zu vereinfachen. Sämtliche neue Regeln müssen digital umsetzbar sein und bestehende analoge Verfahren nicht einfach nur in die digitale Welt überführt werden, sondern neu gedacht werden.

Im Rahmen einer umfassenden Digitalisierungsstrategie möchten wir solide Ansätze aufgreifen, mit innovativen Ideen erweitern und mit Mut und Tatendrang zu einem verlässlichen Fahrplan verdichten. Ganz gleich ob Stadt oder Land: Mecklenburg-Vorpommern soll überall digital funktionieren.

Gigabit und flächendeckend 5G in Mecklenburg-Vorpommern bringen Freiheit

Die Mittel und Möglichkeiten, unser Land zu einem Vorreiter der Digitalisierung zu machen, sind da. Sie werden aktuell nur nicht ausgeschöpft. Die Digitalisierung scheitert nicht an technischen Schwierigkeiten, sondern an einer ineffizienten Verwaltung und fehlendem politischen Willen. Flächendeckende, stabile Netze sind Daseinsvorsorge. Und sie sind die Voraussetzung dafür, dass sich digitale Arbeitsplätze und innovative Unternehmen auch außerhalb der Städte ansiedeln. Mecklenburg-Vorpommern darf nicht länger den Ruf Erholungsregion für Digital Detox haben.

Wir Freie Demokraten werden:

- uns im Hinblick auf die Breitbandversorgung unter Nutzung aller Möglichkeiten für eine zügige Umsetzung sorgen und es dabei nicht nur bei Ankündigungen oder Akquise von Fördermitteln belassen. Dies gilt insbesondere für diejenigen, deren Anschluss mit Breitband-Internet zwar schon in der Erde liegt, die aber trotzdem noch über keinen Anschluss verfügen.
- schnelle Abhilfe für noch unterversorgte Gebiete schaffen. Hierzu werden wir die Nutzung von Übergangstechnologien, wie etwa Richtfunk oder Satellitenübertragung, für bisherige „weiße Flecken“ prüfen.
- den Mobilfunkausbau mit der 5G-Netztechnologie priorisieren und dafür sorgen, dass das Mobilfunknetz auf der Basis eines Funkloch-Screenings so schnell wie möglich vervollständigt wird. Dabei soll auch die Weiterentwicklung zum 6G-Mobilfunkstandard mitgedacht werden, der ab ca. 2030 auf 5G folgen soll.
- in Verhandlungen mit der Europäischen Union auf eine dynamische Weiterentwicklung der Aufgreifschwelle für Fördermaßnahmen im Upload drängen.
- die interkommunale Kooperation bei der Digitalisierung fördern und Ausbauregionen stärker zu Clustern verbinden, um den Netzausbau in ländlichen und urbanen Regionen zu synchronisieren.
- Bürger-Breitbandprojekte, zum Beispiel für Einzellagen im ländlichen Raum, vorantreiben und besser vermitteln.

Gute Verkehrswege und Freiheit durch Mobilität

Gute Verkehrswege sind für uns in Mecklenburg-Vorpommern essenziell und Ausdruck von Freiheit und Mobilität. Ohne sie können die Güter von der Küste nicht im Land verteilt werden, kommen keine Touristinnen und Touristen zu uns und ohne sie kommen auch die Bürgerinnen und Bürger in unserem Flächenland nicht zügig von A nach B. Eine gute Verkehrsanbindung ist eine der Grundvoraussetzung für eine starke Wirtschaft und auch selbst ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, wie unsere Häfen deutlich zeigen.

Dabei ist die Ausgangslage alles andere als schlecht: Mecklenburg-Vorpommern liegt im Herzen von Europa und verbindet mit seinen Straßen und Wasserwegen sowohl Skandinavien als auch Osteuropa. Wir können von diesen Verbindungen und von den sich daraus ergebenden Handelsströmen noch mehr profitieren, wenn wir unsere gute geografische Lage nutzen und die Infrastruktur erhalten und ausbauen.

Unser Bundesland konkurriert sowohl mit den Häfen in anderen Bundesländern als auch mit denen unserer europäischen Nachbarländer, wie etwa dem geplanten Containerterminal in Swinemünde. Gleiches gilt für die Straßen: Auch der Fehmarnbelttunnel wird bestehende Verkehrs- und Warenströme und mit ihnen Wertschöpfung umlenken, mit erheblichen Folgen für die mittleren und östlichen Landesteile. Um in diesem Wettbewerb zu bestehen, muss Verkehrspolitik höher priorisiert werden.

Doch nicht nur zu Lande und zu Wasser, sondern auch in der Luft ist Mecklenburg-Vorpommern angebunden. Trotzdem fehlt es bis heute an einem tragfähigen Konzept, wie diese Anbindung sinnvoll genutzt werden kann.

Bisher wurde lediglich viel Steuergeld verschwendet, ohne dass eine wirkliche nationale oder internationale Vernetzung stattfand. Es ist das Ziel liberaler Verkehrspolitik, dass die Menschen und Güter schnell, zuverlässig und sicher, aber auch frei von ideologischer Bevormundung durch unser Land und in unser Land kommen können.

Im regionalen Schienenverkehr sollen nach unseren Vorstellungen die Züge zuverlässig und pünktlich fahren. Die Anzeigen an Bahnsteigen und in den Apps müssen den Tatsachen entsprechen und bei Störungen sofort umplanen. Tickets sollen über die Apps buchbar sein und auch die Wege von und weg vom Bahnhof sollten in der App zuverlässig und in Echtzeit abgestimmt aufgezeigt sein.

Für uns ist die Mobilität auch für diejenigen eine Frage der persönlichen Freiheit, die altersbedingt noch nicht oder nicht mehr ein eigenes Fahrzeug führen können. Daher müssen Angebote für den ländlichen Raum geschaffen werden, die zuverlässig und leistbar die Mobilität sicherstellen. Das können Rufbussysteme, geförderte Mobilitätsunterstützung durch Nachbarschaft oder Dorfgemeinschaft sein oder nach einer erfolgreichen Pilotierung auch autonom fahrende Mobilitätsangebote. Jungen Menschen wollen wir frühzeitiger den Erwerb des Führerscheins ermöglichen. Wer das Zutrauen in Jugendliche ab 16 für eine verantwortungsvolle Teilnahme an Kommunal- und Landtagswahl hat, sollte auch das Zutrauen in dieselben Jugendlichen haben, ein Fahrzeug in Begleitung verantwortungsvoll zu führen.

Wir Freie Demokraten werden:

- für eine ideologiefreie Verkehrspolitik kämpfen, die Effizienz, Wahlfreiheit des Verkehrsmittels und Umweltschutz miteinander vereint.
- die Kommunen dabei unterstützen, die Fahrradinfrastruktur im Land weiter auszubauen. Fahrradwege und -straßen sollten hierzu wo nötig saniert und optimiert werden.
- unsere Seehäfen durch gute Rahmenbedingungen unterstützen. Sie sollen eine bessere Anbindung an das Schienen- und Straßennetz erhalten. Zusätzlich sollen Rahmenbedingungen wie Umweltauflagen oder Gebühren so gestaltet werden, dass den Häfen in unserem Bundesland kein Wettbewerbsnachteil gegenüber den Häfen in Niedersachsen und Schleswig-Holstein entsteht.
- uns auf europäischer Ebene für ein übergreifendes Verkehrskonzept im Ostseeraum einsetzen. Es braucht eine gute Abstimmung mit unseren Nachbarn statt nationaler Kleinstaaterei und unsinnigen sowie ökologisch bedenklichen Dopplungen von Verkehrs- und Wirtschaftswegen, wie etwa im Hinblick auf das geplante Containerterminal in Swinemünde.
- bereits geplante Straßen-, Schienen- und Wasserstraßenprojekte zeitnah umsetzen und identifizierte Lücken im Verkehrsnetz schließen. Dazu gehört vor allem der Ausbau einer leistungsfähigen Ost-West-Bundestraße, eine Elektrifizierung und Ertüchtigung der Bahnstrecken auf 160 km/h und ein Ausbau der Wassertiefe in den Häfen Rostock, Wismar, Sassnitz und Stralsund. So können die Achsen des Transeuropäischen Netzes (TEN) in Mecklenburg-Vorpommern umfassend gestärkt werden.
- die Digitalisierung für eine moderne und intelligente Verkehrssteuerung nutzbar machen, bspw. für aufkommensabhängig gesteuerte Geschwindigkeitsanzeigen auf Autobahnen, vernetzte Ampeln und digitale Parkleitsysteme, die gleichzeitig mit Bezahlfunktion versehen sind.
- das gesamte Autobahnnetz in Mecklenburg-Vorpommern für „Gigaliner“-LKW freigeben.
- dafür sorgen, dass für Großraum- und Schwerlasttransporte über eine Zentralstelle einheitliche Standards gelten und nicht jede durchfahrene Region durch eigene Regularien und Auflagen derartige Transporte überbürokratisiert und ausbremst.
- in geeigneten Regionen Pilotprojekte zum autonomen Fahren freigeben.
- die Mobilitätsversorgung im ländlichen Raum sichern, inklusive einer Evaluation des bestehenden Rufbussystems und dessen Finanzierung.
- ein landesweites ÖPNV-Konzept erarbeiten. Ziel ist es, alle öffentlichen Verkehrsträger in den Regionen bis in die Metropolregionen Hamburg, Berlin und Stettin hinein zu intelligenten Netzen zu entwickeln und mehr bedarfsgerechte Verkehrsangebote zu schaffen.
- uns für den Erhalt eines Deutschlandtickets mit einem zukunftsfesten Finanzierungskonzept einsetzen und die notwendigen landesseitigen Zuschüsse leisten.
- die Barrierefreiheit im ÖPNV mit einer klaren Strategie und Finanzierung voranbringen.

- uns für eine Stärkung der DB-Anbindung der Städte in unserem Bundesland einsetzen. Ein monatelanges Ringen mit der Deutschen Bahn um die Aufrechterhaltung nicht wirtschaftlich betriebener Verbindungen muss künftig vermieden werden durch frühzeitige Entwicklung von Strategien, wie die Beförderung alternativ aufgefangen werden kann.
- die Entstehung interoperabler, privater Mobilitätsplattformen durch offene Schnittstellen und diskriminierungsfreien Marktzugang ermöglichen.
- die Mobilität junger Menschen erhöhen, indem wir die Altersgrenze für die Klasse AM (Motorrollerführerschein) auf 14 Jahre senken. Darüber hinaus wollen wir, dass Mecklenburg-Vorpommern sich auf Bundesebene für einen Modellversuch „Begleitetes Fahren mit 16“ einsetzt.

Energiepolitik für Morgen und Übermorgen

Wir Freie Demokraten bekennen uns zu den Klimaschutzzielen, lehnen aber einen Überbietungswettbewerb der Bundesländer im unrealistischen Vorziehen der Zielerreichung ab, da diese selbst keine Gesetzgebungskompetenz in Fragen des Verkehrs oder der Energie haben. Die Zielerreichung muss vollständig auf der Basis physikalischer Vernunft, Technologieoffenheit und marktwirtschaftlicher Lösungen erfolgen. Statt starre Technologievorgaben zu machen, muss Politik die Ziele klar definieren und es dann den besten Ideen überlassen, den Weg dorthin zu finden. Eine wirkungsorientierte Energiepolitik misst sich an Ergebnissen, nicht an Symbolen.

Die Energieversorgung einer modernen, industrialisierten Volkswirtschaft ist ein komplexes System. Es geht hierbei nicht nur um Strom, sondern auch um die Wärme von Gebäudeheizungen bis hin zu chemischen/industriellen Prozessen, um Treibstoffe für Verkehr und Mobilität sowie Energieversorgung für Industrie und Gewerbe. Gerade in der intelligenten Verknüpfung aller Elemente, der sogenannten Sektorenkopplung, liegt noch hohes CO₂-Emissionseinsparungspotenzial.

Energie muss bezahlbar bleiben. Energiekosten sind ein wichtiger Faktor im internationalen Wettbewerb als auch für den lokalen Verbrauch. Mecklenburg-Vorpommern gehört heute zu den Regionen mit den weltweit höchsten Stromkosten. Das ist kein Ansiedlungsanreiz für neues Gewerbe und belastet die Haushalte in Mecklenburg-Vorpommern über Gebühr.

Das beste Mittel, um die Ziele Klimaneutralität und Bezahlbarkeit zu erreichen, ist aus unserer Sicht ein starker Wettbewerb von Innovationen. Wir bekennen uns daher klar zum weltweiten Emissionshandel, durch den der CO₂-Ausstoß global und in allen Sektoren einen einheitlichen Preis bekommen soll. Das liefert Anreize, effizient mit Energie zu wirtschaften, und führt in der Konsequenz zum Ausscheiden ineffizienter Technologien. Wie genau die künftige Energieversorgung dann technisch aussehen wird, sollte die Politik nicht voraussagen oder erzwingen wollen. Stattdessen sollte sie sich auf das Setzen zielführender Rahmenbedingungen beschränken, wie z.B. den Emissionshandel oder Infrastrukturplanungen. Wir wollen Subventionen durch marktwirtschaftliche Mechanismen ersetzen und somit langfristig wieder einen wettbewerbsfähigen Energiepreis im Land erzielen.

Klar ist heute schon, dass wir höchstwahrscheinlich nicht auf die Nutzung bestimmter Technologien und Energieträger verzichten können. Neben sämtlichen Formen der erneuerbaren Energien (Wind, Solar, Wasserkraft, Biogas, Erdwärme) werden wir Möglichkeiten schaffen müssen, in denen wir bei nicht ausreichenden Kapazitäten dieser Formen, bedarfsorientiert und zu annehmbaren Kosten, Energie herstellen können. Neben Gaskraftwerken setzen wir uns für eine in Mecklenburg-Vorpommern ansässige Wasserstoffproduktion ein.

Die bereits vorhandenen Überkapazitäten z.B. in der Windenergie müssen zeitnah für die Produktion von Wasserstoff bereitgestellt oder in Batterien gespeichert werden.

CO₂-neutral erzeugter Wasserstoff kann, in reiner Form oder als Basis für synthetische Kraftstoffe, fossile Brennstoffe in der Industrie ersetzen und mittels Brennstoffzellen PKWs, LKWs, Flugzeuge und Schiffe antreiben sowie Gebäude heizen. Wasserstoff kann, im Gegensatz zu Strom, über weite Strecken, etwa durch Pipelines, Tankfahrzeuge oder mit Schiffen, transportiert werden. Durch den Seehafen Rostock verfügt Mecklenburg-Vorpommern bereits über eine entsprechende Infrastruktur für den Export, die allerdings weiter ausgebaut werden muss.

Sonnen- und windreiche Regionen, wie unsere Küste und die Offshore-Parks auf See, bieten grundsätzlich großes Potenzial, um grünen Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe auf Basis erneuerbaren Stroms herzustellen und so die Energiewende sinnvoll voranzutreiben. Dies kann ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und Exportschlager für die Region Mecklenburg-Vorpommerns werden. Hierdurch kann sich unser Bundesland sowohl als Forschungs- als auch als Industriestandort etablieren und somit gut bezahlte Arbeitsplätze schaffen.

Eine Energiewende hin zu einem hohen Anteil von Versorgung aus Erneuerbaren Energieträgern (EE) wird nur dann gesellschaftlich akzeptabel und damit machbar sein, wenn sie auch für die vom EE-Ausbau unmittelbar Betroffenen akzeptabel ist. Deshalb setzen wir uns für eine praktikable Anpassung des Bürgerbeteiligungsgesetzes in Mecklenburg-Vorpommern ein, sodass die betroffenen Bürgerinnen und Bürger sowie Gemeinden tatsächlich und spürbar partizipieren können, denn mit ein paar wenigen Euro lässt sich Akzeptanz nicht erkaufen.

Allerdings ist absehbar, dass die Potenziale in Deutschland bei weitem nicht ausreichenden Strom liefern werden, um den Bedarf an Wasserstoff für unsere Industrien allein zu decken. Bei der Menge an Anwendungen, die durch Wasserstoff klimaneutral werden sollen, sind wir daher entscheidend auf Wasserstoffimporte von innerhalb und außerhalb Europas angewiesen. Unsere Häfen können hier zu einem wichtigen Umschlagplatz, Logistik- und Weiterverarbeitungsstandort werden.

Wir Freie Demokraten lehnen Zwänge zur Nutzung bestimmter Heizungsarten oder Anschluss- und Benutzungszwänge von Wärmenetzen ab. Wir wollen attraktive klimafreundliche Angebote vor Ort, die ganz ohne Zwang überzeugen. Wir vertrauen den Entscheidern vor Ort, dass sie Wärmenetze auf den Weg bringen, wenn diese sinnvoll sind. Verpflichtende, teure übergreifende Wärmeplanungen sind unnötig, wenn vor Ort die Begebenheiten und Bedarfe mit Vernunft und Sachverstand einbezogen sind. Ist an dem einen Ort ein Wärmenetz mit Biogasanlage sinnvoll, ist andernorts Wasserstoff im Gasnetz und Wärme aus der tiefen Geothermie, Abwärme aus Industrie oder gar die dezentrale Wärmepumpe die richtige Wahl.

Regionale Besonderheiten sind für die besten und kostengünstigsten Wärmeversorgungen zu berücksichtigen.

Wir Freie Demokraten werden:

- uns für eine Energiepolitik einsetzen, die Umweltschutz, Versorgungssicherheit, Akzeptanz und Bezahlbarkeit als gleichrangige Ziele zusammen denkt. Dazu gehört für uns Priorität der Ausbau von Stromnetzen und Speicherkapazitäten ist als gleichrangiges Ziel neben dem Erzeugungsausbau zu behandeln. Erneuerbare Energien entfalten ihren volkswirtschaftlichen Nutzen nur mit einer leistungsfähigen Infrastruktur.

- für Technologieoffenheit eintreten. Wir wissen heute nicht, welche Energieträger sich langfristig in welchem Bereich durchsetzen werden. Daher braucht es einen echten Wettbewerb im Rahmen eines ambitionierten Emissionshandels. Wir wollen alle gesellschaftlich akzeptierten Technologieoptionen, für die Interessenten auf Angebotsseite vorhanden sind, in einen echten Wettbewerb der Ideen einbeziehen, um die ehrgeizigen Klimaziele innovativ und kosteneffizient zu erreichen.
- die Entwicklungsarbeiten in der Fusionstechnik, bei der das Projekt „Wendelstein“ des IPP in Greifswald weltweit zu den Führenden gehört, aktiv begleiten. Dazu gehört auch, uns gegebenenfalls für eine politische Beschleunigung einzusetzen. Wir werden uns darüber hinaus bemühen, dass eine Ansiedlung von weiteren innovativen Großforschungsprojekten nach diesem Vorbild in Mecklenburg-Vorpommern vorangetrieben wird.
- uns für eine Reformierung des EEG auf Bundesebene einzusetzen, die es ermöglicht, ungenutzte Kapazitäten für die Wasserstoffproduktion zu nutzen.
- uns für eine zeitnahe Aktualisierung der Landesraumentwicklungsplanung einzusetzen.
- die Erzeugung aller Arten von Wasserstoff und synthetischen Kraftstoffen bei uns im Bundesland sowie die Entwicklung und Erforschung von Wasserstoffantrieben offen begleiten.
- prüfen, wie die Erdgas-Pipeline-Infrastruktur in unserem Land zur Speicherung und zum Transport von Wasserstoff aus erneuerbaren Energien genutzt werden könnte.
- die ineffiziente verpflichtende kommunale Wärmeplanung abschaffen und zur Freiwilligkeit zurückkehren, damit Wärmeplanung dort gemacht wird, wo echter Mehrwert entsteht.
- Technologieoffenheit bei der Wärmeversorgung von Gebäuden sicherstellen.
- ein Bürgerschaftsprogramm für den Bau von kleinen Wärmenetzen aufsetzen, um kleinen Wärmeversorgern die Aufnahme von Investitionskrediten zu ermöglichen.

Infrastruktur – Modernisieren statt verwalten

Eine leistungsfähige Infrastruktur ist das Fundament eines freien, wirtschaftlich starken und modernen Mecklenburg-Vorpommerns. Straßen, Schienen, Häfen, Brücken, Energie- und Datennetze sind die Voraussetzung dafür, dass Menschen zur Arbeit kommen und Unternehmen investieren, das Güter transportiert werden und Regionen Anschluss an wirtschaftliche Dynamik behalten.


Als Flächenland mit geringer Bevölkerungsdichte ist Mecklenburg-Vorpommern in besonderem Maße auf funktionierende Verkehrs- und Versorgungsnetze angewiesen. Wenn Straßen gesperrt werden, Bahnverbindungen unzuverlässig sind oder Planungsverfahren Jahrzehnte dauern, wird unser ganzes Land geschwächt.

Wir erleben einen Investitionsstau bei Straßen und Brücken, langwierige Genehmigungsverfahren, überforderte Planungsbehörden und eine ideologisch geführte Verkehrspolitik, die einzelne Verkehrsträger gegeneinander ausspielt. Das lehnen wir ab. Infrastrukturpolitik muss pragmatisch und wachstumsorientiert sein.

Unser Anspruch ist klar: Erhalt vor Neubau, Tempo bei Planung und Umsetzung, verlässliche Finanzierung und konsequente Modernisierung. Mecklenburg-Vorpommern soll seine geografische Lage zwischen Skandinavien, Osteuropa und den Metropolregionen Hamburg und Berlin strategisch nutzen. Unsere Häfen, unsere Ost-West-Achsen und unsere Anbindung an die transeuropäischen Netze sind wirtschaftliche Chancen - wenn wir sie konsequent entwickeln.

Wir Freie Demokraten werden:

- Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen, etwa mit Genehmigungsfiktionen, damit Verfahren nicht endlos verschleppt werden können.
- Erhalt vor Neubau priorisieren. Der Sanierungsstau bei Landesstraßen und Brücken muss systematisch abgearbeitet werden.
- die Landesstraßenfinanzierung verstetigen.
- die Ost-West-Verbindungen stärken mit einer leistungsfähigen Bundesstraßen- und Schieneninfrastruktur zwischen Vorpommern, der Mecklenburgischen Seenplatte und Westmecklenburg.
- Kommunen stärker entlasten, indem Investitionsmittel über den kommunalen Finanzausgleich ohne kleinteilige Förderprogramme ausgereicht werden.


Du willst was reißen?
Wir auch.

Finanzen und Haushalt

Politik, die rechnen kann, sichert Freiheit und Handlungsfähigkeit

Eine solide Haushaltspolitik ist das Fundament unserer Demokratie. Sie schützt den Rechtsstaat und sichert die Handlungsfähigkeit des Landes. Vor allem aber bewahrt sie die persönliche Freiheit der Bürgerinnen und Bürger. Denn ein Staat, der dauerhaft über seine Verhältnisse lebt, schränkt morgen die Spielräume der Menschen ein.

Einer Haushaltspolitik, die dauerhaft auf neue Schulden setzt, folgen zwangsläufig höhere Steuern und Abgaben. Die Rechnungen zahlen die heutigen Familien – und besonders ihre Kinder. Gleichzeitig gefährdet eine solche Politik stabile Preise und wirtschaftliche Entwicklung. Das verteuert das Leben für alle. Schulden verschieben die Belastungen nur in die Zukunft.

Für uns Freie Demokraten ist klar: Strenge Schuldenregeln gehören in die Landesverfassung. Sie schützen die Freiheit der Bürger und sichern die Handlungsfähigkeit des Landes. Wenn Bund und Land diese Linie aufweichen, gefährden sie Vertrauen und Stabilität. Dem werden wir entschieden entgegenzutreten.

Wir werden genau darauf achten, wofür zusätzliche Mittel eingesetzt werden. Geld aus Schulden darf nicht für laufende Ausgaben konsumtiv ausgegeben werden. Es darf auch nicht dazu dienen, Löcher im Kernhaushalt zu stopfen. Wenn Kredite aufgenommen werden, dann nur für Investitionen, die künftiges Wachstum ermöglichen – etwa in Infrastruktur oder moderne Technologien. Unser Ziel ist die Rückkehr zu klarer Haushaltsdisziplin.

Mecklenburg-Vorpommern hat kein Einnahmeproblem. Das Land hat ein Ausgabenproblem. Die Steuereinnahmen liegen auf Rekordniveau. Doch die Ausgaben wachsen schneller als die Einnahmen. Immer neue Programme und Aufgaben treiben die Kosten nach oben. Ein privater Haushalt würde in einer solchen Lage Prioritäten setzen und sparen. Die Landesregierung hingegen steuert das Land auf eine milliarden schwere Finanzierungslücke zu.

Gerade jetzt muss das Land jede Aufgabe kritisch prüfen. Was ist notwendig? Was ist wünschenswert, aber verzichtbar? Wir wollen, dass sich die Landespolitik auf ihre Kernaufgaben konzentriert und Prestigeprojekte ebenso hinterfragt wie teure Wahlgeschenke.

Die Bürgerinnen und Bürger haben Anspruch auf einen Staat, der effizient arbeitet und mit ihren Steuergeldern sorgsam umgeht.

Zu den Kernaufgaben zählen für uns Bildung und Forschung, innere Sicherheit und eine leistungsfähige Justiz, verlässliche Rahmenbedingungen für Wirtschaft, Landwirtschaft und Umwelt, moderne Infrastruktur sowie eine sichere Versorgung im ganzen Land.

Gleichzeitig wächst die Zahl der Stellen in der Landesverwaltung stetig. Zusätzlich steigen die Ausgaben für externe Gutachten und Beratungsleistungen auf Rekordhöhe. Das wirft Fragen auf. Wer Personal aufbaut, muss Aufgaben selbst bewältigen können. Hier braucht es mehr Klarheit und Zurückhaltung.

Hinzu kommt: Gesetze und Verordnungen werden häufig beschlossen, ohne die tatsächlichen Folgekosten vollständig offenzulegen. Die finanziellen Auswirkungen für Kommunen, Wirtschaft und Bürger bleiben oft unklar. Wir wollen ein unabhängiges Normenkontrollgremium schaffen, das Gesetze und Verordnungen vor Beschluss auf Folgekosten, Bürokratie und Belastungen für Kommunen, Wirtschaft und Bürger prüft – und die Ergebnisse verpflichtend veröffentlicht.

Auch der Landeshaushalt selbst muss transparenter werden. Bis heute fehlt ein vollständiger Überblick über Vermögen und Schulden. Sondervermögen verschleiern die tatsächliche Finanzlage. Neben offenen Krediten gibt es langfristige Verpflichtungen, etwa Pensionszusagen für Beamte oder Bürgschaften des Landes. Diese impliziten Schulden wirken nicht sofort im Haushalt, belasten aber künftige Generationen.

Wir fordern deshalb einen konsolidierten Gesamtabchluss, eine Art „Konzernbilanz“ des Landes. Darin sollen auch Beteiligungen und wirtschaftliche Aktivitäten vollständig erfasst werden. Zudem muss der Werteverzehr sichtbar werden: Straßen, Brücken und Gebäude nutzen sich ab. Dieser Verbrauch staatlichen Vermögens gehört ehrlich dargestellt.

Nur mit vollständiger Transparenz können wir fair zwischen den Generationen handeln. Unser Grundsatz ist klar: Jede Generation soll die Ressourcen, die sie verbraucht, auch wieder erwirtschaften. Wir wollen keine versteckten Lasten hinterlassen, sondern ein starkes und handlungsfähiges Mecklenburg-Vorpommern.

Wir Freie Demokraten werden:

- dafür sorgen, dass sich die Ausgaben des Landes nach den Einnahmen richten – nicht umgekehrt.
- den Anteil konsumtiver Ausgaben deutlich reduzieren, insbesondere für Gutachten und externe Berater, deren Kosten inzwischen ein Rekordniveau erreicht haben.
- Subventionen und Förderprogramme auf Effizienz und Wirksamkeit prüfen und die administrativen Kosten deckeln. Programme, deren Nutzen oder Wirtschaftlichkeit nicht nachgewiesen werden kann, werden wir beenden.
- die Veröffentlichung eines aussagekräftigen Subventionsberichts einfordern, der Empfänger, Ziele und Ergebnisse transparent darstellt, um den Subventionsdschungel sachgerecht zu lichten.
- den Reformstau in der Landesverwaltung auflösen und die Verwaltung zu einer der modernsten und effizientesten in Deutschland entwickeln, die sich auf ihre Kernaufgaben konzentriert.
- durch mehr dezentrale Budgetverantwortung spürbare Anreize schaffen, damit die Landesverwaltung verantwortungsbewusst mit den Mitteln der Steuerzahler umgeht.
- die Einnahmen des Landes durch wirtschaftliches Wachstum erhöhen – nicht durch Steuererhöhungen oder neu erfundene Abgaben.

- eine generationengerechte Finanzrechnung einführen, die Ressourcenverbrauch, Vermögensentwicklung sowie implizite und explizite Schulden transparent darstellt. Nur so schaffen wir eine belastbare Grundlage, um gegenüber kommenden Generationen verantwortungsvoll zu handeln.
- die Rolle des Landesrechnungshofes stärken und die Politik beenden, dessen Feststellungen allenfalls zur Kenntnis zu nehmen, ohne Konsequenzen zu ziehen.
- den Gesetzgeber und Ordnungsgeber dazu verpflichten, vor jeder Beschlussfassung eine umfassende und realistische Folgekostenabschätzung für Verwaltung, Bürger und Wirtschaft vorzulegen.
- alle wirtschaftlichen Beteiligungen des Landes kritisch prüfen und nur solche beibehalten, die einen strategischen Zweck erfüllen und klar messbare Ziele erreichen.
- dafür sorgen, dass Aufsichtsräte konsequent mit fachlich qualifizierten und parteipolitisch unabhängigen Personen besetzt werden.
- uns für eine verfassungsfeste und verbindliche Neuverschuldungsregel für Bund und Länder einsetzen, sowohl im Grundgesetz als auch in der Landesverfassung.
- eine klare Entflechtung der Finanzströme zwischen Bund und Land, der Länder untereinander und Kommunen durchsetzen. Steuerzahler sollen nachvollziehen können, auf welcher Ebene ihr Geld wofür verwendet wird.
- Ausgaben für Großprojekte einer belastbaren und transparenten Wirtschaftlichkeitsprüfung unterziehen, die auch die Folge-, Erhaltungs- und Opportunitätskosten umfasst.
- streng darauf achten, dass über eine Rekordschuldenaufnahme finanzierte Investitionen in Land und Kommunen zusätzlich zu den schon geplanten Maßnahmen umgesetzt werden und nicht durch die Hintertür die eigenfinanzierte Investitionsquote des Landes verringern.
- einen planmäßigen Abbau alter Schulden einfordern, der nicht auf Steuererhöhungen setzt, sondern zunächst die eigenen notwendigen Konsolidierungsbeiträge des Landes nutzt.

Steuersysteme vereinfachen und gerecht gestalten

Der Staat erhebt Steuern, um seine Aufgaben für Bürger und Unternehmen zu erfüllen. Das ist richtig und notwendig. Gleichzeitig darf der Staat nicht beliebig neue Aufgaben schaffen oder ineffizient arbeiten, nur weil er auf Steuergelder zugreifen kann. Jede Steuer stellt einen Eingriff in Eigentum und wirtschaftliche Freiheit dar. Wird dieser Eingriff unnötig hoch, verlieren die Menschen den gerechten Anteil an dem, was sie hart erarbeitet haben. Wir Freie Demokraten wollen, dass den Bürgerinnen und Bürgern ein fairer Teil von Wachstum und Wohlstand bleibt.

Die Steuer- und Abgabenlast in Deutschland gehört zu den höchsten im OECD-Vergleich. Das belastet Familien, Unternehmen und Arbeitnehmer spürbar. Politik muss sich als verantwortungsvoller Verwalter der Steuergelder verstehen. Jeder Euro muss effizient und zielgerichtet eingesetzt werden.

Die Landesregierung hat bei der Grundsteuerreform ein aufwendiges und intransparentes Modell gewählt. Zudem verschiebt es Belastungen ungerecht zwischen den Bürgern. Wir Freie Demokraten fordern daher eine umfassende Evaluation, eine Abmilderung der Belastungsverschiebungen und eine echte Reform hin zu einer einfachen, transparenten und gerechten Grundsteuer.

Auch die Grunderwerbsteuer ist ein Problem: Mit 6 Prozent erhebt Mecklenburg-Vorpommern den zweithöchsten Satz bundesweit. Wir Freie Demokraten halten diese Steuer für zu hoch, wenn sie den Erwerb von Wohneigentum unnötig erschwert oder sogar verhindert.

Gleichzeitig lehnen wir die wiederkehrenden Vorschläge zur Erhöhung der Erbschaftsteuer oder zur Wiedereinführung einer Vermögensteuer klar ab. Wenn ein Erbe oder ein Eigentümer Teile seines Betriebes oder Teile seines Vermietungsobjektes verkaufen muss, um eine Substanzsteuer zu bezahlen, dann werden diese der Wirtschaft oder dem Wohnungsmarkt entzogen. Diese Steuern greifen in die Substanz ein und betreffen insbesondere Betriebsvermögen. Die negativen Folgen würden eindeutig überwiegen.

Das Land sollte aktiv Reformen für ein einfaches und gerechtes Steuersystem vorantreiben: bei Einkommensteuer, Unternehmensteuer und Umsatzsteuer. Wir Freie Demokraten wollen nicht nur zuschauen, was in Berlin entschieden wird, sondern eigene Ideen einbringen und Initiative ergreifen.

Wir Freie Demokraten werden:

- auf eine umfassende Evaluation der Grundsteuerreform drängen. Starke Belastungsverschiebungen wollen wir abmildern. Wir fordern ein einfaches und gerechtes Grundsteuerrecht, das die Grundstücksfläche in den Mittelpunkt stellt. Das komplizierte dreistufige Verfahren verschiedener Behörden mit sachfremden Bewertungsmaßstäben wollen wir ersetzen.
- den Steuersatz der Grunderwerbsteuer wieder auf 3,5 Prozent absenken. Wohneigentum ist kein Luxusgut.

- einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer von 500.000 Euro für den Erwerb selbstgenutzten Wohnraums einführen. So erleichtern wir vor allem jungen Familien den Schritt ins Eigenheim.
- jeder Form der Substanzbesteuerung eine klare Absage erteilen. Steuern wie eine Vermögensteuer, eine Erbschaft- und Schenkungsteuer oder eine Gewerbesteuer greifen die wirtschaftliche Grundlage von Unternehmen an. Das schwächt Investitionen und gefährdet Arbeitsplätze.
- eine regelmäßige, mindestens vierteljährliche Berichterstattung an den Landtag über die Verwendung von Sondervermögen sicherstellen. Bürger haben ein Recht zu wissen, wofür ihr Geld eingesetzt wird.
- digitale, vorausgefüllte Steuererklärungen voranbringen und Mecklenburg-Vorpommern als Pilotland für eine moderne Steuerverwaltung positionieren. Wer Steuern zahlt, verdient einfache Verfahren statt Papierberge.
- wirksame Mechanismen zur systematischen Aufdeckung und Ahndung von Steuergeldverschwendung einführen. Jeder verschwendete Euro fehlt an anderer Stelle.
- über Bundesratsinitiativen eine Reform der Einkommensteuer vorantreiben. Wir wollen Arbeit spürbar entlasten, Familien stärken und Leistung wieder lohnend machen. Konkret heißt das:
- den steuerlichen Grundfreibetrag, also den steuerfreien Teil des Einkommens, deutlich anheben, mindestens um 1.000 Euro.
- Betreuungskosten und Unterhaltsleistungen steuerlich besser berücksichtigt werden, um Familien gezielt zu entlasten.
- Überstundenzuschläge bei Vollzeitbeschäftigten steuerfrei stellen, um Leistungsbereitschaft zu fördern und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.
- Steuertarife, Freigrenzen und Freibeträge automatisch der Inflation anpassen. So verhindern wir die „kalte Progression“, durch die bei Lohnerhöhungen allein durch Preissteigerungen höher besteuert werden. Idealerweise wollen wir den leistungsfeindlichen und ungerechten linear-progressiven Tarifverlauf durch ein 4-Stufen-Modell ersetzen.
- den Spitzensteuersatz erst bei deutlich höheren Einkommen greifen lassen, damit er tatsächlich Spitzenverdiener betrifft.
- Nachweispflichten reduzieren, Ausnahmetatbestände abschaffen und realistische Pauschalen einführen, um Bürokratie abzubauen.
- mehr Verlässlichkeit und rechtssichere Selbstbindung der Finanzverwaltung schaffen bei Anträgen auf verbindliche Auskünfte.
- die unzähligen Ausnahmetatbestände auf ihre Wirksamkeit überprüfen und im Interesse des Abbaus der Steuerbürokratie reduzieren.
- Familien durch Familienfreibeträge auch tatsächlich stärker entlasten.
- die Steuerbürokratie durch vereinfachte Formulare und vermehrt pauschalierende und abgeltende Instrumente abbauen.
- den Solidaritätszuschlag vollständig und planmäßig auslaufen lassen.

- Bagatellsteuern streichen.
- Forschung und Entwicklung steuerlich stärker fördern, damit Innovationen im Land entstehen.
- über den Bundesrat eine umfassende Unternehmensteuerreform vorantreiben. Unternehmen brauchen Planungssicherheit und internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Dazu gehören:

- bessere Abschreibungsmöglichkeiten, damit Investitionen schneller steuerlich wirksam werden.
- eine mittelfristige Reform des Steuersystems mit dem Ziel, dass es als Steuer nur noch eine Ertragsteuer, eine Verkehrsteuer und eine kommunale Steuer, bei der die Kommunen den Hebesatz transparent auf die festgestellten Werte bei der Ertragsteuer anwenden.
- die Vermeidung reflexartiger Hebesatzerhöhungen von Kommunen ohne strukturelle Konsolidierung ihrer Haushalte.
- der Abbau ertragsunabhängiger Hinzurechnungen bei der Gewerbesteuer, damit Unternehmen nur nach ihrer tatsächlichen Leistungsfähigkeit besteuert werden.
- steuerneutrale Unternehmensübergaben, um Nachfolge und Arbeitsplätze zu sichern.
- eine unbeschränkte Verlustverrechnung, wenn die Verluste wirtschaftlich getragen wurden.
- ein entschlosseneres Vorgehen gegen aggressive internationale Steuervermeidungsgestaltungen und Steuerhinterziehung, damit fairer Wettbewerb gilt.
- eine Vereinfachung der Umsatzsteuer mit weniger und klareren Ausnahmen für Befreiungen und Steuersatzermäßigungen und einer klareren Struktur.
- die Ist-Versteuerung als gesetzlicher Regelfall. Auf Antrag kann zur Soll-Versteuerung gewechselt werden.
- eine international wettbewerbsfähige, rechtsformneutrale Unternehmensteuer mit einer Gesamtbelastung von maximal 20 Prozent.
- eine steuerlich ausgewogene Behandlung von Eigen- und Fremdfinanzierung, damit Unternehmen Rücklagen bilden und krisenfest wirtschaften können.

Du willst was reißen?
Wir auch.

Kommunen als Fundament und Rückgrat des Landes

Starke Städte und Gemeinden für Freiheit und Lebensqualität

Unsere Städte und Gemeinden sind die Orte, in denen die Bürgerinnen und Bürger frei und selbstbestimmt leben, arbeiten und würdevoll altern wollen. Lebensqualität beginnt vor Ort: Kinder sollen sicher spielen, lernen und aufwachsen können. Jugendliche brauchen Freiheit, Mobilität, Freizeitangebote und Räume zur eigenen Entfaltung. Erwachsene erwarten gute Wohnbedingungen, eine funktionierende Grundversorgung, sichere und zuverlässige Mobilität und ein familienfreundliches Umfeld. Senioren benötigen eine zuverlässige Betreuung und die Möglichkeit, selbstbestimmt bis ins hohe Alter leben zu können.

Starke Kommunen sind die Grundlage für Freiheit, Selbstbestimmtheit, Lebensqualität und demokratische Teilhabe. Die kommunale Verwaltung muss erster und wichtigster Ansprechpartner für die Bedürfnisse der Bürger sein.

Wir Freie Demokraten stehen für konsequente Subsidiarität: Was vor Ort entschieden werden kann, soll auch dort erledigt werden. Doppel- und Mehrfachstrukturen lehnen wir ab. Der Rückzug aus der Fläche oder die Zusammenlegung zu Großstrukturen darf nicht die einzige Antwort auf die demografische Entwicklung sein.

Zuerst muss klar sein, welche Aufgabe am besten wo erledigt wird – in der Gemeinde, im Landkreis oder auf Landesebene. Danach richten sich Strukturen und Finanzierung. Wir halten nicht an Strukturen fest, wir halten an guter Leistung fest: effizient, bürgernah, erreichbar.

Finanzielle Spielräume und verantwortungsbewusste Haushaltsführung

Für ihre Aufgaben benötigen die Kommunen ausreichende Finanzmittel. Viele Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern stehen vor großen finanziellen Herausforderungen. Ihnen wurden in der Vergangenheit immer mehr Aufgaben übertragen, ohne dass die Finanzierung gesichert wurde. Steuer- und Abgabenerhöhungen sind für uns keine Lösung: Deutschland erhebt bereits deutlich höhere Abgaben als Nachbarländer – trotzdem verfallen Straßen und Schulen vor Ort.

Wir Freie Demokraten werden keine zusätzlichen Aufgaben an die Kommunen übertragen, sondern bestehende Aufgaben kritisch hinterfragen. Nur so lässt sich eine nachhaltige Finanzierung sichern. Unsere Städte, Gemeinden und Landkreise verdienen Vertrauen, Gestaltungsspielräume und eine Finanzausstattung, die ihnen echte kommunale Selbstverwaltung ermöglicht.

Freiwillige Leistungen – etwa für Vereine, Kultur, Parkanlagen, Begegnungsstätten, Spielplätze, Sportstätten und Badestellen – machen unsere Kommunen lebenswert. Diese Leistungen müssen auch in finanziell schwierigen Zeiten gesichert bleiben. Einer Verödung unserer Dörfer und Städte stellen wir uns entschieden entgegen.

Finanzielle Freiräume über das Mindestmaß hinaus können Kommunen nur durch eigene Mittel erreichen. Verantwortung für den Haushalt muss mit der Entscheidung über Steuersätze, Gebühren und Beiträge verknüpft sein. Die Bürger vor Ort sollen aktiv an der Prioritätensetzung beteiligt werden.

Faire und verlässliche Mittelverteilung

Die Landesregierung hat die Kommunen in den letzten Jahren oft in die Rolle von Bittstellern gedrängt. Wir wollen, dass sie wieder eigenständig über ihre Mittel entscheiden können. Kommunen sollen nicht auf Mittel aus untauglichen und bevormundenden Fördertöpfen oder aus Wahlgeschenkefonds von Gnaden einer Landesregierung angewiesen sein. Mittel, die der Bund den Kommunen zur Verfügung stellt, müssen dort eins zu eins und zeitnah ankommen. Übertragene Aufgaben des Bundes oder Landes sind auskömmlich zu finanzieren. Die Konnexität, also die Verantwortung des Auftraggebers für die Finanzierung, muss strikt eingehalten werden. Wir entflechten die Finanzströme zwischen Land und Kommunen und richten den kommunalen Finanzausgleich transparenter, einfacher und stärker an den tatsächlichen Aufgaben und Belastungen aus. Umverteilung darf niemals Selbstzweck sein. Bürokratie und Berichtspflichten wollen wir konsequent reduzieren.

Moderne, bürgernahe Verwaltung

Der Weg zur kommunalen Verwaltung ist oft noch zu zeitaufwendig. Wir Freie Demokraten wollen, dass die Verwaltung für die Menschen da ist – schnell, einfach und digital oder mit persönlicher Betreuung. Dies gelingt nur mit intakten Strukturen, guter digitaler Ausstattung und angemessenem Personal.

Das Onlinezugangsgesetz bietet noch Potenzial. Viele digitale Prozesse sind unzureichend umgesetzt. Das Land trägt Verantwortung: Es darf nicht sein, dass jede Kommune alles selbst entwickeln muss. Digitale Lösungen und Support sollten über landeseigene IT-Strukturen gebündelt bereitgestellt werden.

Schnittstellen zwischen Landesverwaltung und Kommunen müssen ineinandergreifen.

Wir Freie Demokraten sehen in der Künstlichen Intelligenz (KI) große Chancen. Sie kann Verwaltungsdienstleistungen effizienter und bürgernäher machen.

Das Land sollte die Kompetenzen bündeln und einen Kommunalen KI-Pool aufbauen, der grundlegende Tools wie Vorgangsklassifikation, Bescheidwürfe, Posteingangs-Routing bereitstellt.

Vorgänge sollen landesweit digital weiterverarbeitet werden, sodass Daten nur einmal erhoben und nach dem Once-Only-Prinzip genutzt werden. Faxgeräte und analoge Briefwege gehören der Vergangenheit an.

Wir setzen uns für Beratung, Unterstützung und Weiterbildung der Kommunen in der Digitalisierung ein, damit der Transformationsprozess in jeder Stadt und in jeder Gemeinde vorankommt. Ziel ist ein einheitliches, übergreifendes System, das nicht in jeder Verwaltung von Grund auf neu entstehen muss.

Wirtschaftliche Betätigung mit Augenmaß

Viele Kommunen sind wirtschaftlich aktiv, oft über kommunale Gesellschaften oder Beteiligungen. Dabei besteht die Gefahr, dass kommunale Haushalte Verluste tragen, während private Handwerker und Dienstleister verdrängt werden. Steuermittel dürfen nicht zur Subventionierung ineffizienter kommunaler Unternehmen dienen.

Wir Freie Demokraten treten für Augenmaß bei wirtschaftlicher Betätigung der Kommunen ein. Rekommunalisierung und neue Aufgaben müssen sorgfältig geprüft werden. Kommunen sollen wirtschaftlich handeln, aber nicht auf Kosten der lokalen Wirtschaft oder der Steuerzahler.

Wir Freie Demokraten werden:

- das Subsidiaritätsprinzip konsequent umsetzen, um die kommunale Selbstverwaltung zu schützen. Entscheidungen sollen dort getroffen werden, wo sie die Bürger am meisten betreffen.
- sicherstellen, dass die kommunale Verwaltung schlank, effizient und für alle Bürger erreichbar bleibt – auch durch mobile Dienste und digitale Angebote.
- eine Neudefinition des kommunalen Aufgabenkatalogs einfordern, der die Zuständigkeiten zwischen Bund, Land und Kommunen entflechtet und Doppelstrukturen oder Bevormundung beseitigt. Darin wird auch die Prüfung der Landkreisstruktur mit einbezogen.
- unnötige Vorgaben abschaffen und den Städten und Gemeinden mehr Entscheidungsspielräume eröffnen.
- Investitionen in moderne Schulen, Sport- und Kulturangebote, Brand- und Katastrophenschutz, nachhaltige Infrastruktur sowie digitale Angebote ermöglichen.
- einen Zukunftspakt für starke ländliche Räume schließen, um gleichwertige Chancen im gesamten Land zu schaffen.
- eine aufgabengerechte Finanzierung der Kommunen einfordern, bei der die Ebene zahlt, die die Aufgabe bestellt (Konnexitätsprinzip).
- Bundesmittel, die über das Land bereitgestellt werden, eins zu eins und ohne Verzögerung an die Kommunen weitergeben.
- die Bürger stärker in die Prioritätensetzung einbeziehen, etwa durch Bürgerhaushalte, damit sie direkten Einfluss auf die Verwendung ihrer Steuern haben.
- einen Mindestumfang an freiwilligen Leistungen der Kommune im Finanzausgleichsgesetz festschreiben, damit Vereine, Kultur, Sport und Spielplätze auch in schwierigen Zeiten gesichert sind.
- die infrastrukturellen Bedürfnisse des ländlichen Raumes bei der Finanzausstattung stärker berücksichtigen und Fehlanreize durch unübersichtliche Bundes- und Landesprogramme einschränken, die oft hohe Folgekosten für die Kommunen verursachen.

- eine präventive Kommunalaufsicht einfordern, die nicht erst bei finanziellen Notlagen aktiv wird, sondern beratend unterstützt und Auswege aufzeigt.
- die Rechnungsprüfungsämter bündeln und eine zentrale kommunale Prüfungsbehörde als nachgeordnete Einrichtung des Landesrechnungshofes schaffen.
- dafür sorgen, dass Kommunen nur wirtschaftlich tätig werden, wenn kein privatwirtschaftliches Unternehmen die gleiche Leistung gleich gut erbringen kann.
- dafür eintreten, dass Aufsichtsgremien für kommunale Unternehmen nach Fachkompetenz und nicht nach Verwaltungsamt oder Parteizugehörigkeit besetzt werden.
- freiwillige interkommunale Zusammenarbeit fördern, z. B. durch gemeinsame Verwaltungseinheiten oder gemeinsame Beauftragte für Datenschutz oder Gleichstellung.
- das Land stärker in die Pflicht nehmen, die digitale Transformation voranzubringen, Schnittstellen zwischen Land, Kommunen und Bürger zu schaffen und Mehrfacherhebungen von Daten zu vermeiden.
- koordinierte Landesangebote schaffen, bei denen Künstliche Intelligenz (KI) Prozesse in Kommunen optimiert, Abläufe gestrafft und Insellösungen vermieden werden, die Zusammenarbeit erschweren.
- Best-Practice-Beispiele kommunaler Arbeitsweisen systematisch zusammentragen und Umsetzungskonzepte für alle Kommunen bereitstellen, damit gute Ideen landesweit nutzbar werden.

Du willst was reißen?
Wir auch.

Beste Bildung für Mecklenburg- Vorpommern

Früh fördern - fair starten

Jedes Kind soll mit Freude lernen können und mit besten Chancen ins Leben starten. Die FDP Mecklenburg-Vorpommern setzt sich für echte Chancengerechtigkeit von Anfang an ein, durch eine gesicherte, zuverlässige und hochwertige frühkindliche Bildung. Gerade in den ersten Lebensjahren werden entscheidende Weichen gestellt für die Persönlichkeitsentwicklung, den späteren Bildungserfolg und damit für ein selbstbestimmtes Leben. Deshalb wollen wir allen Kindern unabhängig von Herkunft oder Lebensumständen die Möglichkeit geben, ihre Talente, Interessen und Begabungen frei zu entfalten.

Elternverantwortung und Wahlfreiheit stehen für uns im Mittelpunkt. Das Land soll keine neuen Strukturen um ihrer selbst willen schaffen, sondern dort, wo nachweislich Engpässe bestehen, verlässliche Rahmenbedingungen für zusätzliche Angebote sichern. Maßgeblich sind Qualität, Trägervielfalt, Bürokratieabbau und eine effiziente Mittelverwendung.

Unsere Kinder haben einen Anspruch auf beste Bildung. Geben wir ihnen größtmögliche Chancen von Anfang an!

Wir Freie Demokraten werden:

- keine neuen pauschalen Vollzeitversprechen abgeben, sondern den bestehenden Rechtsanspruch endlich überall verlässlich erfüllen und passgenaue Angebote statt Einheitslösungen sichern.
- Qualitätsverbesserungen bei der Fachkraft-Kind-Relation stufenweise, evidenzbasiert und gegenfinanziert umsetzen. Vorrang haben Einrichtungen mit besonderem Förderbedarf sowie Maßnahmen, die zugleich Fachkräfte entlasten und Bürokratie abbauen.
- Qualität vor pauschaler Subventionierung setzen. Zusätzliche Mittel wollen wir prioritär in Personal, Sprachförderung und Verlässlichkeit investieren. Soziale Entlastung soll zielgenau erfolgen, statt knappe Mittel mit der Gießkanne zu verteilen.
- die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher weiterentwickeln. Kernpunkt ist eine duale Ausbildung. Außerdem sollen Fachkräfte aus der Logopädie, Ergotherapie sowie an Hochschulen ausgebildete Kinderpädagoginnen und -pädagogen stärker und flexibler in den Kitas eingesetzt werden können.
- mehr Fachkräfte gewinnen, indem wir Ausbildungshürden senken, Praxisanteile stärken und Ausbildungskapazitäten bedarfsgerecht ausbauen.
- die Erzieherausbildung modularisieren, um die Ausbildungsqualität bundesweit auf ein hohes einheitliches Niveau anzuheben, anschlussfähige Entwicklungsoptionen zu ermöglichen und die einheitliche Anerkennung zwischen den Bundesländern zu garantieren. Durch berufsbegleitenden Spracherwerb wollen wir dringend benötigte zugewanderte Fachkräfte schnellstmöglich in Kitas einsetzen.
- Fortbildungsangebote für Erzieherinnen und Erzieher stärken, insbesondere in den Bereichen Sprache, Bewegung und Gesundheitsförderung.
- allen Kindern mit Sprachdefiziten frühzeitig eine bestmögliche Sprachförderung bieten. Das Vorlesen in Kitas muss hierfür gestärkt werden.

- die bestehende Konzept- und Trägervielfalt beibehalten. Ein fairer Wettbewerb zwischen den verschiedenen Trägern der Kindertagesbetreuung ist uns wichtig. Kommunale und freie Träger sind ebenso wichtig, wie Kindertagespflegepersonen. Die Vielfalt der Träger und Konzepte macht es möglich auf die individuellen Bedürfnisse von Kindern, Eltern sowie Erzieherinnen und Erzieher einzugehen. So können z.B. die Betreuungs- und Öffnungszeiten nach dem tatsächlichen Bedarf ausgerichtet werden.
- die Angebotsvielfalt bei der frühkindlichen Bildung erhöhen. Auch private Träger und Betriebskindergärten sollen staatliche Förderung erhalten, wenn sie die Qualitätsstandards einhalten.
- uns dafür einsetzen, dass kindgerechte Lern- und Erlebnisangebote ausgebaut werden, die spielerisches Forschen, Tüfteln und Verstehen ermöglichen. Wer früh erlebt, wie spannend Naturgesetze, Technik oder digitale Anwendungen sein können, entwickelt Selbstvertrauen, Problemlösekompetenz und Lust auf Lernen in diesem Bereich.
- die Kindertagespflege rechtssicher stärken, Bürokratie abbauen und die Rahmenbedingungen so verbessern, dass Tagespflegepersonen verlässlich planen und arbeiten können.
- die Arbeit der Tageseltern angemessen vergüten und ihnen ein Betreuungsangebot auch über das 3. Lebensjahr hinaus ermöglichen, da sie eine wichtige Stütze für das Betreuungsangebot unserer Kinder sind. Tageseltern müssen vom Staat eine hohe Wertschätzung und bessere Unterstützung erhalten.
- dafür sorgen, dass Beschäftigte von Kindertageseinrichtungen bei gleicher Qualifikation und Leistung auch gleich bezahlt werden.
- Kita-Leitungen durch Verbesserung bei den Arbeitsbedingungen, weniger Berichtspflichten, digitale Verwaltungsprozesse und klare Zuständigkeiten stärken.

Digital stark von Anfang an

Kinder wachsen heute selbstverständlich mit digitalen Medien auf. Deshalb wollen wir ihnen früh die Kompetenzen vermitteln, die sie für einen sicheren, kreativen und verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Technologien brauchen. Wir fördern die kindgerechte Einführung in digitale Welten: Altersgerecht, spielerisch und pädagogisch begleitet. Die Chancen digitaler Innovationen beginnen schon bei den Kleinsten.

Die FDP Mecklenburg-Vorpommern setzt sich dafür ein, digitale und KI-gestützte Assistenzsysteme in der frühkindlichen Bildung nur dort zu nutzen, wo sie pädagogisch sinnvoll, rechtssicher und für Fachkräfte tatsächlich entlastend sind. Der Einsatz muss freiwillig, transparent, datensparsam und wissenschaftlich evaluierbar sein. KI darf pädagogische Verantwortung nicht ersetzen, sondern allenfalls unterstützend wirken. Unser Ziel ist eine moderne frühkindliche Bildung, die offen für Innovation ist, ohne das Kindeswohl, die Rechte der Eltern und die Autonomie der Träger zu beeinträchtigen.

Wir Freie Demokraten werden:

- bestehende Fortbildungsangebote für pädagogische Fachkräfte praxisnah weiterentwickeln und für Themen wie Medienbildung, Datenschutz und digitale Assistenzsysteme öffnen.
- dafür sorgen, dass Träger digitale Arbeitsmittel für pädagogische Fachkräfte bedarfsgerecht und eigenverantwortlich beschaffen können - wirtschaftlich, technologieoffen und orientiert am tatsächlichen Nutzen im Kita-Alltag.
- Eltern in ihrer Erziehungsverantwortung stärken, indem wir auf verständliche, freiwillige und wissenschaftsbasierte Informationen zu Mediennutzung, Bildschirmzeiten und digitaler Sicherheit setzen.
- KI-gestützte Assistenzsysteme zur Unterstützung der Sprachförderung nur freiwillig und nur mit ausdrücklicher Einwilligung der Eltern erproben, sofern sie datensparsam ausgestaltet sind, pädagogische Entscheidungen nicht automatisieren und von nachweislich zuverlässigen Anbietern stammen.
- bestehende Datenschutz- und KI-Vorgaben in einer landesweiten Musterhandreichung für Kitas und Träger verständlich aufbereiten.

Moderne Schulen braucht das Land

Wir Freie Demokraten möchten, dass jedes Kind in Mecklenburg-Vorpommern gerne zur Schule geht und dort individuell nach seinen Stärken und Schwächen gefördert wird. Neugierde, Kreativität und Leistungsbereitschaft sollen im Mittelpunkt stehen, unterstützt durch modernste Lehr-, und Lernmethoden und aktuelle Forschungserkenntnisse.

Unser Ziel ist es, dass die Schülerinnen und Schüler in Mecklenburg-Vorpommern in den besten Schulen der Welt unterrichtet werden. Unsere Schülerinnen und Schüler stehen im Wettbewerb mit jungen Menschen aus der ganzen Welt.

Wir Freie Demokraten werden:

- Schulsanierungen nach einem landesweit transparenten Priorisierungssystem auf die dringendsten Fälle konzentrieren, kommunale Investitionen durch Entbürokratisierung und Standardisierung beschleunigen und Fördermittel an Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und pädagogischen Nutzen binden. Neue Landesprogramme oder zusätzliche Verwaltungsstrukturen lehnen wir ab.
- dafür sorgen, dass Schulen vor Ort mehr personelle, pädagogische und organisatorische Autonomie erhalten und ihnen dafür zielgenaue Unterstützung dort geben, wo besondere strukturelle Herausforderungen bestehen, statt Mittel pauschal nach dem Gießkannenprinzip zu verteilen.
- das Prinzip der gegenseitigen Deckungsfähigkeit auch für Schulfinanzen anwenden, um eine möglichst autonome Bewirtschaftung sicherstellen zu können.
- die Vergabe von Schulnoten beibehalten.
- gewährleisten, dass auch Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt emotional-soziale Entwicklung auf Wunsch der Eltern ebenfalls Schulnoten erhalten können.
- fachliche Exzellenz und Zukunftskompetenzen verbinden. Lesen, Schreiben, Rechnen und naturwissenschaftliche Grundlagen bleiben der Kern; Kommunikation, Kollaboration, Kreativität und kritisches Denken ergänzen ihn verbindlich im Unterricht.
- die Möglichkeiten der Bund-Länder-Zusammenarbeit in der Bildung verfassungsfest erweitern, damit Investitionen in Qualität, digitale Infrastruktur und vergleichbare Standards dauerhaft möglich werden.
- uns für ein Ende des Flickenteppichs aus 16 Schulsystemen in den verschiedenen Bundesländern einsetzen und die bundesweite Vergleichbarkeit der Schulen und der Abschlüsse durch Bildungsstandards, bundeseinheitliche Anforderungen in Abschlussprüfungen und eine transparente Evaluation der einzelnen Schulen gewährleisten.

- ein vielfältiges Schulangebot mit Grundschulen, Förderschulen, Hauptschulen, Realschulen, Gesamtschulen, Gymnasien und Berufsbildenden Schulen wieder einführen, damit jedes Kind individuell am besten gefördert werden kann. Gleichzeitig gilt es, eine hohe Durchlässigkeit zwischen den Schulformen zu erlauben, dies setzt eine Angleichung der Stundentafel voraus.
- Investitionen in naturwissenschaftliche Fachräume priorisieren, damit sicher, praxisnah und regelmäßig experimentiert werden kann.
- das Fach Arbeit/Wirtschaft/Technik/Berufliche Orientierung inklusive praktischem Werkunterricht in der Orientierungsstufe weiter stärken.
- Talentschulen überall dort ermöglichen, wo Schulen mit einem überzeugenden pädagogischen Profil besondere Förderung von Begabungen leisten. Bestehende Fördermittel und Chancenbudgets sollen dabei vorrangig an Schulen in besonders herausfordernden Lagen eingesetzt werden.
- Schulen auf dem Land und in der Stadt gleichwertig fördern. Der Weg zur Schule muss so kurz wie möglich gehalten werden, damit das Wohnen auf dem Land für junge Familien attraktiver wird.
- eine landesweit einheitliche Schülerbeförderung einführen. Den individuellen Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler kann nur durch eine wirkliche Auswahl unterschiedlicher Schulkonzeptionen ausreichend Rechnung getragen werden. Diese Wahlfreiheit darf nicht an den Kosten für den Schulweg scheitern.
- den Gymnasien ermöglichen, selbst zu entscheiden, ob sie ihr Angebot vom sechsjährigen auf einen siebenjährigen Bildungsweg bis zum Abitur umstellen oder um einen solchen ergänzen.
- die Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte durch weniger Bürokratie, bessere digitale Basisausstattung und verlässliche Zuständigkeiten für Wartung und technische Betreuung verbessern.
- eine Unterrichtsgarantie in allen Schulen einführen, da beste Bildung nur möglich ist, wenn der Unterricht auch stattfindet. Dazu benötigen wir eine genaue Erfassung des Unterrichtsausfalls und eine transparente Definition von entfallendem bzw. vertretendem Unterricht.
- klarere Anforderungen an den Besuch des Gymnasiums stellen. Schüler und Schülerinnen sollten vor dem Wechsel auf das Gymnasium Prüfungen bestehen müssen, welche sich nach transparenten Bildungsstandards richten. An allen Schulformen müssen hohe Leistungsstandards gesichert werden.

Starke Schulen für starke Persönlichkeiten

Die FDP Mecklenburg-Vorpommern setzt sich für Schulen ein, die sich auf ihren Bildungsauftrag konzentrieren und zugleich Verlässlichkeit, Respekt, Schutz vor Gewalt und Raum für persönliche Entwicklung gewährleisten. Bildung gelingt dort am besten, wo klare Regeln gelten, Mobbing und Gewalt konsequent geahndet werden und Lehrkräfte wie Lernende in einem respektvollen Umfeld arbeiten können. Deshalb stärken wir die Prävention von Mobbing, Cybermobbing, Gewalt und digitalen Konflikten sowie den Zugang zu bestehenden Unterstützungsangeboten. Lehrkräfteaus- und -fortbildung sollen dafür systematisch qualifizieren. Entscheidend sind Handlungssicherheit, klare Verfahren und verfügbare Materialien statt bloßer Appelle. Medienbildung muss altersgerecht auch soziale Medien einbeziehen.

Schülerinnen und Schüler sollen lernen, Informationen zu prüfen, Risiken zu erkennen und sich im digitalen Raum selbstbestimmt und verantwortungsvoll zu bewegen.

Mehr MINT-Lehrkräfte für starke Schulen im ganzen Land!

Der Mangel an Lehrkräften, besonders in den MINT-Fächern, ist eine der größten Herausforderungen – vor allem an den regionalen Schulen. Wenn wir unseren Kindern echte Zukunftschancen bieten wollen, müssen wir hier entschlossen handeln. Deshalb fordern wir ein klares Bekenntnis des Landes zur Stärkung der Lehramtsausbildung in den MINT-Fächern mit gezielten Investitionen, besseren Studienbedingungen und einer langfristigen Ausrichtung auf die Bedarfe unserer Schulen. Nur so sichern wir Fachunterricht, der begeistert.

Wir Freie Demokraten werden:

- an der Universität Greifswald das Lehramtsstudium für alle MINT-Fächer einführen, um den aktuellen und zukünftigen Bedarf an Lehrkräften in Mecklenburg-Vorpommern decken zu können.
- in allen MINT-Schulfächern den Praxisbezug verbessern, damit Schülerinnen und Schüler nicht nur Wissen erwerben, sondern dessen Anwendung verstehen. Dazu wollen wir Unterrichtsinhalte stärker an realen technischen, naturwissenschaftlichen und wirtschaftlichen Fragestellungen ausrichten.
- Schulen für Kooperationen mit leistungsfähigen Unternehmen, Hochschulen und Praxispartnern aus dem In- und Ausland öffnen, damit MINT-Unterricht nicht theoretisch bleibt, sondern an realen Technologien, industriellen Anwendungen und Innovationen erfahrbar wird.
- Staat und Kirche nicht nur auf dem Papier trennen, sondern auch konsequent in der Praxis. Dass die christlichen Kirchen den Religionsunterricht über von ihnen bestellte Lehrkräfte gestalten und damit Einfluss zugunsten ihres eigenen Glaubens nehmen könnten, sehen wir Freie Demokraten als starken Widerspruch zur gebotenen Trennung von Staat und Kirche an. Als Ersatz könnte ein neutraler Fachunterricht über alle Religionen stehen.

Sichere Schulen in Mecklenburg- Vorpommern: Prävention statt Wegsehen

Sichere Schulen sind eine Voraussetzung für Bildungserfolg. Deshalb setzen wir auf klare Regeln, handlungsfähige Schulleitungen, wirksame Schutzkonzepte und eine konsequente Anwendung bestehender schulrechtlicher Instrumente. Prävention darf nicht im Ungefähren bleiben, sondern muss in der Schule praktisch funktionieren.

Wir Freie Demokraten werden:

- die Schulordnungen auf wenige klare und rechtssichere Regeln konzentrieren. Gewalt, Mobbing, Bedrohungen und das Mitführen von Waffen müssen darin eindeutig geregelt und mit abgestuften, verbindlichen Reaktionswegen hinterlegt werden.
- überprüfen, dass bestehende schulrechtliche Instrumente an allen Schulen rechtssicher und ohne unnötige Bürokratie anwendbar sind. Dafür wollen wir standardisierte Verfahren, Musterentscheidungen und eine verbindliche Unterstützung durch Schulaufsicht und Fachberatung bereitstellen.
- sicherstellen, dass bestehende Schutz-, Notfall- und Krisenkonzepte an Schulen verbindlich umgesetzt, regelmäßig geübt und im Ernstfall anwendbar sind.
- bestehende Fortbildungsangebote zu Notfallmanagement, Deeskalation, schulrechtlichen Handlungsmöglichkeiten und Umgang mit Gewaltvorfällen verbindlich in die schulische Qualitätsentwicklung einbinden.
- sicherstellen, dass vom Unterricht suspendierte Jugendliche sinnvoll beschäftigt werden und zu diesem Zweck gewaltauffällige Jugendliche durch Bildungs- und Berufsangebote fördern, insbesondere durch Kooperationen mit Handwerksbetrieben und Jugendhilfeträgern.
- die Zusammenarbeit von Schulen mit den jeweils zuständigen Stellen auf klare Zuständigkeiten, kurze Wege und verbindliche Abläufe ausrichten.
- Schulen bei Prävention, Notfallvorsorge und altersgerechter Rechtsaufklärung durch verlässliche Ansprechpartner bei Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten unterstützen.

Mehr als Klassenzimmer: Lernräume für Kinder und Jugendliche

Nicht alle Kinder und Jugendlichen finden zu Hause die Ruhe und Unterstützung, die sie zum Lernen brauchen. Wir setzen uns dafür ein, dass Schülerinnen und Schüler überall dort Lernräume finden, wo sie gebraucht werden: An Schulen, in Bibliotheken, in Coworking-Spaces, in Einkaufszentren oder bei Sportvereinen – überall dort, wo Lernen in Gemeinschaft möglich wird. Unser Ziel: Lernräume, die offen, flexibel und nah am Alltag der jungen Menschen sind – für mehr Bildungsteilhabe und echte Zukunftsaussichten.

Wir Freie Demokraten werden:

- bestehende außerschulische Lernorte durch freiwillige Kooperationen von Schulen, Kommunen, Vereinen und privaten Anbietern besser erschließen und bürokratische Hürden für ihre Nutzung abbauen.
- Hürden beim Zugang zu unterstützenden Lernorten abbauen, damit Herkunft und Wohnort der Schüler weniger stark über Bildungschancen entscheiden.
- die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Kommunen, Wirtschaft und zivilgesellschaftlichen Akteuren zur Einrichtung und Betreuung neuer Lernräume stärken.
- Lernräume öffnen: Natur- und Erfahrungsräume wie Wälder, Naturparks, Bauernhöfe, Tierparks, Botanische Gärten, Labore, Museen, Büchereien, Theater, Feuerwachen, Polizeistationen, Betriebe und Werkstätten wollen wir als feste Bestandteile frühkindlicher Bildung verankern und für Kinder öffnen.

Sicher schwimmen – von Anfang an

In einem Land voller Seen und Küsten ist Schwimmen eine lebenswichtige Kompetenz. Wir wollen, dass jedes Kind so früh wie möglich sicher schwimmen lernt.

Wir Freie Demokraten werden:

- ermöglichen, auch unter Nutzung des Angebotes vieler Krankenkassen zur Kostenbeteiligung, dass jedes Kind bereits vor der Einschulung einen Schwimmkurs besuchen und das Seepferdchen-Abzeichen erwerben kann. Dafür braucht es flächendeckende, niedrighschwellige Angebote, zum Beispiel Wassergewöhnungskurse und Schwimmkurse im Sommer an Badeseen.
- sicherstellen, dass Schwimmunterricht in der Schule konsequent umgesetzt wird. So schaffen wir echte Sicherheit im Wasser und stärken gleichzeitig Bewegung, Selbstvertrauen und Teilhabe von Anfang an.

Gut begleiten heißt: Richtig qualifizieren

Für Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf ist eine verlässliche, kompetente Integrationshilfe der Schlüssel zu echter Teilhabe im Schulalltag. Die FDP Mecklenburg-Vorpommern setzt sich deshalb für eine Integrationshilfe ein, die befähigen, unterstützen und schützen soll. Unser Ziel ist eine inklusive Schule, in der Unterstützung fachlich fundiert, verlässlich und respektvoll geleistet wird - für echte Bildungsgerechtigkeit und Teilhabe von Anfang an. Als Alternative für Eltern und Kinder setzen wir uns für den Erhalt der Förderschulen ein.

Wir Freie Demokraten werden:

- die Möglichkeit einer schnellen, pragmatischen Qualifizierung für alle Schulbegleitungen / Integrationshilfen vor ihrem ersten Einsatz schaffen.
- dafür eintreten, dass Kenntnisse über verschiedene Behinderungsbilder, medizinische Grundlagen und pädagogische Unterstützungsstrategien vermittelt werden, um Kinder individuell und sicher begleiten zu können.

Lehrkräfteausbildung neu denken: Praxisnah, modern, zukunftsfest

Die FDP Mecklenburg-Vorpommern macht sich stark für eine mutige Reform der Lehrkräftebildung. Wir wollen ein Lehramtsstudium, das nicht nur theoretisch fundiert, sondern auch praxisnah ist, ein Studium, das junge Lehrkräfte besser auf die Realität im Klassenzimmer vorbereitet. Dafür setzen wir uns für ausgeweitete Praxisphasen ein, die bereits im Studium systematisch verankert sind. Gleichzeitig sehen wir, welche strukturellen Herausforderungen bewältigt werden müssen, und genau hier setzen wir an.

Wir Freie Demokraten werden:

- die Lehrkräfteausbildung so sicher ausgestalten, dass schulpraktische Phasen vom Beginn des Studiums an verbindlich, qualitätsgesichert und eng mit Fachwissenschaft, Fachdidaktik und Bildungswissenschaft verzahnt sind.
- die Grundlage für ein duales Lehramtsstudium in ganz Mecklenburg-Vorpommern schaffen. Wer die Bildung von morgen gestalten will, muss heute mutig reformieren.
- im Lehramtsstudium die multiprofessionelle Zusammenarbeit stärken. Dazu sollen Module der Studiengänge Soziale Arbeit, Sonderpädagogik, Erziehungswissenschaften und Psychologie angeboten werden.
- gemeinsam mit den lehrkräfteausbildenden Universitäten verbindliche und schlanke Standards für eine praxistaugliche Verzahnung von Studium, Praktika und schulischem Einsatz festlegen.

Bildung, die stark macht – von Anfang an

Unsere Kinder sind die Zukunft und ihre Bildung ist der Schlüssel zu echter Chancengerechtigkeit. Deshalb setzt die FDP Mecklenburg-Vorpommern auf eine Bildungspolitik, die Mut zu Leistung und Exzellenz zeigt. Wir wollen unsere Schulen zu Orten machen, an denen Talente gefördert, Neugier geweckt und individuelle Stärken entfaltet werden. Hohe Bildungs- und Leistungsstandards sind dabei kein Hindernis, sondern ein Sprungbrett für echte Zukunftschancen.

Wir Freie Demokraten werden:

- alle Kinder und Jugendliche zu einer souveränen und verantwortungsvollen Nutzung digitaler Medien befähigen, indem wir die Lehr- und Lernmethoden im schulischen Alltag durch den Einsatz digitaler Bildungsmedien modernisieren sowie die Grundlagen der Informatik und des Programmierens in den Schulen vermitteln.
- eine Unterrichtsgarantie in allen Schulen einführen, da beste Bildung nur möglich ist, wenn der Unterricht auch stattfindet. Dazu benötigen wir eine genaue Erfassung des Unterrichtsausfalls und eine transparente Definition von entfallendem bzw. vertretendem Unterricht.
- klarere Anforderungen an den Besuch des Gymnasiums stellen. Schüler und Schülerinnen sollten vor dem Wechsel auf das Gymnasium Prüfungen bestehen müssen, welche sich nach transparenten Bildungsstandards richten. An allen Schulformen müssen hohe Leistungsstandards gesichert werden.

Wirtschaft verstehen: Für ein freies und selbstbestimmtes Leben

Ökonomische Bildung ist ein Schlüssel für echte Selbstständigkeit. Viele junge Menschen wollen wissen, wie man Vermögen aufbaut, ein Unternehmen gründet oder fürs Alter vorsorgt. Genau das muss Schule leisten: Wissen vermitteln, das im Leben wirklich zählt. Eigentum, Marktwirtschaft, Kapitalmärkte und unternehmerisches Denken gehören genauso ins Klassenzimmer wie die Frage, wie man Verantwortung für die eigene Zukunft übernimmt. Ein selbstbestimmtes Leben braucht wirtschaftliches Grundverständnis und Mecklenburg-Vorpommern braucht eine neue Gründungs- und Aufstiegskultur. Dafür legen wir den Grundstein in der Schule.

Wir Freie Demokraten werden:

- ökonomische Bildung an allen Schulformen als Bestandteil einer modernen Allgemeinbildung stärken, um Kinder und Jugendliche auf ein selbstbestimmtes Leben vorzubereiten.
- das Fach Arbeit-Wirtschaft-Technik modernisieren und um finanzielle Bildung erweitern. Dabei sollen u.a. die marktwirtschaftliche und finanzielle Allgemeinbildung, Gestaltung von Verträgen, Versicherungen, dem Entstehen von Preisen und praktische Fragen wie Eigentumsbildung, Unternehmensgründung, Rente und ein Verständnis des Kapitalmarkts im Fokus stehen.
- eine verstärkte finanzielle, ökonomische Wissensvermittlung initiieren, die Jugendliche auf die Lebensrealitäten vorbereitet. Schülerinnen und Schüler sollen altersgerecht und praxisorientiert lernen, wie sie ein Budget erstellen, sparen, investieren, Kredit und Verschuldung verstehen und zu vermeiden, die Bedeutung von Zinsen und Inflation begreifen.
- die Stärkung des Unternehmertums als Quelle des Wohlstands im Unterricht, einschließlich der Gründung und Führung eines Unternehmens, Innovation, Risikomanagement und Geschäftsethik, etablieren.
- gezielte Vermittlung von Medienkompetenz im Finanzbereich, insbesondere die kritische Bewertung von Werbung, finanziellen Angeboten und Medienberichten über Wirtschaft und Finanzen etablieren.
- uns dafür einsetzen, dass Mecklenburg-Vorpommern beim Finanz-PISA teilnimmt, um die finanzielle Bildung von Schülerinnen und Schülern messbar zu machen und gezielt zu verbessern.

Schule als Lebensraum – echte Chancen für jedes Kind

Wir Freie Demokraten wollen, dass jedes Kind die Chance erhält, seine Talente zu entfalten – unabhängig von Herkunft oder Lebensumständen. Denn gute Bildung ist der Schlüssel zur Freiheit und zur Zukunft jedes Einzelnen.

Wir Freie Demokraten werden:

- die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Schulsozialarbeit und Jugendhilfe auf bestehende Angebote und klare Zuständigkeiten stützen.
- Inklusion mit Augenmaß umsetzen: nicht über neue Strukturen und immer neue Stellen, sondern über klare Qualitätsstandards, belastbare Diagnostik, Wahlfreiheit der Eltern und verlässliche Rahmenbedingungen für Regelschulen wie Förderzentren. Der passende Lernort muss sich am Bedarf des Kindes orientieren.
- die umfassende, teilweise übereilte Schließung von Förderzentren ablehnen. Wir missbilligen außerdem, dass die Inklusion bisher überstürzt, ohne Qualitätsstandards und mit einer mangelnden Sachausstattung sowie fehlenden sonderpädagogischen Fachkräften umgesetzt werden sollte.
- allen Menschen die Chancen auf lebenslanges Lernen und hochwertige Weiterbildung ermöglichen. Hierzu sollen Volkshochschulen vielfältige und zukunftsorientierte Angebote bereitstellen. Ob beim Kampf gegen Analphabetismus, bei der kulturellen oder politischen Bildung oder aber auch bei der beruflichen Weiterbildung: Die gemeinwohlorientierte Weiterbildung muss sich an alle Menschen richten, um Defizite ab- und Stärken auszubauen.

Motivierte und gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer

Motivierte und gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer sind der Schlüssel für den Erfolg unserer Kinder. Ein positives Arbeitsklima mit individuellen Freiheiten bei der Unterrichtsgestaltung trägt aus unserer Sicht dazu bei.

Wir Freie Demokraten werden:

- in einem ersten Schritt eine mindestens 105%ige, mittelfristig eine 108%ige Lehrerversorgung als Vertretungs- und Gestaltungsreserve zur Verfügung stellen. So garantieren wir mehr Lehrerstellen, statt Leerstellen.
- keine pauschale Verkleinerung aller Klassen vorgeben, sondern Ressourcen dort konzentrieren, wo sie den größten pädagogischen Nutzen entfalten: in Brennpunktschulen, Eingangsklassen, Sprachlernphasen und bei besonderem Unterstützungsbedarf. Über die konkrete Organisation der Lerngruppen sollen Schulen vor Ort stärker selbst entscheiden.
- auf eine praxisbezogene Ausbildung und leistungsorientierte Bezahlung der Lehrer und Lehrerinnen setzen. Anwerbung, Ablauf der beruflichen Entwicklung und Bezahlung müssen dazu grundlegend neu geregelt werden.
- Schulleitungen und Lehrkräfte spürbar von sachfremden Verwaltungsaufgaben entlasten. Dazu wollen wir Verwaltungsprozesse digitalisieren, Zuständigkeiten zwischen Schule und Schulträger klarer und pragmatischer ordnen und organisatorische Unterstützung flexibel auch schulübergreifend ermöglichen.
- gewährleisten, dass jede Schule eine Kraft für Schulsozialarbeit als pädagogische Unterstützung und Beratung im Haus hat, um komplexe und schwierige soziale Konflikte lösen zu können.
- Schulleitungen gezielt auf Führungs- und Managementaufgaben vorbereiten. Personalführung, Organisation und Verantwortung für Schulentwicklung müssen in Qualifizierung und Auswahl stärker berücksichtigt werden.

Digitale Bildung ist Zukunft und die beginnt jetzt

Die Welt verändert sich rasant: Automatisierung, Künstliche Intelligenz und digitale Vernetzung prägen zunehmend unseren Alltag und die Arbeitswelt von morgen. Kaum ein Beruf wird künftig ohne digitale Kompetenzen auskommen. Deshalb ist digitale Bildung eine Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und beruflichen Erfolg im 21. Jahrhundert. Mecklenburg-Vorpommern darf hier nicht länger hinterherhinken.

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine bessere technische Ausstattung und bessere Bedingungen zum Lernen, Lehren und Verstehen ein. Es reicht nicht aus, Schulen mit Computern auszustatten und dann auf das Beste zu hoffen.

Wir wollen Lehrkräfte von technischen Nebenaufgaben entlasten. Dafür setzen wir auf klare Zuständigkeiten der Schulträger, standardisierte Beschaffung, interoperable Systeme und externen Support, wo er wirtschaftlicher ist als Eigenlösungen. Unser Anspruch ist, dass Schulen Orte werden, an denen digitale Souveränität vermittelt wird und Begeisterung für Technik und Innovation entsteht. Digitale Bildung soll junge Menschen befähigen, die Welt aktiv mitzugestalten – kreativ, kritisch und kompetent. Dazu braucht es moderne Lehrpläne, zeitgemäße Infrastruktur und verlässliche politische Rahmenbedingungen.

Wir Freie Demokraten werden:

- digitale und mediendidaktische Kompetenzen für alle Lehrerinnen und Lehrer als unverzichtbar sowohl in Lehramtsstudiengängen als auch in den Qualifikationsprofilen für Auszubildende und in Weiterbildungsprogrammen festschreiben.
- für alle Kinder und Jugendlichen Medienbildung und den kritischen, selbstbestimmten Umgang mit neuen Medien als verbindlichen Lerninhalt definieren.
- allen staatlichen und privaten Bildungseinrichtungen ein Glasfaseranschluss zur Verfügung stellen und sicherstellen, dass in allen Schul- und Hochschulgebäuden ein adäquater WLAN-Zugang besteht.
- digitale Lehr- und Lernkonzepte wie Blended Learning, Web Based Trainings, Learning Analytics, Massive Open Online Courses, Serious Games sowie Virtual und Augmented Reality dort einsetzen, wo sie nachweislich den Unterricht verbessern, Lehrkräfte entlasten oder individuelle Lernfortschritte besser sichtbar machen.
- gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Regelung schaffen, wie der IT-Support an den Schulen zu gewährleisten ist. Ideal wären regionale Dienstleister, die standardisierte Lösungen für die Bedarfe jeder Schule konfigurieren, einrichten und betreuen können.

- die Möglichkeiten, welche die Digitalisierung bietet, endlich für die Schulverwaltung nutzen und allgemeine Schulverwaltungsprogramme mit verbindlich offenen und interoperablen Schnittstellen allen Schulen zur Verfügung stellen.
- landesweit einheitliche Mindestanforderungen für Datenschutz, Urheberrecht und Interoperabilität definieren, damit Schulträger rechtssicher ausschreiben und wirtschaftlich beschaffen können.
- dafür sorgen, dass auch der praktische Einsatz von Lernplattformen, zur Verfügung gestellt vom Land Mecklenburg-Vorpommern, Berücksichtigung in der Lehramtsausbildung sowie im Schulalltag findet.
- bestehende digitale Strukturen in Bildung und Wissenschaft besser miteinander verzahnen. Maßgeblich sind Interoperabilität, Zugänglichkeit und tatsächlicher Mehrwert für Unterricht und Forschung.
- verstärkt bedarfsgerechte Fortbildungsangebote für Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte bereitstellen, die praxisnahe Inhalte und Methoden zur Nutzung von digitalen Endgeräten in Schule und Unterricht vermitteln.
- Schulen weiterhin die Freiheit einräumen, eigenverantwortlich und flexibel Regelungen zur Smartphone-Nutzung zu treffen, die sowohl pädagogische, personelle als auch organisatorische Gesichtspunkte vor Ort berücksichtigen.

KI in die Schule – Für kluge Köpfe von morgen

Die digitale Zukunft macht nicht vor den Schultoren halt und wir sagen: Das ist eine riesige Chance: Künstliche Intelligenz (KI) kann Lerninhalte passgenau auf die Bedürfnisse jedes einzelnen Kindes zuschneiden, das Lerntempo flexibel anpassen und kooperative Lernformen stärken. Gleichzeitig kann KI Lehrkräfte entlasten. Damit das gelingt, braucht es Mut zur Erprobung, klare datenschutzrechtliche Leitplanken und praktische Erfahrung im Umgang mit KI-gestützten Anwendungen. Nur durch Pilotprojekte lassen sich Chancen und Risiken realistisch bewerten. Wir wissen: Der Wandel gelingt nur mit den Menschen an unseren Schulen.

Wir Freie Demokraten werden:

- KI-Anwendungen an Modellschulen auf allen Stufen des Bildungssystems in Mecklenburg-Vorpommern erproben und dabei vor allem die Tools testen, die Schülerinnen und Schüler gezielt und individuell unterstützen sowie Lehrkräften bei der Bewertung von Leistungen, der Einschätzung von Lernfortschritten und der frühzeitigen Erkennung potenzieller Schulabbrüche helfen können; die pädagogische Entscheidung und Verantwortung müssen dabei stets beim Menschen verbleiben.
- KI-Anwendungen für die schulische Erprobung nur auf Basis klar befristeter, datenschutzkonformer und interoperabler Beschaffungs- und Nutzungsstandards einsetzen; Abhängigkeiten von einzelnen Anbietern und unnötige Dauerfolgekosten sind zu vermeiden.
- die Erprobung von KI-Anwendungen unabhängig evaluieren lassen, hierfür auch wissenschaftliche Expertise aus den Hochschulen des Landes einbeziehen und die Ergebnisse nach einheitlichen Kriterien veröffentlichen, damit Schulen auf einer belastbaren Grundlage über einen Einsatz entscheiden können.
- bei jeder Erprobung von KI-Anwendungen an staatlichen Schulen Freiwilligkeit, informierte Einwilligung und eine diskriminierungsfreie Nichtteilnahme sicherstellen; Pilotprojekte müssen modular organisiert werden können, damit sie nicht die Zustimmung aller Eltern einer Schule oder Klasse voraussetzen.

Starke Psyche – starke Kinder

Mentale Gesundheit ist der Schlüssel für ein gutes Leben, erfolgreiche Bildung und echte Teilhabe. Deshalb setzen wir Freie Demokraten Mecklenburg-Vorpommern auf eine Schule, die sich auf ihren Bildungsauftrag konzentriert, psychische Belastungen frühzeitig erkennt und Betroffene zügig an geeignete Unterstützungsangebote vermittelt.

Wir Freie Demokraten werden:

- die bestehenden schulpsychologischen Strukturen im Land effizienter organisieren, digitale Erstberatung und klare Zugangswege stärken sowie für akute Belastungslagen verbindliche Reaktions- und Vermittlungsstandards festlegen.
- Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter bedarfsgerecht einsetzen, damit Kinder und Jugendliche in belastenden Lebenssituationen nicht allein sind.
- sicherstellen, dass jede Schülerin und jeder Schüler die Chance hat, mit psychischer Stärke durch die Schulzeit zu gehen, begleitet von Profis, unterstützt durch echte Strukturen und in einem Umfeld, das zuhört und handelt.

Krisenkompetenz beginnt in der Schule

Wir setzen auf die Kraft der Eigenverantwortung und die Stärke einer gut vorbereiteten Gesellschaft. Denn wer über Wissen und praktische Fähigkeiten verfügt, kann in Krisensituationen souverän und entschlossen handeln. Wir wollen junge Menschen frühzeitig für Zivil- und Katastrophenschutz sensibilisieren. In der Schule sollen sie nicht nur für den Alltag, sondern auch für Ausnahmesituationen lernen.

Wir Freie Demokraten werden:

- im Rahmen eines Landesprogramms verpflichtende Zivil- und Katastrophenschutzkurse an allen weiterführenden Schulen ab der 8. Klasse umsetzen und die organisatorische Durchführung dieser Kurse sicherstellen.
- Zivil- und Katastrophenschutzkurse fest in den schulischen Jahresplan integrieren. Dazu gehört auch die Bereitstellung zusätzlich erforderlicher Mittel.
- die regelmäßige Evaluation der Kurse und Strategie anhand der Rückmeldungen von Schülerinnen, Schülern, Lehr- und Ausbildungskräften vornehmen, um eine kontinuierliche Verbesserung und Anpassung an aktuelle Bedrohungslagen zu gewährleisten.

Sicherheit erklären: Jugendoffiziere ins Klassenzimmer

Freiheit ist keine Selbstverständlichkeit. Sie muss verstanden, verteidigt und weitergegeben werden. Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und die eskalierende Gewalt im Nahen Osten führen uns vor Augen, wie fragil Frieden und Sicherheit sein können. Dazu gehört auch, jungen Menschen ein fundiertes Verständnis für Deutschlands Verantwortung in der Welt, für die Bedeutung von Verteidigungsbereitschaft und internationalen Partnerschaften zu vermitteln. Die Jugendoffiziere der Bundeswehr leisten hierzu einen praxisnahen Beitrag zur sicherheitspolitischen Bildung. Als kompetente, erfahrene Referentinnen und Referenten bringen sie sicherheitspolitische Zusammenhänge verständlich, sachlich, authentisch und dialogorientiert in die Klassenzimmer und Bildungseinrichtungen unseres Landes.

Wir Freie Demokraten werden:

- die sicherheitspolitischen Bildungsangebote der Jugendoffiziere der Bundeswehr an Schulen in Mecklenburg-Vorpommern niedrigschwellig zugänglich machen und Kooperationen auf freiwilliger Basis erleichtern.
- für Lehrkräfte, insbesondere in Sozialkunde und Geschichte, freiwillige und praxisnahe Fortbildungsangebote zu Sicherheits- und Verteidigungspolitik unter Einbeziehung der Jugendoffiziere ermöglichen, ohne neue Verwaltungsstrukturen zu schaffen.

Weltweit denken – europäisch handeln: Bildung schafft Verbindung

Die Welt ist vernetzt und das ist eine Chance. Globalisierung, internationale Zusammenarbeit und europäische Integration sind längst Teil unseres Alltags. Um den Wohlstand, die Freiheit und den Frieden von morgen zu sichern, brauchen wir heute eine Bildungspolitik, die junge Menschen zu weltoffenen, selbstbewussten und handlungsfähigen Bürgerinnen und Bürgern macht. Während Länder wie die USA, Australien und Großbritannien seit Jahren gezielt in internationalen Austausch investieren, hat Mecklenburg-Vorpommern hier noch enormes Potenzial.

Wir wollen den internationalen Schüler-, Jugend- und Azubiaustausch konsequent ausbauen und als strategisches Bildungsziel verankern. Denn wer die Welt kennt, kann sie mitgestalten. Europa ist mehr als ein gemeinsamer Markt, es ist ein Versprechen auf Freiheit, Demokratie und Vielfalt. Gerade junge Menschen, die mit 16 Jahren zur Europawahl gehen dürfen, verdienen die Möglichkeit, Europa nicht nur zu wählen, sondern auch zu erleben. Austauschprogramme und Partnerschaften schaffen echte europäische Identität – sie machen Demokratie spürbar und Frieden erfahrbar. Deshalb setzen wir uns mit Nachdruck für mehr Austausch in der beruflichen Bildung ein – insbesondere mit unseren Nachbarn Polen und Frankreich.

Wir Freie Demokraten werden:

- uns als bildungspolitisches Ziel setzen, dass jede Schülerin und jeder Schüler in Mecklenburg-Vorpommern, unabhängig vom sozialen Hintergrund, den finanziellen Voraussetzungen der Familie oder der besuchten Schulart, mindestens einmal während der Schullaufbahn die Möglichkeit bekommt, an einem internationalen Austausch teilzunehmen.
- internationale Austauschprogramme auch in den Curricula der beruflichen Ausbildung verankern.
- dem Schüleraustausch an Schulen mehr Verlässlichkeit geben, indem Lehramtsstudierende und Lehrkräfte unbürokratischen Zugang zu bestehenden Austausch-, Hospitations- und Vernetzungsangeboten erhalten.
- die Durchführung schulischer Austauschaktivitäten unterstützen, indem wir bestehende Fortbildungsangebote um freiwillige, praxistaugliche Bausteine ergänzen, statt neue verpflichtende Ausbildungsstrukturen zu schaffen.
- die Schulen in Mecklenburg-Vorpommern mit kompakt und zeitgemäß aufgearbeiteten Informationen zu bestehenden Angeboten informieren, bei der Organisation und auf der Verwaltungsebene.

Vielfalt stärken, Vertrauen sichern: Freie Schulen als Partner

Schulen in freier Trägerschaft sind ein unverzichtbarer Teil einer vielfältigen und leistungsfähigen Bildungslandschaft. Sie stehen für zusätzliche pädagogische Innovation, individuelle Förderung und gesellschaftliches Engagement und bereichern damit das Schulwesen in Mecklenburg-Vorpommern in besonderer Weise. Doch wer Vielfalt will, muss Verlässlichkeit bieten. Wir sagen klar: Wer den Freien Schulen Aufgaben und Verantwortung überträgt, muss auch für faire Rahmenbedingungen sorgen.

Wir Freie Demokraten werden:

- die Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft rechtssicher, transparent und planbar ausgestalten, die Berechnungsgrundlagen regelmäßig offenlegen und Benachteiligungen gegenüber vergleichbaren öffentlichen Angeboten abbauen, ohne neue Parallelstrukturen oder pauschale Gleichstellungsansprüche zu schaffen.
- Gründung, Erweiterung und Betrieb von Schulen in freier Trägerschaft durch schlanke, digitalisierte und fristgebundene Genehmigungsverfahren erleichtern.

Kulturelle Bildung braucht Freiheit statt staatlicher Steuerung.

Schule ist ein Ort der Bildung, nicht der ideologischen Prägung. Kulturelle Angebote können den Unterricht sinnvoll ergänzen, wenn sie zur Persönlichkeitsbildung, zur Urteilskraft und zur Ausdrucksfähigkeit junger Menschen beitragen. Entscheidend ist dabei nicht staatliche Kultursteuerung, sondern Offenheit, Qualität und die Freiheit der Schulen vor Ort.

Wir Freie Demokraten werden:

- Schulen die Freiheit geben, kulturelle und künstlerische Angebote dort einzubinden, wo sie pädagogisch sinnvoll sind und den Unterricht konkret bereichern.
- keine neuen Förder-, Steuerungs- oder Netzwerkstrukturen für kulturelle Bildung schaffen, sondern bestehende Kooperationen mit Vereinen, Musikschulen, Kultureinrichtungen und freien Trägern unbürokratisch ermöglichen.
- darauf achten, dass kulturelle Bildungsangebote weltanschaulich offen sind und nicht zur politischen oder ideologischen Einflussnahme auf Schülerinnen und Schüler missbraucht werden.
- kulturelle Bildung als Ergänzung des Bildungsauftrags verstehen - nicht als Vorwand für zusätzliche Verwaltungsstrukturen, neue Daueraufgaben oder weitere Belastungen der Schulen.

Kulturelle Bildung ist Zukunftsbildung – Kreativität fördern, Persönlichkeiten stärken

Kulturelle Bildung ist der Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben in einer offenen, freien Gesellschaft. Sie macht Kunst und Kultur für alle Menschen unabhängig von Herkunft, Bildungsstand oder sozialem Umfeld erlebbar. Doch sie ist weit mehr als bloßer Zugang: Kulturelle Bildung ist ein Werkzeug zur Persönlichkeitsentwicklung, zur Stärkung sozialer Kompetenzen und zur Förderung von Kreativität und kritischem Denken. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, kulturelle Bildung als wichtigen Bestandteil moderner Bildungspolitik zu stärken.

Denn wer früh mit Musik, Theater, Tanz, Literatur oder bildender Kunst in Berührung kommt, lernt nicht nur, sich auszudrücken, sondern auch zuzuhören, zu hinterfragen und Perspektiven zu wechseln. Das fördert Empathie, Identität und ein tiefes Verständnis für die Werte unserer Gesellschaft.

Gerade in der Kindheit und Jugend werden die Weichen gestellt: Deshalb wollen wir Kinder so früh wie möglich für künstlerische Prozesse begeistern. Ob im Museum, im Theaterprojekt, in der Musikschule oder im digitalen Raum – kreative Erfahrungen machen Mut, regen die Fantasie an und schärfen den Sinn für Freiheit, Gerechtigkeit und Vielfalt.

Kulturelle Bildung lebt von Vielfalt der Orte und Formate – von der Schule bis zum Jugendzentrum, vom Orchesterprojekt bis zum Graffiti-Workshop.

Wir wollen sowohl formale als auch non-formale Bildungsangebote fördern und vernetzen. Schulen bleiben dabei zentrale Orte der kulturellen Teilhabe – aber nicht die einzigen.

Wir Freie Demokraten werden:

- das kulturelle Profil der Schulen stärken: Es ist wichtig, kulturelle Bildung ergänzend zum schulischen Lehrplan fest in den schulischen Alltag zu integrieren, um sicherzustellen, dass Schülerinnen und Schüler regelmäßig in Kontakt mit verschiedenen künstlerischen und kulturellen Ausdrucksformen kommen. Die Gewinnung von Lehrkräften in Schulen und Musikschulen und ihre Ausbildung sind von entscheidender Bedeutung. Kulturelle Bildung muss sich auch in Ganztagsangeboten wiederfinden.
- die Zugänglichkeit für alle sicherstellen: Kulturelle Bildungsangebote sollten für alle Bevölkerungsgruppen zugänglich sein, unabhängig von sozialem Hintergrund oder finanziellen Möglichkeiten. Dies erfordert die Förderung von kulturellen Aktivitäten in verschiedenen sozialen Kontexten, im ländlichen sowie im urbanen Raum. Dabei sollten nach Möglichkeit partizipative Ansätze eine Rolle spielen, um den jeweiligen Bedarfen und Vorstellungen der Zielgruppen eigenen Raum zu geben.

- die Förderung von Kreativität durch Qualität stärken: Kindertagesstätten, Schulen, und Bildungseinrichtungen sollten die Entwicklung kreativer Fähigkeiten gezielt unterstützen, um individuelle Ausdrucksformen zu stärken und innovative Denkweisen zu fördern. Für Künstlerinnen und Künstler sollte die Möglichkeit bestehen, durch Fortbildungen entsprechende pädagogische Kompetenzen zu erlangen, die für die jeweiligen Zielgruppen sinnvoll erscheinen.
- interdisziplinäre Ansätze stärken: Kulturelle Bildung sollte nicht isoliert betrachtet werden, sondern in den Kontext anderer Disziplinen integriert werden, um eine ganzheitliche Bildung zu gewährleisten.
- die Kooperation mit Kulturschaffenden ausbauen: Zusammenarbeit zwischen Schulen und kulturellen Institutionen, Künstlerinnen und Künstlern ist entscheidend, um den Schülerinnen und Schülern authentische und bereichernde kulturelle Erfahrungen zu ermöglichen. Entsprechend wichtig sind der Auf- und Ausbau sowie die Steuerung lokaler und regionaler Netzwerke. Ein wichtiger Bestandteil dieser Strukturen sind auch Vereine und ehrenamtliche Initiativen. Gerade im ländlichen Raum sind durch das Ehrenamt getragene Vereine eine wichtige Stütze, die das kulturelle Angebot – auch durch ihre wertvolle Jugendarbeit, enorm bereichern und vielfältig gestalten.

Mehr Lehre statt Leere in der Ausbildung

Ob Handwerk, Technik, Pflege, Gastronomie oder Landwirtschaft: Klassische Ausbildungsberufe sind das Fundament unserer Wirtschaft und ein Garant für Wohlstand und Lebensqualität in Mecklenburg-Vorpommern. Doch viele Betriebe – vor allem im ländlichen Raum – schlagen Alarm: Immer mehr Ausbildungsplätze bleiben unbesetzt, während viele junge Menschen ohne berufliche Perspektive bleiben. Das wollen wir Freie Demokraten ändern.

Wir Freie Demokraten werden:

- sicherstellen, dass die berufliche Ausbildung schon bei der Berufsorientierung in den Schulen eine zentrale Rolle spielt. Dafür braucht es bessere Netzwerke aus Unternehmen, Kammern, Verbänden, Arbeitsagenturen und Schulen.
- umsetzen, dass durch individuelle Beratung, Ausbildungsbotschafter und Karrieremessen junge Menschen gezielt über die Chancen einer betrieblichen Ausbildung aufgeklärt werden.
- die Einführung eines Berufsabiturs fördern, in dem Schüler und Schülerinnen innerhalb von vier Jahren eine berufliche Ausbildung absolvieren und gleichzeitig ihre Hochschulzugangsberechtigung erwerben.
- die Ausweitung des dualen Studiums vorantreiben.
- eine hohe Qualität der Berufsbildenden Schulen sichern, indem bürokratische Aufgaben abgebaut, Bildungsgänge zielgerichtet weiterentwickelt und zukunftsorientierte Berufsbilder etabliert werden.
- die Chancen der Digitalisierung in den Berufsbildenden Schulen mit einer modernen IT-Ausstattung nutzen sowie die technische Qualifikation und Unterstützung der Lehrkräfte erhöhen.
- das Lehramt an Berufsbildenden Schulen durch bessere Verzahnung von Studium, Praxis und berufsbegleitender Qualifizierung stärken und insbesondere für Fachkräfte aus Mangelfächern verlässliche Zugangswege schaffen.
- sicherstellen, dass Quereinsteiger und Quereinsteigerinnen durch flexible, hochwertige Angebote eine fundierte fachliche und didaktische Qualifikation erlangt haben müssen, um an Berufsbildenden Schulen unterrichten zu dürfen.
- den Einstieg in Ausbildung für benachteiligte Jugendliche und rechtmäßig im Land bleibende junge Menschen mit Migrationsgeschichte erleichtern, indem Zuständigkeiten gebündelt, Verfahren beschleunigt und bereits bestehende Unterstützungsinstrumente unbürokratisch nutzbar gemacht werden.
- Anreize setzen, wenn Arbeitgeber jungen Menschen mit besonderem Förderbedarf und jugendlichen, geduldeten oder bleibeberechtigten Flüchtlingen einen Ausbildungsplatz anbieten.
- die gleichwertige gesellschaftliche Anerkennung von beruflicher und akademischer Bildung umsetzen. Ein Meister muss dieselbe Wertschätzung erfahren wie ein Master.

- die Gleichstellung in Fragen der Kostenbefreiung in der höher qualifizierenden Berufsbildung voranbringen. Dafür möchten wir beruflich Aufstiegswilligen die Kosten für Meisterkurse und Meisterprüfungen bei nachgewiesenem Erfolg erstatten.
- den Beantragungsprozess für Empfänger des „Meister-BAföG“ vereinfachen, um die Heranbildung von qualifizierten Fach- und Führungskräften zu fördern. Für neue und nachhaltige Betriebsgründungen im Handwerk, sei es als Nachfolger oder als Gründer, brauchen wir gerade in Mecklenburg-Vorpommern mehrqualifizierte Meister und Meisterinnen.
- kostengünstige Azubi-Tickets zur ÖPNV-Nutzung weiter fördern. Die freie Wahl des Ausbildungsberufes darf nicht an Hürden, wie mangelnder Mobilität oder der Höhe der Fahrtkosten, scheitern.
- die bessere Vereinbarkeit von Familie mit Selbständigkeit und Beruf fördern. Dazu müssen wir eine bessere Betreuung der Kinder gewährleisten.
- Auszubildende, Betriebe und Berufsbildende Schulen dabei unterstützen, die Möglichkeiten internationaler Ausbildungserfahrung über das europäische Programm Erasmus+ stärker zu nutzen.
- die Durchlässigkeit zwischen Berufsausbildung und Studium erleichtern und eine transparentere Anrechenbarkeit von in der Ausbildung erbrachten Leistungen auf ein Studium sowie von im Studium erbrachten Leistungen auf eine Ausbildung erreichen.

Future Skills an Berufsschulen

Wir Freie Demokraten setzen uns für bessere Bedingungen für Auszubildende ein. Wir wollen die Arbeitswelt der Zukunft im Zeitalter von Digitalisierung und künstlicher Intelligenz positiv gestalten.

Deswegen wollen wir eine moderne, digitale berufliche Ausbildung, die sowohl digitalen Unterricht als auch die berufliche Nutzung von digitalen Hilfsmitteln und KI beinhaltet. Unsere Berufsschulen brauchen eine leistungsfähige Infrastruktur und zeitgemäße Soft- und Hardware.

Wir Freie Demokraten werden:

- die digitale Bildung verpflichtend in der Aus- und Fortbildung der Berufsschullehrkräfte implementieren.
- mit qualifizierten Digital- und KI-Experten und Praktikern regelmäßig Schulungen an die Berufsschulen bringen.
- die internationale Perspektive in der beruflichen Bildung zur Selbstverständlichkeit machen und die von der Bundesregierung angestoßene „Exzellenzinitiative Berufliche Bildung“ in Mecklenburg-Vorpommern umsetzen.
- Quereinsteigenden den Weg erleichtern und ihnen durch abgekürzte Ausbildungswege eine zweite Chance eröffnen, sich ihren Berufswunsch zu erfüllen.
- den Weg in die Ausbildung erleichtern und das Matching verbessern, um die Zahl von weit über 3.000 unbesetzten Ausbildungsplätzen bei hohem Fachkräftemangel in Mecklenburg-Vorpommern zu reduzieren. Die Berufsausbildung ist ein ebenso guter Start in ein erfolgreiches Berufsleben, wie ein Studium.
- digitale Infrastruktur an Berufsbildenden Schulen dort priorisieren, wo sie Unterricht verbessert, Verwaltung vereinfacht oder Kooperation mit Betrieben erleichtert, und Fortbildung der Lehrkräfte verbindlich in bestehende Personalentwicklung integrieren.

Freiheit durch eigene Leistung – Ausbildung eröffnet Zukunft

Die spürbarste Form der Freiheit ist ein selbstbestimmtes Leben und das beginnt mit wirtschaftlicher Unabhängigkeit. Wir wollen jungen Menschen in Mecklenburg-Vorpommern die besten Voraussetzungen bieten, ihr Leben eigenständig zu gestalten, unabhängig vom Elternhaus. Während viele Unternehmen dringend Nachwuchs suchen, bleiben jedes Jahr Hunderte Ausbildungsplätze unbesetzt. Gleichzeitig ist die Jugendarbeitslosigkeit in unserem Land nach wie vor besorgniserregend hoch: Das darf kein Dauerzustand bleiben. Wir setzen auf eine kraftvolle Bildungspolitik, die Hürden abbaut, Chancen aufzeigt und Talente gezielt fördert. Insbesondere in Zeiten des Fach- und Arbeitskräftemangels können und wollen wir auf kein Talent verzichten.

Wir Freie Demokraten werden:

- eine wissenschaftliche Untersuchung zu NEET-Personen (Not in Education, Employment or Training) vornehmen, um ein datenbasiertes, sachgerechtes Vorgehen gewährleisten zu können.
- den NEET-Indikator zu einem festen Bestandteil der Sozialberichterstattung machen und als Referenzgröße für sozial-, arbeitsmarkt- und bildungspolitische Maßnahmen nutzen.
- mit Expertinnen und Experten aus den verschiedenen Bereichen Handlungsempfehlungen und Maßnahmen für junge Erwachsene in NEET-Situationen und eine langfristige Strategie zur Umsetzung der verstärkten EU-Jugendgarantie erarbeiten.
- den Vorbildern von Hamburg, Bremen und Nordrhein-Westfalen folgen und die Umsetzung der Schülerdatennorm (§ 31a SGB III) realisieren, um eine proaktive und gezielte Berufsberatung zu ermöglichen und damit die jungen Menschen beim Übergang von der Schule in die Berufs- oder Hochschulausbildung besser zu begleiten.

Studieren, Forschen, Lehren - Unser Hochschulpakt

Mecklenburg-Vorpommern hat enormes Potenzial, ein echter Leuchtturm für Bildung, Forschung und Innovation zu werden. Die Hochschulen unseres Landes – staatlich wie privat – sind zentrale Säulen für gesellschaftlichen Fortschritt, wirtschaftliche Dynamik und individuelle Aufstiegschancen. Sie eröffnen jungen Menschen neue Horizonte und sind zugleich unverzichtbar für die Zukunftsfähigkeit unseres Bundeslandes.

Wir Freie Demokraten wollen, dass unsere Hochschulen Orte der Exzellenz, Weltoffenheit und Freiheit sind. Sie sollen nicht nur Wissen vermitteln, sondern auch Raum für neue Ideen, kritisches Denken und wissenschaftliche Neugier bieten. Denn Wissenschaft braucht Freiheit. Nur in einem Klima von Offenheit, Unabhängigkeit und Vielfalt können echte Innovationen entstehen. Die Wissenschaftsfreiheit ist für uns nicht verhandelbar. Sie ist der Schlüssel, um kreative Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit zu entwickeln.

Unser Ziel ist es, Mecklenburg-Vorpommern zu einem attraktiven Bildungs- und Forschungsstandort zu machen, der kluge Köpfe aus der ganzen Welt anzieht. Mit starken Hochschulen gestalten wir den Wandel:

Für mehr Gründungen aus der Wissenschaft, für nachhaltige Arbeitsplätze und für ein offenes, zukunftsgerichtetes Mecklenburg-Vorpommern.

Wir Freie Demokraten werden:

- den Hochschulen größere Autonomie bei Personal-, Lehr- und Budgetentscheidungen geben, damit sie ihre Ressourcen eigenverantwortlich dort einsetzen können, wo sie den Betreuungsschlüssel, die Lehrqualität und den Studienerfolg am wirksamsten verbessern.
- den Hochschulen größtmögliche Freiheit bei der Entwicklung nachfrageorientierter, international anschlussfähiger Masterangebote geben, statt Studienangebote zentral zu steuern.
- die Freiheit und Autonomie der Hochschulen stärken. Wir trauen den Institutionen vor Ort mehr Eigenverantwortung in den Bereichen Bau, Finanzen, Personalangelegenheiten und innere Organisation zu, da vor Ort deutlich besser darüber entschieden werden kann, als es eine Behörde je könnte.
- die Hochschulen außerdem von unnötiger Bürokratie entlasten und ihre internationalen Ausrichtungen stärker fördern und fördern.
- die Wissenschaftsfreiheit sowie die Freiheit von Forschung und Lehre an den Hochschulen unseres Landes verteidigen. Dazu gehört für uns eine offene Debattenkultur, auch mit schwer erträglichen Meinungen, solange sich nicht die Grenzen des Grundgesetzes oder Strafrechts überschreiten.

- nicht nur neue staatliche Wohnheimprogramme auflegen, sondern endlich mehr Bauen ermöglichen, damit ein größeres Wohnungsangebot die Mieten auch für Studierende wieder senkt.
- Online-Studiengänge und die Übertragung von Lehrveranstaltungen im Internet, sowie Teilzeitangebote ausweiten.
- uns für das elternunabhängige BAföG einsetzen. Das Einkommen der Eltern darf nicht weiter über die staatliche Förderung von Studierenden entscheiden, da diese ein selbstverantwortliches und eigenständiges Leben führen.
- wissenschaftliche Lektüre fairer und weitgehend digital zugänglich machen.
- Studienkapazitäten in der Hochschulmedizin bedarfsorientiert weiterentwickeln und dabei auf effiziente Strukturen, digitale Lehre, Kooperationen und eine klare Priorisierung innerhalb des Wissenschaftsetats setzen.
- Maßnahmen gegen Studienabbrüche evidenzbasiert evaluieren und Mittel auf die Angebote konzentrieren, die nachweislich den Studienerfolg verbessern.
- den Examens-Studiengang Rechtswissenschaften an der Universität Rostock wieder einführen.
- rechtliche und organisatorische Hürden für modulare, zertifikatsbasierte und berufsbegleitende Hochschulangebote abbauen, damit lebenslanges Lernen einfacher möglich wird.
- uns für eine Weiterentwicklung einer Exzellenzstrategie einsetzen.
- Reformmöglichkeiten der studentischen sowie der Hochschulverwaltung evaluieren.
- Zwangsrücklagen an den Hochschulen verhindern und gebildeten Rücklagen nicht die Zweckbindung entziehen je nach Kassenlage des Landes.
- die Autonomie der Hochschulen durch Globalhaushalte erhöhen.
- Bibliotheksverbünde modernisieren, digitale Zugänge stärken und Ressourcen effizienter bündeln, damit Studierende und Forschende schneller und verlässlicher auf wissenschaftliche Literatur zugreifen können.
- Ausgründungen an Hochschulen deutlich vereinfachen und fördern.
- Entrepreneurship und die Etablierung von Gründerzentren an Hochschulen stärker fördern.
- Gründungssemester in den Immatrikulationsordnungen der Hochschulen fest verankern.
- die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft weiter vorantreiben.
- Studentenverbindungen und die Vielfältigkeit in der akademischen Landschaft im freiheitlich-demokratischen Rahmen schützen und Vereinigungsfreiheit sowie offene Debatten im Hochschulraum gegen politischen oder sozialen Konformitätsdruck stärken.

Weil psychische Gesundheit Bildung möglich macht

Psychische Gesundheit ist kein Randthema. Sie ist Grundvoraussetzung für Bildungserfolg, Chancengerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe. Gerade Studierende stehen häufig unter enormem Druck. Wer heute an einer Hochschule lernt, soll morgen Verantwortung in Beruf und Gesellschaft übernehmen. Damit dieser Übergang gelingt, braucht es frühzeitige Unterstützung. Sie hilft jungen Menschen dabei, Krisen zu bewältigen, ihr Studium erfolgreich zu absolvieren und den Weg in ein selbstbestimmtes Leben zu finden. Schon mit geringen Mitteln, etwa einer halben Fachkraftstelle pro Hochschulstandort, lassen sich lange Wartezeiten abbauen und Prävention spürbar stärken. Die FDP Mecklenburg-Vorpommern setzt sich für eine verlässliche, niedrighschwellige und digital ergänzte Regelversorgung an allen Hochschulen Mecklenburg-Vorpommerns ein.

Wir Freie Demokraten werden:

- den Bedarf an psychosozialer Beratung an den Hochschulstandorten in Mecklenburg-Vorpommern fortlaufend evaluieren, um so die Evaluationsergebnisse in die Haushaltsberatungen einfließen lassen zu können. Ziel muss sein, den tatsächlichen Bedarf an psychosozialer Beratung an den Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern zu decken und eine entsprechende Finanzierung zu verstetigen, um den Hochschulen so Planungssicherheit zu geben.
- die Regelversorgung um digitale Mental Health-Angebote erweitern, indem dezentrale Selbstmanagement-Programme an den Hochschulen und für Studierende bekannt gemacht werden, sowie online-gestützte Interventionen in die Beratungsstruktur der Studierendenwerke implementieren, die auch von den Krankenkassen bereits beworben werden, und hierfür eine entsprechende digitalisierte Umgebung an den Hochschulen zeitnah zu schaffen.
- Genehmigungsvorbehalte dahingehend entbürokratisieren, dass die Ersuchen von Studierenden in den ersten vier bis sechs Wochen bis zur Gewährung einer Regelversorgung zumindest über eine online-gestützte Intervention umgehend erfüllt werden können.
- Trainingsprogramme für Universitätspersonal in Forschung, Lehre und Verwaltung als Fortbildung mit Zertifikatsnachweis etablieren, um Stigmata abzubauen, einen sicheren Umgang mit Betroffenen zu fördern sowie diese als Qualifizierungsmaßnahme des lebenslangen Lernens explizit für das Universitätspersonal auszuweisen.

Ja zu Kunst und Kultur - Freiheit statt Lenkung

Kunst und Kultur sind Ausdruck einer freien Gesellschaft. Sie leben von Meinungsvielfalt, Offenheit, Wettbewerb der Ideen und der Initiative der Bürgerinnen und Bürger - nicht von staatlicher Bevormundung. Wir Freie Demokraten wollen in Mecklenburg-Vorpommern die Freiheit von Kunst und Kultur stärken, bürokratische Hemmnisse abbauen und Räume für private, kommunale und zivilgesellschaftliche Initiative offenhalten. Kulturpolitik soll ermöglichen, nicht erziehen; sie soll Rahmen setzen, nicht Inhalte vorgeben.

Kultur in Mecklenburg-Vorpommern – stark, frei und voller Möglichkeiten.

Überall im Land prägen Kultur und Kunst unser tägliches Leben: Von den großen Staatstheatern über die Landesmuseen bis hin zu privaten Leuchtturmprojekten wie den Störtebeker Festspielen oder dem Fusion Festival. Sie setzen Impulse weit über die Region hinaus und inspirieren unzählige kommunale, kirchliche und private Initiativen. Künstlerinnen und Künstler aus allen Sparten machen unser Land reicher – mit Ideen, Leidenschaft und Ausdruckskraft.

Wir Freie Demokraten werden:

- die regionale und kommunale Kulturpolitik als verlässlicher Partner unterstützen.
- den Bürokratieaufwand bei der Kulturförderung nach Möglichkeit reduzieren, um den Künstlern und Künstlerinnen mehr Raum für ihre eigentliche kulturelle Arbeit zu geben.
- auch die private Unterstützung von Kulturschaffenden und Kultureinrichtungen fördern.
- die Festivallandschaft in Mecklenburg-Vorpommern bei der Umsetzung ihrer Konzepte unterstützen.
- die Club- und Festivalkultur in unserem Land als Teil unserer Kultur- und Kreativwirtschaft anerkennen.

Mecklenburg-Vorpommern – ein lebendiger Kulturraum mit Zukunft

Mecklenburg-Vorpommern ist geprägt von einer reichen Kulturlandschaft und vielfältigen kulturellen Angeboten. Historisch gewachsene Orte, kulturelles Erbe und neues kreatives Schaffen tragen wesentlich zur Identität und Attraktivität unseres Landes bei. Für uns Freie Demokraten ist klar: Kultur ist kein schmückendes Beiwerk, sondern ein lebendiger Teil unseres Gemeinwesens und ein wichtiger Standortfaktor für Lebensqualität, Tourismus und Zuzug.

Wir Freie Demokraten werden:

- fünf Kulturtrassen zur Bündelung, Vernetzung und besseren Vermarktung aller Kulturangebote initiieren. (1. Mecklenburg-Schwerin: Wismar, Schwerin, Ludwigslust; 2. Mittleres Mecklenburg: Bad Doberan, Rostock, Schwaan, Güstrow; 3. Mecklenburg-Strelitz: Neustrelitz, Neubrandenburg, Hohenzieritz, Mirow, Waren; 4. Vorpommern: Barth/ Putbus auf Rügen, Stralsund, Greifswald, Anklam, Pasewalk; 5. Querachse: Lübeck, Bad Kleinen, Bützow, Güstrow, Teterow, Malchin, Pasewalk, Stettin)
- die Initiative „Kultur ist Bildung“ schaffen. Museen, Theater, Bibliotheken, Literaturhäuser oder Archive und das Filmzentrum dienen nicht nur der Aufbewahrung und Pflege unseres kulturellen Erbes. Sie sind entscheidende Orte für das lebenslange Lernen. Sie besser mit Schule und Ausbildung zu vernetzen und deren Potentiale zu nutzen, ist ein wichtiges Ziel der FDP.
- das Archäologische Landesmuseum in Rostock nur auf Grundlage eines belastbaren Finanzierungskonzepts mit verbindlichem Kostenrahmen weiterverfolgen; automatische Kostenübernahmen lehnen wir ab.
- die Umstellung auf eine leistungsbezogene, dynamische Förderung aller Kulturinstitutionen anstreben. Alle Leistungen, die der Staat haben will, muss er bezahlen. Wir werden klar definieren, welche Leistungen wir erwarten und dies dann marktgerecht bezahlen. Dabei werden staatliche, öffentlich-rechtliche, kommunale und private Anbieter gleichbehandelt.
- alle Formen nichtstaatlicher Finanzierung kultureller Projekte durch professionelle Beratung, wie z.B. Fundraising, Crowdfunding, Stiftungen, Mäzene, unterstützen. Bei geeigneten Projekten werden wir eine Co-Finanzierung durch das Land ermöglichen.
- die Initiative Nachwuchsförderung ins Leben rufen. Die Hochschule für Musik und Theater in Rostock, der Fachbereich Gestaltung an der Hochschule Wismar und das Kunstinstitut an der Universität Greifswald sind Entwicklungskerne für ein reiches Kulturleben. Wir Freie Demokraten haben den Ehrgeiz, dass auch in Zukunft junge Künstler, Designerinnen, Musiker oder Schauspielerinnen, Musik- und Kunstlehrer in unserem Land heranwachsen.
- uns für die Errichtung einer Landesmusikakademie einsetzen, die beispielsweise im traditionsträchtigen und gut angeschlossenen Schloss Gadebusch eine Bleibe finden könnte.

Kultur ist digital, kreativ und voller Zukunft

Die Kultur der Zukunft ist auch digital, innovativ und grenzenlos. Neue Technologien eröffnen völlig neue Wege für künstlerisches Schaffen, für Teilhabe und für den Zugang zu Kultur – unabhängig von Ort, Zeit oder Herkunft. Was heute noch als Ergänzung gilt, wird morgen selbstverständlicher Bestandteil des kulturellen Lebens sein.

Wir Freie Demokraten sehen in der Digitalisierung keinen Verlust, sondern eine große Chance: für neue Ausdrucksformen, neue Zielgruppen und neue Räume für Kreativität. Wir wollen diesen Wandel nicht nur begleiten, sondern aktiv mitgestalten – mutig, offen und technologiebegeistert.

Deshalb unterstützen wir Kulturbetriebe bei der digitalen Transformation. Ob digitale Ausstellungen, virtuelle Bühnen oder neue Formen der Kulturvermittlung: Wir machen Kultur fit für die Zukunft – innovativ, interaktiv und für alle erlebbar.

Wir Freie Demokraten werden:

- die Schaffung eines kreativen „Kulturökosystems“ und einer Gründerszene in den Kommunen fördern. Basis für eine vielfältige Kulturszene, für Fördervereine, Sponsoring Stiftungen usw. ist eine lebendige Gesellschaft mit engagierten, ortsansässigen Unternehmern, Handwerkerinnen, Freiberuflern oder Künstlerinnen.
- die Entwicklung unseres Landes als Standort der Kultur- und Kreativwirtschaft auf der Grundlage einer flächendeckenden Breitbandversorgung für einen schnellen Internetzugang. Dazu gehören auch die Filmwirtschaft und alle wirtschaftlichen Möglichkeiten, die sich durch die Neuen Medien entwickeln lassen.

Freiheit bewahren: Verantwortung aus der Geschichte

Gerade heute, in einer Zeit, in der autoritäre Tendenzen weltweit zunehmen, ist es unsere demokratische Pflicht, an die SED-Diktatur zu erinnern. Die Geschichte der SED-Diktatur, ihre Opfer und die Verantwortung, die daraus erwächst, dürfen nicht relativiert oder vergessen werden. Der Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953 war kein isoliertes Ereignis, sondern ein Fanal für Freiheit, Meinungsvielfalt und Bürgerbeteiligung.

Die Aufarbeitung der SED-Diktatur ist noch nicht abgeschlossen. Viele ihrer strukturellen und psychologischen Folgen sind in unserer Gesellschaft bis heute spürbar – insbesondere in Ostdeutschland. Umso unverständlicher ist es, dass die bundesweite Forschungsförderung zu DDR-Unrecht nicht konsequent fortgesetzt wurde.

Wir Freie Demokraten werden:

- in Mecklenburg-Vorpommern die historische Forschung aktiv weiter unterstützen.
- die landeseigenen Gedenkstätten unterstützen: Das Dokumentationszentrum am Demmlerplatz in Schwerin und die frühere Stasi-Untersuchungshaftanstalt in Rostock leisten bereits heute wertvolle Bildungsarbeit. Sie machen Geschichte begreifbar, hörbar, sichtbar für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Betroffene und die breite Öffentlichkeit.
- unterstützen, dass in Schwerin, in unmittelbarer Nähe zum Landtag und zur Staatskanzlei, an einem geeigneten Standort ein Mahnmal geschaffen wird, das der Opfer der sozialistischen Unrechtsdiktatur gedenkt und als Erinnerung und Warnung dienen soll. Die künstlerische Gestaltung des Mahnmals soll durch einen Gestaltungswettbewerb bestimmt werden. Dem Mahnmal soll eine Tafel beigefügt werden, welche das Unrecht des DDR-Staates aufbereitet und dem Gedenken an die Opfer der Diktatur gerecht wird.

Du willst was reißen?
Wir auch.

Landesverband
Mecklenburg-Vorpommern

FDP

Ehrenamt ist gelebte Freiheit und Eigen- verantwortung

Ehrenamt ist gelebte Freiheit und Eigenverantwortung

Eine freie und selbstbestimmte Bürgergesellschaft lebt von Eigenverantwortung und Initiative ihrer Bürgerinnen und Bürger. Wir Freie Demokraten setzen bewusst auf das bürgerschaftliche Engagement und auf das Ehrenamt in Mecklenburg-Vorpommern. Wir trauen den Bürgern zu, dass sie unabhängig und selbständig die Initiative ergreifen, wenn ehrenamtliche Strukturen erforderlich sind. Es hat sich immer wieder gezeigt, dass Defizite bei der Wahrnehmung von staatlicher Verantwortung mit viel Kompetenz und Engagement der Bürger kompensiert werden. Der Einsatz der ehrenamtlich Aktiven in Mecklenburg-Vorpommern ist unverzichtbar.

Wir dürfen das ehrenamtliche Engagement nicht durch überzogene Anforderungen steuerlicher, datenschutzrechtlicher oder ordnungsrechtlicher Regelungen so weit erschweren, dass den Aktiven die Energie für ihre eigentliche Tätigkeit verloren geht.

Hier ist nicht nur der Gesetzgeber gefordert, Übermaß zu vermeiden, vielmehr muss der Verwaltungsvollzug mit dem notwendigen Gespür für die besondere Situation ehrenamtlich tätiger gestaltet werden. Ehrenamt darf nicht an Bürokratie scheitern.

Wir Freie Demokraten werden:

- uns für optimale Rahmenbedingungen einsetzen, die ein ehrenamtliches Engagement vereinfachen und nicht erschweren und vereinsrechtliche und steuerrechtliche Vorschriften regelmäßig auf unnötige Belastungen für Vereine überprüfen und vereinfachen.
- Landesgesetze und Verwaltungsvorschriften regelmäßig auf unnötige Belastungen für Vereine überprüfen und vereinfachen.
- die gesellschaftliche Anerkennung ehrenamtlichen Engagements stärken und sichtbarer machen.
- anregen, dass ehrenamtlich Tätige einen angemessenen Versicherungsschutz für ihre Tätigkeit erhalten.
- überzogene Verwendungsnachweise und schwer verständliche Antragsunterlagen abbauen und ein zentrales digitales One-Stop-Ehrenamts-Portal einrichten, auf dem Förderanträge, Versicherungsfragen und Nachweise unkompliziert online erledigt werden können.
- uns dafür einsetzen, dass Vereine und ehrenamtliche Initiativen öffentliche Räume wie Schulen, Sporthallen oder kommunale Einrichtungen außerhalb der regulären Nutzungszeiten unbürokratisch und möglichst kostenfrei für ihre Arbeit nutzen können.
- kommunale Genehmigungs- und Antragsverfahren für Veranstaltungen und Vereinsaktivitäten vereinfachen, digitalisieren und beschleunigen.
- alle Landesförderprogramme für Ehrenamt und Vereine zentral bündeln: transparent, digital, mit einfachen Antragswegen, Pauschalen und verständlichen Nachweisen.

- Haftungsbeschränkungen für ehrenamtliche Vorstände von Vereinen anregen, soweit keine grob fahrlässigen oder vorsätzlichen Verstöße vorliegen.
- eine Anerkennung und ggf. Anrechenbarkeit ehrenamtlicher Tätigkeiten von Schülerinnen und Schülern, Berufsschülerinnen und -schülern sowie Studierenden als außerschulische Lernleistung oder als Ersatz von Grundfertigkeiten-Seminaren unterstützen.
- uns für eine Erhöhung der steuerlichen Freibeträge für Übungsleiter- und Ehrenamtszuschalen einsetzen und landesseitig ergänzende Entlastungen prüfen.
- die Arbeit der Ehrenamtsstiftung des Landes und des Bundes angemessen unterstützen, damit jede Form des Ehrenamtes kompetente Ansprechpartner findet.
- die Kooperation zwischen Schulen und Vereinen intensivieren, um gerade ehrenamtliches Engagement von Jugendlichen im Rahmen von Ganztagschulen zu fördern und nicht unnötig zu behindern.
- Anreize schaffen, um auch ältere Menschen sowie Menschen mit Behinderungen für ein ehrenamtliches Engagement zu ermutigen.
- gezielte Programme zur Stärkung ehrenamtlicher Strukturen im ländlichen Raum entwickeln, insbesondere dort, wo Bevölkerungsrückgang Vereine und Initiativen gefährdet.
- Ehrenamtler, die sich für das Gemeinwohl engagieren, rechtlich verlässlich gegen physische und verbale Angriffe Dritter schützen.
- verlässliche und unbürokratische Erstattungsverfahren für Arbeitgeber sicherstellen, wenn Mitarbeitende für ehrenamtliche Einsätze oder Ausbildungen freigestellt werden.
- ehrenamtliches Engagement im Brand- und Katastrophenschutz (FFW, DRK, THW etc.) besonders fördern.
- Vereine bei der DSGVO-Umsetzung entlasten: praxisnahe Muster (Einwilligungen, Website, Mitgliederlisten), zentrale Beratung und Bagatellregelungen dort nutzen, wo Risiken gering sind – Datenschutz mit Augenmaß.
- die Ehrenamtskarte durch Einbindung privater Akzeptanzstellen deutlich attraktiver sowie durch die Anerkennung von bestehenden Nachweisen bürokratieärmer gestalten.
- Förderprogramme für Vereine stärker pauschalisieren und Antrags- sowie Verwendungsnachweise deutlich vereinfachen.

Sport stärkt Eigeninitiative, Gemeinsinn und Fairness

Sport ist Freiheit und Eigenverantwortung in Bewegung. Die größten Bürgerinitiativen in unserem Bundesland sind die Sportvereine, ohne deren Strukturen und ehrenamtliche Führungskräfte sowie Trainerinnen und Trainer das vielfältige Sportangebot in Mecklenburg-Vorpommern nicht möglich wäre. Wir brauchen den Sport zudem als Beitrag zur gesundheitlichen Prävention und Rehabilitation.

Sport stärkt als Baustein der Bürgergesellschaft die Eigeninitiative der Menschen, ihre Innovationsfreude und vermittelt Werte, wie Fairness, Disziplin und Leistungsbereitschaft, die unserem liberalen Menschenbild entsprechen. Sport ist einer der Schlüssel zu gelingender Integration und Inklusion. Damit der Sport sein Potenzial auf diesem Feld noch besser entfalten kann, wollen wir die Kooperation von Politik und Vereinen, Schulen und Hochschulen, Unternehmen und sozialen Einrichtungen erweitern und fördern. Liberale Sportpolitik setzt auf Vertrauen: weniger Vorschriften, mehr Spielräume, verlässliche Förderung.

Der Sport ist darüber hinaus ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, der einen Markt für Sportgeräte, sportnahe Produkte und Dienstleistungen schafft und damit nicht nur Angebote für unsere Bürger und Bürgerinnen bereithält, sondern zur Attraktivität des Tourismusstandorts Mecklenburg-Vorpommern beiträgt.

Die Bedeutung des Sportes für unsere Gesellschaft sollte allen bewusst sein. Betrachtet man den Zustand vieler Sportstätten im Land, wird dieser der Bedeutung jedoch in keiner Weise gerecht. Oft fehlen die Mittel für laufende Instandhaltung und es wird erst gehandelt, wenn nach dem Verfall nur noch Neubau infrage kommt. Wir brauchen eine ehrliche Bestandserhebung. Dieser folgen die Schritte Prioritäten nach Nutzung und Bedarf, planbare Programme statt Notlösung.

Wir Freie Demokraten werden:

- Kooperation Schule-Verein ausbauen und Sportangebote in der Ganztagsbetreuung erleichtern.
- uns bei den Kommunen stark machen, dass Schulen und öffentliche Sportanlagen außerhalb der Unterrichtszeiten konsequent für Vereine geöffnet sind.
- Voraussetzungen per Landesverordnung schaffen, um allen Schulen in Kooperation mit den Sportvereinen und Sportverbänden die Einführung von sportbetonten Klassen zu ermöglichen.
- auch im Sport Hindernisse abbauen, die sich aus allzu bürokratischen gesetzlichen Regelungen oder einem unverhältnismäßig strengen Verwaltungsvollzug ergeben, insbesondere bei Förderanträgen, Genehmigungen und Bauvorhaben.
- die Sportfinanzierung auf transparente und verlässliche Grundlagen stellen und die Selbstverwaltungshoheit der Sportverbände respektieren.
- sicherstellen, dass jedes Kind spätestens bis zum Ende der Grundschule schwimmen kann.

- E-Sport als einen Teil des Sportes anerkennen, fördern und unterstützen.
- einen aussagekräftigen und regelmäßig fortzuschreibenden Zustandsbericht der Sportstätten im Land für einen sinnvollen Mitteleinsatz einfordern
- gemeinsam mit Kommunen ein langfristiges Programm zur Sanierung und Modernisierung von Sportstätten auflegen und dafür eine verlässliche und planbare Förderkulisse schaffen.
- die barrierefreie Planung und Anpassung von Sportstätten unterstützen, um Teilhabe für alle zu sichern.
- flexible und mobile Sportangebote fördern, um auch in dünn besiedelten Regionen ein vielfältiges Sportangebot zu sichern.
- gemeinsam mit den Fachgremien den Sporttourismus weiterentwickeln.

Spitzensport braucht Spitzenförderung

Wir Freie Demokraten bekennen uns eindeutig zum Spitzensport und dessen Förderung in unserem Bundesland, denn ohne Spitze keine Breite im Sport und umgekehrt.

Die Förderung des Leistungssports bleibt wesentliche Aufgabe des Bundes. Breitensport ist vor allem Aufgabe von Ländern und Kommunen – und muss dafür finanziell verlässlich abgesichert werden.

Wir Freie Demokraten wollen einen besseren Informationsaustausch zwischen den Verbänden und Organisationen bei der Abstimmung von möglichen Fördermaßnahmen. Leistungssport und Breitensport profitieren voneinander. Spitzensportlerinnen und Spitzensportler begeistern und animieren als Vorbilder zum Sporttreiben. Um es bis in diese nationale und internationale Spitze zu schaffen, bedarf es aber nicht nur jeder Menge Fleiß und Talent, sondern ebenso einer funktionierenden Infrastruktur. Dazu gehören sowohl die Sportstätten als auch die Trainerinnen und Trainer sowie die Betreuerinnen und Betreuer.

Unser besonderes Augenmerk und unsere Unterstützung gelten dabei den Sportschulen des Landes, den Olympiastützpunkten sowie den angeschlossenen und kooperierenden Vereinen.

Wir Freie Demokraten werden:

- die finanzielle Unterstützung im Leistungssport an der internationalen Wettbewerbsfähigkeit orientieren.
- mit Bund, Sportverbänden und starken Partnern eine moderne Spitzensport-Strategie entwickeln – damit Training, Ausbildung/Beruf und Förderung verlässlich zusammenpassen und Mecklenburg-Vorpommern für Talente attraktiv bleibt.
- dabei auf Rahmenbedingungen setzen, die sowohl im Sportlichen als auch im Bereich von Ausbildung und Beruf Nachteile verhindern und eine freiheitliche Entfaltung der Athletinnen und Athleten ermöglichen.
- innerhalb eines dualen Systems Verantwortung für die Athletinnen und Athleten übernehmen und Trainings-, Wettkampf-, Ausbildungs-, Studien- und Arbeitszeiten einander anpassen.
- die Vereinbarkeit von Leistungssport, Ausbildung, Studium und Beruf durch flexible Modelle weiter verbessern.
- darüber hinaus die Unternehmen auch in diesem Bereich für die Unterstützung des Spitzensports sensibilisieren.
- die Stabsstelle Sport in der Landesregierung wieder aufwerten.
- Planungssicherheit für alle Beteiligten in der Sportförderung schaffen.
- Behindertensport gezielt unterstützen – bei barrierefreien Anlagen, qualifizierter Betreuung und inklusiven Wettkämpfen.

- die Sichtbarkeit des Behindertensports durch sportliche Großveranstaltungen erhöhen.

Brand- und Katastrophenschutz schützt Freiheit und fordert Eigenverantwortung

Unsere Freiheit, unser Leben, unsere Unversehrtheit und unser Hab und Gut kann schnell durch Brand und Katastrophen bedroht sein. Vorsorge ist eine gemeinsame Aufgabe: Bürgerinnen und Bürger, Kommunen und Staat – getragen von starken Blaulichtorganisationen und kluger Ausstattung.

Wir Freie Demokraten wollen, dass diese Menschen, die sich im Zivil-, Brand- und Katastrophenschutz engagieren, die volle Wertschätzung erhalten, die sie verdienen.

Menschen, die sich bewusst dafür entscheiden, dem Schutz anderer die eigenen Bedürfnisse, die eigene Freizeit und das eigene Gefahrenrisiko unterzuordnen haben es verdient, dass ihre Arbeit so gut wie möglich unterstützt wird, sie optimal ausgerüstet und vernetzt sind.

Gegen die aufkommende Aggressivität und Feindlichkeit gegenüber denjenigen, die andere retten und schützen, stellen wir Freie Demokraten uns in aller Klarheit und schützen Helferinnen und Helfer vor jeder Form von Angriffen.

Gerade für die ehrenamtlichen Strukturen muss sich Wertschätzung in Ausrüstung, Ausbildung, Entlastung und verlässlicher Finanzierung zeigen und nicht nur in warmen Worten.

Für schnelle Hilfe wollen wir eine landesweit einheitliche Ersthelfer-App etablieren und breit bekannt machen, damit qualifizierte Ersthelfende im Umfeld eines Notfalls sofort alarmiert werden können.

Die Feuerwehren müssen oft um ihre angemessene Ausstattung ringen, mit viel Kraft und Energie, die sie eigentlich für ihre Einsätze brauchen.

Dem wollen wir Freie Demokraten mit einem Ausrüstungs- und Versorgungssystem entgegenkommen, das Antragstellungen und Beschaffungen vereinfacht und die Ausrüstung immer auf den aktuellen Stand bringt.

Die Ausstattung der Blaulichteinheiten darf für uns Freie Demokraten nicht von der Kassenlage abhängig gemacht werden, weder in den Kommunen noch im Land noch im Bund. Denn jeder Schaden, der wegen einer Ausrüstungslücke, wegen fehlender Vernetzung und wegen jeder Verzögerung entsteht, wird uns um ein Vielfaches teurer zu stehen kommen.

Wir Freie Demokraten werden:

- Rettungswachen modernisieren, Rettungswagen und Hubschrauber bedarfsgerechter im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern verteilen.

- Freiwillige Feuerwehren insbesondere im ländlichen Raum gezielt stärken und modernisieren und in ihrer Nachwuchsarbeit gezielt unterstützen.
- Einsatzkräfte mit modernster Technik ausstatten, mit digitaler Alarmierung, mit klaren und digital koordinierten Einsatzplänen und mit GPS-gestützter Koordination.
- die landesweit einheitliche Ersthelfer-App verlässlich betreiben, weiterentwickeln und in Leitstellenprozesse integrieren.
- flächendeckend auf einen Mix aus Sirenen, Warn-Apps, Cell Broadcast und Pegelüberwachung setzen. So wird jede und jeder schnell gewarnt - ob bei Starkregen, Blackout oder anderen Krisen.
- kritische Infrastruktur wie Rettungswachen, Leitstellen und Katastrophenschutzeinrichtungen flächendeckend mit Notstromversorgung ausstatten.
- Transparenz und Zweckbindung stärken: Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer sollen nachvollziehbar und prioritär für Ausstattung, Ausbildung und Infrastruktur der Feuerwehren genutzt werden.
- landesweit einheitliche Regeln für Freistellung, Lohnfortzahlung und Entschädigung schaffen – für anerkannte Hilfsorganisationen ebenso wie für Feuerwehr/THW, auch außerhalb formaler Katastrophenlagen.
- zur Nachwuchsgewinnung fordern, dass bereits in der Schule Kurse oder sogar Bestandteile der Grundausbildung der Feuerwehr, des THW, des DRK und ähnlicher Organisationen im Rahmen von Projekten, als Wahl(pflicht)fächer oder in Arbeitsgemeinschaften angeboten werden können.
- regelmäßige landesweite Katastrophenschutzübungen durchführen und die Zusammenarbeit aller beteiligten Akteure stärken.

Du willst was reißen?
Wir auch.

Rechtsstaatlichkeit

Innen und Recht

Die Rechtsstaatlichkeit ist das Fundament unserer freiheitlichen Grundordnung. Der Rechtsstaat schützt die Freiheit jedes Einzelnen, schützt ihn vor Willkür durch die Bindung der staatlichen Gewalt an Recht und Gesetz und garantiert den Rechtsweg. Bürgerinnen und Bürger müssen sich darauf verlassen können, dass Recht schnell durchgesetzt wird, Straftaten konsequent verfolgt werden und staatliche Institutionen handlungsfähig sind. Sicherheit entsteht nicht durch immer neue Vorschriften, sondern durch klare Regeln, präsenze Polizei und Sicherheitsbehörden und eine leistungsfähige Justiz.

Wenn Regeln nicht mehr klar verständlich sind, nicht konsequent durchgesetzt werden, sich Verfahren in die Länge ziehen, Straftaten unaufgeklärt bleiben oder Behörden überlastet sind, leidet das Vertrauen in den Rechtsstaat.

Dieses Vertrauen wollen wir stärken. Mit klaren Gesetzen, klar geordneten Prioritäten in der klar nachvollziehbaren Umsetzung durch funktionierende Strukturen.

Sicherheit und Ordnung

Wir Freie Demokraten stehen für eine leistungsstarke Polizei, die als bürgernaher Ansprechpartner im ganzen Land sichtbar ist. Präsenz auf der Straße und eine hohe Aufklärungsquote sind uns wichtiger als ein aufgeblähter Verwaltungsapparat. Derzeit steht nur ein Drittel der Polizeistellen tatsächlich für den Dienst auf der Straße zur Verfügung. Das ist zu wenig. Hier besteht akuter Handlungsbedarf.

Die Landesregierung hat es versäumt, rechtzeitig auf die absehbare Pensionierungswelle zu reagieren. Neue Polizeibeamtinnen und -beamte fallen nicht vom Himmel.

Sie müssen ausgebildet werden. Doch die Ausbildungsstätte in Güstrow arbeitet bereits an personellen und logistischen Grenzen.

Wir Freie Demokraten setzen deshalb auf zwei klare Schritte: höhere Ausbildungskapazitäten und weniger polizeifremde Aufgaben. Polizeibeamte sollen wieder das tun können, wofür sie ausgebildet sind: Bürger schützen und Straftaten verfolgen.

Dafür werden wir bürokratische Dokumentations- und Verwaltungspflichten spürbar reduzieren. Reine Verwaltungsaufgaben, Transportdienste und routinemäßiger Schreibearbeiten gehören nicht dauerhaft in die Hände von Vollzugsbeamten. Wir wollen hierfür gezielt Verwaltungsangestellte einsetzen, um den Polizeidienst zu entlasten. Denn jede Stunde im Streifendienst zählt. Eine immer weitergehende Datensammelwut des Staates lehnen wir ab. Unüberschaubare Datenberge schaffen keine Sicherheit.

Entscheidend sind gut ausgebildete, modern ausgestattete und motivierte Polizeibeamte.

Dazu gehören gute Arbeitsbedingungen und eine amtsangemessene Besoldung, die der besonderen Belastung des Polizeidienstes Rechnung tragen. Der hohe Krankenstand zeigt, dass hier Verbesserungen nötig sind. Bisher von der Landesregierung hingenommene Beförderungsstaus wollen wir vermeiden.

Denn Leistung muss sich lohnen.

Transparenz ist gerade bei Sicherheit und Ordnung aufgrund der starken Eingriffsbefugnisse des Staates entscheidend. Wir Freie Demokraten stehen für die ehrliche Erfassung von Straftaten, einschließlich der Herkunft der Täter oder der Zuordnung zu extremistischen politischen Spektren. Probleme zu verschweigen, schwächt das Vertrauen in unseren Rechtsstaat.

Vorgänge wie der Fall des ehemaligen Innenministers Caffier oder die bis heute nicht vollständig aufgeklärten Aktivitäten der extremistischen Gruppe "Nordkreuz", an der auch ehemalige oder aktive Angehörige von Sicherheitsbehörden beteiligt waren, haben Vertrauen beschädigt. Solche Fälle dürfen sich nicht wiederholen. Gleichzeitig gilt: Die überwältigende Mehrheit unserer Polizeibeamten leistet täglich hervorragende Arbeit und verdient Respekt und Unterstützung. Einzelne Verfehlungen dürfen nicht das Bild einer gesamten Institution prägen.

Wir Freie Demokraten werden deshalb klare Rahmenbedingungen schaffen, damit extremistische Umtriebe in Polizei, Landeskriminalamt und Verfassungsschutz lückenlos aufgeklärt werden. Beamtinnen und Beamten müssen die Möglichkeit haben, sich bei Fehlentwicklungen vertraulich an eine unabhängige Stelle zu wenden. Nur mit Transparenz, klaren und verständlichen Regeln und Integrität bleibt unser Rechtsstaat stark.

Wir Freie Demokraten werden:

- den Personalschlüssel der Landespolizei bedarfs- und aufgabengerecht anpassen, und wieder mehr Polizeibeamte im operativen Dienst einsetzen. Sicherheit entsteht durch Präsenz.
- eine verlässliche Polizeipräsenz auch im ländlichen Raum sicherstellen. Wer in Vorpommern oder der mecklenburgischen Seenplatte lebt, hat denselben Anspruch auf schnelle Hilfe wie in den Städten.
- die Aus- und Fortbildung auf höchstem Niveau gewährleisten und den Standort der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege in Güstrow personell und finanziell stärken.
- eine flächendeckende Videoüberwachung und automatisierte Gesichtserkennung klar und deutlich ablehnen. Freiheit darf nicht permanenter Beobachtung weichen.
- die Polizei von übermäßiger Bürokratie entlasten, damit sie ihren Dienst auf der Straße und nicht hinter Bildschirmen verrichtet. Dokumentationspflichten und innerbehördliche Verwaltungsaufgaben wollen wir deutlich reduzieren und auf Verwaltungsangestellte übertragen.
- für moderne und vollständig digitale Abläufe sorgen. Interaktive Streifenwagen und verlässliche mobile Endgeräte sollen es ermöglichen, Daten direkt vor Ort zu erfassen – ohne doppelte Eingaben und Papierberge.
- Ressourcen bündeln und effizient einsetzen. Dazu gehören die verstärkte Kooperation bei der Nutzung von Polizeihubschraubern mit der Bundespolizei und anderen Landespolizeien sowie die Zusammenlegung von Bußgeldstellen.
- Verbindungen von Sicherheitskräften zu extremistischen Netzwerken konsequent aufklären und präventiv unterbinden, um verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen.
- eine pseudonymisierte Kennzeichnungspflicht für alle Polizeibeamtinnen und -beamte bei Einsätzen einführen. So wird polizeiliches Handeln transparent, ohne die persönliche Sicherheit der Einsatzkräfte zu gefährden.
- die Funktion des Polizeibeauftragten stärken: als unabhängige Anlaufstelle für Bürger bei Beschwerden sowie für Polizeibeschäftigte bei internen Konflikten.
- eine Sonderkommission zur Aufklärung von Angriffen auf Sicherheitskräfte einrichten und solche Taten konsequent verfolgen. Wer Polizistinnen und Polizisten angreift, greift unseren Rechtsstaat an.
- Femiziden entschlossen entgegenwirken. Durch frühzeitige Gefährdungsanalysen, enge Abstimmung der Behörden und wirksame Schutzmaßnahmen. Bis zu einer bundesweiten Regelung im Gewaltschutzgesetz wollen wir das Sicherheits- und Ordnungsgesetz so ändern, dass bei häuslicher Gewalt auch eine elektronische Fußfessel angeordnet werden kann.

- die Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden anderer Länder, des Bundes und unserer Nachbarstaaten verbessern.
- Mit einer Bundesratsinitiative für eine „Föderalismuskommission III“ wollen wir die Sicherheitsarchitektur klarer ordnen damit Zuständigkeiten eindeutig sind und Behörden bei Bedrohungslagen schneller handeln können.
- verdachtsunabhängige Massenüberwachung ablehnen. Das heißt für: keine anlasslose Vorratsdatenspeicherung, keine flächendeckende Erfassung aller Kfz-Daten. Stattdessen setzen wir auf das Quick-Freeze-Verfahren: Daten werden nur bei einem konkreten Verdacht gesichert.
- uns für eine bundesweit einheitliche Lösung zur Drohnenabwehr einsetzen und unsere Sicherheitsbehörden technisch und rechtlich in die Lage versetzen, kritische Infrastruktur, Großveranstaltungen und Sicherheitsbereiche wirksam zu schützen.
- die Einsatzbereitschaft der Bereitschaftspolizei langfristig sichern und mit einem zusätzlichen Standort in Anklam stärken.

Bekämpfung von Cyberkriminalität ohne Staatstrojaner

Unsere Welt wird immer digitaler. Wir arbeiten online, speichern unsere Daten in der Cloud und steuern unsere sogar Energie- und Wasserversorgung über digitale Systeme. Das schafft Chancen. Aber auch Angriffsflächen.

Wenn Hacker Krankenhäuser lahmlegen, Unternehmen erpressen und staatliche Einrichtungen attackieren, steht mehr auf dem Spiel als Technik. Es geht um unsere Freiheit, um das Vertrauen in den Staat und um unsere Sicherheit.

Für uns Freie Demokraten ist Cybersicherheit deshalb Teil der öffentlichen Sicherheit. Sie ist Grundvoraussetzung für einen funktionierenden Staat. Doch der Staat darf nicht selbst zum Risiko werden. Wer Sicherheitslücken kennt, muss sie konsequent schließen und nicht heimlich offenhalten, um sie für eigene Überwachungszwecke zu nutzen.

Hier ziehen wir eine klare Grenze.

Der sogenannte Staatstrojaner ermöglicht es Behörden, heimlich in digitale Geräte einzudringen und Kommunikation mitzulesen. Dafür werden Sicherheitslücken bewusst offengehalten oder sogar ausgenutzt. Das schwächt die IT-Sicherheit aller, von Privatpersonen bis zu Unternehmen. Ein Staat, der auf Sicherheitslücken setzt, gefährdet seine eigenen Bürger.

Wir Freie Demokraten setzen auf einen anderen Weg: gezielte Strafverfolgung und hochqualifizierte Spezialisten statt Massenüberwachung.

Wir Freie Demokraten werden:

- die personelle und technische Ausstattung der Cybersicherheitsbehörden gezielt stärken.
- staatliche und wirtschaftliche Spionage entschlossen abwehren, um Bürger, Unternehmen und Behörden wirksam zu schützen.
- digitale Souveränität und Cybersicherheit als Teil der Grundversorgung anerkennen, denn Cybersicherheit ist öffentliche Sicherheit.
- Zuständigkeiten in der Cybersicherheit klarer ordnen, damit im Ernstfall keine Zeit im Kompetenzgerangel untergeht.
- einen Cybersicherheitscheck aller Landes- und kommunalen IT-Strukturen durchführen und unterstützen.
- kritische Einrichtungen, wie Krankenhäuser, Energieversorger, Wasserwerke und kommunale Verwaltungen besonders schützen sowie regelmäßige IT-Notfallübungen in den Kommunen ausbauen.

- bis 2031 Quanten-Kryptographie und Post-Quanten-Kryptographie (PQC) in sensiblen Bereichen der Landesverwaltung einführen.
- die Hochschulförderung im Bereich moderner Verschlüsselungsalgorithmen gezielt verbessern.
- nationale und internationale Kooperationen im Bereich der Cybersicherheit stärken und ausbauen.
- das Prinzip des “Ethical Hacking” einführen: Aufspüren, Aufdecken und Melden von Sicherheitsmängeln bei Landesverwaltung und Kommunen unterstützen und belohnen, statt zu bestrafen.
- Sicherheitsstandards für die IT des Landes und der Kommunen klar definieren und festlegen.
- kleine und mittlere Unternehmen durch Beratungs- und Informationsangebote bei der Verbesserung ihrer IT-Sicherheit unterstützen.

Unabhängige Justiz stärken

Ein Rechtsstaat ist nur so stark wie seine Fähigkeit, Recht schnell und konsequent durchzusetzen. In unserem System der Gewaltenteilung ist die Justiz die letzte Instanz. Gesetze, die der Landtag beschließt, und Maßnahmen, die die Verwaltung ausführt, müssen vor den Gerichten Bestand haben.

In Mecklenburg-Vorpommern dauern Gerichtsverfahren oft zu lange. Überlastete Staatsanwaltschaften und Gerichte sind vielerorts bereits Realität. In den kommenden Jahren wird sich die Lage weiter zuspitzen: Rund zwei Drittel der Richter sowie der Staatsanwälte gehen in den Ruhestand.

Neues Personal muss erst gewonnen, ausgebildet und eingearbeitet werden. Ohne rechtzeitiges Gegensteuern drohen Qualitätsverluste und noch längere Verfahrenszeiten.

Wir Freie Demokraten ziehen daraus eine klare Konsequenz: Der Justizdienst muss bedarfsgerecht personell verstärkt werden, damit die Funktionsfähigkeit unserer Gerichte dauerhaft sicher ist.

Außerdem müssen die Arbeitsbedingungen spürbar verbessert werden. Mecklenburg-Vorpommern ist ein Flächenland. Lange Wege, Versetzungen und unsichere Perspektiven machen den Justizdienst für junge Juristinnen und Juristen oft unattraktiv. Probezeiten müssen auf das Nötige verkürzt werden, Vorverwendungen anerkannt und individuelle Verwendungswünsche stärker berücksichtigt werden.

Versetzungen sollten grundsätzlich freiwillig erfolgen. Wo das nicht möglich ist, müssen familiäre Belange berücksichtigt werden. Dazu kommen wettbewerbsfähige Besoldung und moderne Arbeitsbedingungen – nicht nur für Staatsanwälte und Richter, sondern für alle Beschäftigten im Justizdienst.

Ein starker Rechtsstaat braucht klare institutionelle Unabhängigkeit. Wir Freie Demokraten lehnen jede politische Einflussnahme auf Staatsanwaltschaften vehement ab. Der Europäische Gerichtshof hat unmissverständlich klargestellt, dass deutsche Staatsanwaltschaften wegen ihrer Weisungsgebundenheit gegenüber der Exekutive keine europäischen Haftbefehle ausstellen dürfen. Wir fordern, daraus endlich die notwendigen Konsequenzen zu ziehen und die Staatsanwaltschaften so unabhängig zu machen wie die Richterschaft.

Auch die Struktur der Gerichte muss zum Land passen. In einem Flächenland darf sich der Rechtsstaat nicht weiter aus der Fläche zurückziehen. Gerichte und Staatsanwaltschaften müssen für die Bürger erreichbar sein.

Zugleich wollen wir die Effizienz der Justiz konsequent steigern. Die Digitalisierung bietet hier große Chancen. Elektronische Akten mit moderner IT und durchgängig digitale Verfahren können die Beschäftigten entlasten.

Im Strafvollzug setzen wir auf ein ausreichendes Angebot an Haftplätzen und eine gute personelle Ausstattung. Resozialisierung gelingt nur, wenn Gefangene nicht nur verwahrt, sondern sinnvoll betreut werden. Die Mitarbeiter im Strafvollzug arbeiten unter schwierigen Bedingungen. Ihnen wollen wir mit deutlich besserer Ausstattung und mehr Personal begegnen.

Wir Freie Demokraten werden:

- die Zahl der Richter, Staatsanwälte sowie der Mitarbeitenden in den Justizbehörden unverzüglich bedarfsgerecht erhöhen.
- die Personalschlüssel bei Staatsanwaltschaften, Gerichten sowie im Strafvollzug anheben.
- für exzellente Aus- und Fortbildung der Richterschaft, der Staatsanwaltschaft sowie der Justizbediensteten sorgen. Zeitgleich streben wir eine angemessene und leistungsgerechte Bezahlung sowie Beförderungs- und Aufstiegspektiven an.
- die Digitalisierung der Justiz konsequent vorantreiben, um Verfahren zu beschleunigen und Medienbrüche zwischen Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichten zu beenden.
- Forschung und Erprobung neuer Technologien, insbesondere den Einsatz von künstlicher Intelligenz, fördern, um Abläufe effizienter zu gestalten, ohne die richterliche Unabhängigkeit einzuschränken. die elektronische Ermittlungsakte mit einer Schnittstelle zur polizeilichen Akte flächendeckend einführen.
- das Berufsbild der Justizwachtmeister modernisieren und an neue Anforderungen anpassen.
- den Justizvollzug personell stärken sowie Mittel für Ausrüstung und Kleidung anheben und regelmäßig anpassen.
- uns für eine vollständig unabhängige Staatsanwaltschaft einsetzen. Denn Strafverfolgung muss frei von politischer Einflussnahme sein.
- die vollständige Digitalisierung der Gerichte vorantreiben.
- die Arbeitsbedingungen für Richterinnen, Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte verbessern. Dazu gehört eine wettbewerbsfähige Besoldung.

Ausbildung von Juristinnen und Juristen stärken

Ein Rechtsstaat braucht gut ausgebildete Juristinnen und Juristen. Doch Mecklenburg-Vorpommern steht vor einer massiven Herausforderung: In den kommenden zehn Jahren werden rund zwei Drittel der Richter sowie Staatsanwälte in den Ruhestand gehen. Diese Entwicklung ist kein Zufall. Nach der Wiedervereinigung wurden viele Stellen gleichzeitig neu besetzt. Hinzu kam ein Personalmanagement, das den Generationenwechsel nicht vorbereitet hat. Die Folge ist eine heute unausgewogene Altersstruktur in der Justiz. Es drohen Engpässe in Gerichten und Staatsanwaltschaften, die mit längeren Verfahren und wachsender Belastung für die verbliebenen Beschäftigten einhergehen.

Um die altersbedingten Abgänge auszugleichen, müssen in den kommenden Jahren rund 300 Proberichter eingestellt werden. Doch schon heute zeigt sich: Es fehlt an qualifizierten Bewerbern. Diese Situation wird sich ohne strukturelle Veränderungen nicht verbessern. Ein zentraler Grund liegt in der Ausbildungssituation im Land. Das Studium der Rechtswissenschaft mit dem Abschluss des Ersten Juristischen Staatsexamens wird nur noch an der Universität Greifswald angeboten. Seit der faktischen Schließung der juristischen Fakultät in Rostock ist die Zahl der Absolventen deutlich gesunken. Damit fehlen Nachwuchskräfte für den juristischen Vorbereitungsdienst.

Wir Freie Demokraten wollen eine wieder attraktive und leistungsfähige Ausbildungsstruktur für Juristen im Land. Damit stärken wir unsere Justiz dauerhaft.

Wir Freie Demokraten werden:

- die Attraktivität der Juristenausbildung in Mecklenburg-Vorpommern steigern.
- die Juristenausbildung umfassend modernisieren, um den aktuellen Herausforderungen zu begegnen.
- digitale Prüfungsformate und moderne Arbeitsmittel in der juristischen Ausbildung einführen und ausweiten.
- Ausbildungskapazitäten flexibel und bedarfsgerecht ausbauen, um allen geeigneten Bewerbern gerecht zu werden.
- die Zusammenarbeit zwischen Justiz und Universitäten stärken, um junge Talente frühzeitig für den öffentlichen Dienst zu gewinnen.
- den Examenstudiengang Rechtswissenschaften an der Universität Rostock wieder eröffnen, um den Justizstandort zu stärken und die Abwanderung junger Talente zu verhindern.

Datenschutz und Recht auf informationelle Selbstbestimmung

In einer digitalen Gesellschaft ist Datenschutz kein Nebenthema, sondern wesentliches Element eines liberalen Rechtsstaates. Er schützt ein zentrales Grundrecht: das Recht jedes Einzelnen, selbst zu bestimmen, wer welche persönlichen Daten erhält und wie sie verwendet werden.

Gleichzeitig erleben wir ein anderes Problem. Datenschutz wird immer wieder als Ausrede genutzt, um digitale Verwaltungsangebote, um Datenaustausch zwischen Behörden oder um den Einsatz moderner Technologien wie Künstliche Intelligenz zu bremsen. Das blockiert Fortschritt und frustriert Bürger, Unternehmen und Vereine. Die Folge sind unnötige Einwilligungserklärungen und immer neue Datenschutzhinweise, die kaum verstanden werden. Daten, die der Staat längst gespeichert hat, werden erneut abgefragt. Das frisst Zeit und Ressourcen.

Für uns Freie Demokraten ist klar, dass Datenschutz auch ein Grundrechtsschutz ist. Aber er darf nicht zur Innovationsbremse werden. Wir brauchen einen pragmatischen, klaren Datenschutz. Wir sehen mit Sorge, dass unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung immer neue Überwachungsbefugnisse beschlossen wurden. Jede einzelne dieser Regelungen muss regelmäßig auf Wirksamkeit, Verhältnismäßigkeit und praktische Umsetzbarkeit überprüft werden. Sicherheit darf nicht schleichend Freiheit verdrängen. Die jüngste Novellierung des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes bewerten wir kritisch. Einen Großteil der Regelungen halten wir für rechtlich fragwürdig oder praktisch untauglich.

Wir Freie Demokraten werden:

- den Datenschutz pragmatisch ausgestalten und gleichrangig mit anderen Schutzgütern stellen, statt ihm einen steten Vorrang einzuräumen.
- klare Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung und den behördlichen Austausch personenbezogener Daten schaffen, damit bereits vorliegende Daten nicht immer neu erhoben werden müssen.
- Datenabrufe von Behörden auf zentralen E-Government-Plattformen für Bürger transparent machen.
- uns gegen jede unnötige Erhebung, Speicherung oder Verarbeitung personenbezogener Daten einsetzen.
- uns auf Bundesebene für einheitliche Datenschutzauslegungen einsetzen. Die Landesdatenschutzbeauftragten sollen an übergeordnete Entscheidungen der Datenschutzkonferenz gebunden werden. Auch eine Bündelung beim Bundesbeauftragten prüfen wir ergebnisoffen.
- alle Sicherheits- und Überwachungsgesetze regelmäßig auf Wirksamkeit und Erforderlichkeit prüfen.
- die Überwachung der Telekommunikation strikt auf das notwendige Maß begrenzen.

- uns gegen anlasslose automatisierte Kennzeichenerfassungen aussprechen.
- das Prinzips der Datensparsamkeit konsequent umsetzen, insbesondere das Once-Only-Prinzip. Damit Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen Daten nur einmal angeben müssen.

Informationsfreiheit als Mittel der demokratischen Kontrolle stärken

Informationsfreiheit ist ein zentrales Instrument demokratischer Kontrolle. Bürgerinnen und Bürger müssen nachvollziehen können, wie Behörden entscheiden.

Für uns Freie Demokraten ist es selbstverständlich, dass jeder bei persönlicher Betroffenheit entsprechende Einsicht erhält. Ausnahmen kann es nur in engem Umfang bei vorrangiger Schutzwürdigkeit Dritter geben.

Wir wollen mehr Transparenz bei öffentlichen Aufträgen oder Verträgen zwischen Staat und Unternehmen. Der Staat wirtschaftet mit dem Geld der Bürger. Wir sehen Transparenz nicht als Risiko, sondern als Stärke. Wer Vertrauen in politische Entscheidungen stärken will, muss Einblicke ermöglichen – und zwar einfach, digital und nachvollziehbar.

Wir Freie Demokraten werden:

- das Informationsfreiheitsgesetz (IFG M-V) zu einem echten Transparenzgesetz weiterentwickeln und sämtliche Verfahren vollständig digitalisieren.
- Open-Data verpflichtend für alle Landesbehörden einführen, soweit nicht schutzwürdige Rechte betroffen sind. Die Entscheidung darüber darf nicht der Exekutive obliegen.
- mehr Transparenz bei Verträgen des Landes mit Dritten verankern, damit die Verwendung öffentlicher Gelder einer demokratischen Überprüfung offensteht.

Herausforderungen und Chancen der Migrationspolitik

Migration ist Realität – und sie bietet Chancen. Sie stellt unser Land aber auch vor große Herausforderungen. Wenn Regeln unklar sind oder Verfahren zu lange dauern, entstehen Frust und Unsicherheit. Wir Freie Demokraten stehen für eine Politik, die Humanität und Ordnung verbindet.

Unser Rechtsstaat setzt den Rahmen. Er garantiert Gleichberechtigung, schützt Minderheiten, die sexuelle Identität und sichert die Religionsfreiheit. Diese Werte gelten für alle, die hier leben. Wer zu uns kommt, kann und soll unsere Gesellschaft bereichern. Aber unsere Regeln sind nicht verhandelbar. Toleranz endet dort, wo Intoleranz beginnt.

Deutschland braucht klare Einwanderungsregeln. Deshalb setzen wir uns für ein modernes Einwanderungsgesetz ein. Maßstab soll sein, ob jemand seinen Lebensunterhalt eigenständig sichern kann. Auch Kriegsflüchtlinge können, wenn sie die Voraussetzungen erfüllen, auf dieser Grundlage einen Antrag stellen, in Deutschland zu bleiben. Es gibt jedoch keine Vorzugsbehandlung für bereits Eingewanderte.

Sonst setzen wir falsche Anreize für eine missbräuchliche Einwanderung unter Ausnutzung des Asylsystems.

Humanitärer Schutz bleibt selbstverständlich. Verfolgte Menschen bedürfen Asyl, Kriegsflüchtlinge brauchen subsidiären Schutz, also zeitlich begrenzten Schutz bei Gefahren im Herkunftsland. Dafür müssen Verwaltungsverfahren gestrafft werden. Asylverfahren müssen schneller bearbeitet und abgeschlossen werden. Menschen ohne Bleibeperspektive sollen nicht erst auf die Kommunen verteilt werden, wenn sie ohnehin abgeschoben werden müssen. Abschiebungen müssen bei Vorliegen der Voraussetzungen konsequent umgesetzt werden. Vollzugsdefizite bei Abschiebungen darf es nicht geben.

Menschen mit Bleibeperspektive benötigen Angebote für eine Integration vor Ort. Das umfasst auch Sprach- und Integrationskurse, da die Möglichkeit der Verständigung die Grundvoraussetzung für ein friedliches Zusammenleben ist. Soziale Leistungen sollen nur gewährt werden, wenn die Identität geklärt ist. Die zuständigen Behörden müssen Hilfeempfänger bei der Beschaffung notwendiger Dokumente unterstützen.

Junge Geflüchtete bis zum 27. Lebensjahr wollen wir gezielt in eine Ausbildung bringen. Wer eine Lehre beginnt, soll Planungssicherheit haben. Während ihrer Erstausbildung und zwei Jahre danach. Damit schaffen wir Perspektive für Geflüchtete und sichern Fachkräfte für unser Land.

Wir Freie Demokraten wollen, dass staatliche Leistungen dort ankommen, wo sie hingehören: bei den Menschen, die sie wirklich benötigen. Daher muss das landesweit einheitliches Bezahlkartensystem konsequent umgesetzt und beibehalten werden. Es schafft Transparenz und beugt Missbrauch vor.

Wichtig ist für uns: Regeln können nicht nur auf dem Papier gemacht werden, sondern müssen auch umgesetzt werden. Ein "Weiter so" des deutschen Alleinganges lehnen wir ab. Wir setzen uns dafür ein, dass auf europäischer Ebene eine Lösung für die aktuelle Flüchtlingskrise bzw. die Herausforderungen der Migrationspolitik gefunden wird.

Wir Freie Demokraten werden:

- die Regeln unseres Rechtsstaats effektiv und konsequent für alle Menschen gleichermaßen umsetzen.
- über Bundesratsinitiativen für ein modernes, effizientes Einwanderungsgesetz eintreten und dieses mit Leben füllen.
- Asylverfahren beschleunigen.
- Abschiebungen bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen konsequent umsetzen und dafür ausreichend Plätze in der Abschiebungshaft bereitstellen- Menschen ohne Bleibeperspektive in den Erstaufnahmeeinrichtungen belassen und die direkte Rückführung von dort sicherstellen.
- uns für ein Fairplay bei Sozialleistungen und die Unterstützung bei der Suche nach Ausbildung und Arbeit einsetzen.
- Integration durch Sprache, Arbeit und Werte fördern: verbindliche Kurse, direkter und unverzüglicher Zugang zu Jobs, klares Bekenntnis zum Grundgesetz.
- Ausländerbehörden personell und organisatorisch stärken, damit Verfahren schneller abgeschlossen werden können.
- die Kooperation mit unseren europäischen Partnern verstärken und europäische Lösungen für den Schutz der EU-Außengrenzen und eine Angleichung der Verfahren finden.

Jeder Extremist ist Mist

Extremismus bedroht unsere freiheitliche Demokratie. Wir Freie Demokraten sagen daher jeder Form von Extremismus den Kampf an. Als Liberale stehen wir in der Mitte der Gesellschaft und glauben an die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie. Intoleranz, Links- und Rechtsextremismus, religiösem Fanatismus und jeder anderen Art von Angriff auf unser Rechtssystem werden wir entschieden entgegentreten. Das beinhaltet nicht zuletzt auch den Kampf gegen die sogenannte Reichsbürgerbewegung.

Parallelgesellschaften, die sich außerhalb unseres Rechtssystems bewegen, lehnen wir entschieden ab. Bestehende Präventionsprogramme werden wir überprüfen und an die Herausforderungen der Gegenwart anpassen. Ehrenamtliches Engagement ist für uns ein zentraler Baustein im Kampf gegen Extremismus.

Deshalb wollen wir das Ehrenamt besser als bisher fördern und in staatliche Programme integrieren.

Unterstützung für die Opfer der DDR-Diktatur

In Mecklenburg-Vorpommern bewahren viele Behörden und Archive Unterlagen aus der Zeit der DDR auf. Darunter Krankenakten, Geburtsanzeigen, Jugendhilfe-Angelegenheiten und Akten der Jugendwerkhöfe. Die bisherige Praxis ist unübersichtlich. Es droht die Vernichtung der Akten.

Wir Freie Demokraten fordern eine bessere Zusammenarbeit und die Herausgabe von Dokumenten an die betroffenen Antragstellerinnen und Antragsteller. Die Betroffenen müssen einen gesetzlichen Anspruch darauf haben, Unterlagen kostenlos und unverzüglich zu erhalten. Die Vernetzung mit anderen Behörden und Bundesländern soll zudem die Forschung voranbringen und Aufklärung ermöglichen.

Wir Freie Demokraten werden:

- die Rolle des Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur in Mecklenburg-Vorpommern stärken und für die Aufgabenerfüllung angemessen ausstatten.
- die Aufbewahrungsfristen von Akten verlängern. In der Beratungsstelle sollen Betroffene Rat und Auskunft erhalten. Ist für die Durchsetzung von Ansprüchen aus erlittenem Unrecht während der DDR-Diktatur eine anwaltliche Begleitung notwendig, soll das Land die Kosten übernehmen.
- alle Akten erfassen, die Angaben über Betroffene von DDR-Unrecht enthalten könnten. Konkret: Was lagert wo, in welchen Jahrgängen, in welchem Archiv?
- Urteile, Beschlüsse und Entscheidungen, die Betroffene von DDR-Unrecht erwirken, in einer öffentlichen Datenbank zugänglich machen.

Unsere Heimat: Mecklenburg- Vorpommern, Deutschland, Europa

Wir leben in einer vernetzten, digitalen Welt. Durch die Globalisierung und den technischen Fortschritt rücken die Menschen näher zusammen. Noch nie zuvor in der Geschichte konnten sich Informationen, Güter und Menschen so schnell bewegen wie heute. Unser Bundesland liegt mitten in Europa und verbindet sowohl Skandinavien als auch Osteuropa mit der gesamten Bundesrepublik. Wir stehen in einem sehr engen Verhältnis mit unseren direkten Nachbarn und dem Rest Europas. Es braucht daher eine Politik, die Chancen nutzt und Herausforderungen annimmt, damit wir auch in Zukunft auf unsere guten nachbarschaftlichen Beziehungen setzen können. Das europäische Einigungsprojekt ist dabei Chance und Hürde zugleich.

Bürokratie reduzieren – Politik vereinfachen

Zu viel Bürokratie kommt aus Brüssel, noch viel mehr wird in Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern hinzugefügt. Sei es das Bundesdatenschutzgesetz, das angesichts der europäischen Datenschutzgrundverordnung eigentlich überflüssig ist oder das Vergabegesetz M-V, das zusätzlichen Regelungen zu europäischen Richtlinien schafft.

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Bürokratie nicht wächst. Regeln sollen nur dort entstehen, wo sie einen Mehrwert bringen. Dabei gilt: Probleme müssen auf kleinstmöglicher Ebene gelöst werden.

Europa als Chance für Austausch und Vielfalt

Europa ist für uns Freie Demokraten nicht nur die Chance auf eine Gemeinschaft, die den Frieden in Europa sichert. Europa ist für uns auch die Chance auf das Zusammenwachsen der Kulturen und den Austausch von Kultur, von Ideen und von Forschung. Die Vielseitigkeit Europas ist dabei eine Stärke, die wir bewahren und fördern wollen.

Wir Freie Demokraten setzen auch in Zukunft auf Europa. Durch die Bologna-Reform können Studierende ihr Studium an Hochschulen in vielen Ländern absolvieren. Wir fordern, dass auch die berufliche Ausbildung auf alle Länder der Europäischen Union ausgeweitet wird. Die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen und Zeugnissen soll erleichtert werden. Bestehende Kooperationen vor allem im Bereich Forschung und Wirtschaft im Ostseeraum wollen wir weiter stärken.

Demokratisches Wahlrecht auch für Europa

Das Wahlrecht der Europäischen Union entspricht nicht den demokratischen Mindestanforderungen des deutschen Grundgesetzes; die Wahlrechtsgrundsätze aus Art. 38 Abs. 1 S. 1 GG sind nicht eingehalten. Wir setzen uns dafür ein, dass eine Europäische Verfassung mit einem demokratischen Wahlrecht, einem Parlament mit eigener Gesetzgebungskompetenz und einer klaren Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen EU-Ebene und nationaler Ebene geschaffen wird.

Vor allem Themen wie Außenpolitik und Verteidigung müssen auf europäischer Ebene angesiedelt sein.

Mit klar definierten Zuständigkeiten und einer schlanken Regierung kann Europa mit einer Stimme nach Außen sprechen und seine Vielseitigkeit nach Innen erhalten.

Wir Freie Demokraten werden:

- uns dafür einsetzen, dass europäisches Recht in Mecklenburg-Vorpommern einfach, sinnvoll und unbürokratisch umgesetzt wird und verhindern, dass der Landesgesetzgeber zusätzliche Regelungen schafft, wo es bereits europäische Standards gibt.
- den kulturellen und wissenschaftlichen Austausch mit europäischen Nachbarländern wie zum Beispiel Polen und Dänemark weiter verfestigen, rechtliche Hürden für grenzüberschreitendes Handeln abbauen und bestehende Kooperationen weiterentwickeln.
- einen neuen Vorstoß für eine europäische Verfassung unterstützen und damit einen europäischen Staat mit klaren Kompetenzen, eindeutigen Regeln, einer direkt vom europäischen Volk gewählten Regierungsspitze, einer außenpolitischen Stimme und mit der Vielseitigkeit seiner Mitgliedsstaaten und Regionen.

Freiheit der Meinung schützen

Die Meinungsfreiheit ist ein zentrales Element unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Die freie Rede, insbesondere die Möglichkeit kontroverse oder unbequeme Meinungen zu äußern, bildet eine tragende Säule demokratischer Willensbildung und pluralistischer Diskurskultur.

Strafrechtliche Normen und medienaufsichtsrechtliche Instrumente dürfen nicht zur Durchsetzung gesellschaftlicher Mehrheitsmeinungen missbraucht werden. Vielmehr ist es Aufgabe demokratischer Politik, den offenen Diskurs zu schützen – auch und gerade dann, wenn er unbequem ist. Die offene Gesellschaft lebt vom Widerspruch, nicht von der Konformität.

Wir Freie Demokraten werden:

- sämtliche notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die Meinungsfreiheit als Grundrecht zu schützen und zu erhalten.
- uns für die vollständige und ersatzlose Streichung des § 188 StGB einsetzen.
- uns für eine Änderung des Digitale-Dienste-Gesetzes einsetzen, dass Betreibern von sozialen Netzwerken verboten wird, Inhalte unterhalb der Strafbarkeitsschwelle zu löschen.

Rundfunk und Medien

In einer Medienwelt mit nahezu unbegrenzter Auswahl durch Streaming-Dienste und Onlineplattformen müssen Größe und Zuschnitt des öffentlich-rechtlichen Rundfunks konsequent an den tatsächlichen Grundversorgungsauftrag angepasst werden.

Wir Freie Demokraten in Mecklenburg-Vorpommern stehen für einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der dort stark ist, wo der Markt allein nicht trägt: bei verlässlicher Information, politischer Bildung, Kultur, regionaler Berichterstattung sowie Angeboten für gesellschaftliche Teilhabe – und der sich gleichzeitig auf das Wesentliche konzentriert, Doppelstrukturen abbaut und wirtschaftlich arbeitet.

Wir Freie Demokraten werden:

- den Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks neu definieren und präzisieren – mit klarem Fokus auf „Public Value“ (Information, Bildung, Kultur, Regionalität) und einer eindeutigen Aufgabenbeschreibung als Grundlage für Struktur- und Finanzreformen.
- Doppelstrukturen konsequent abbauen (insbesondere innerhalb der ARD sowie zwischen ARD, ZDF und Deutschlandradio) und Verwaltung, Technik, Produktion sowie Beschaffung stärker bündeln, um Effizienzreserven zu heben.
- die Zahl der linearen Programme (Sender/Kanäle) reduzieren und den Ausbau weiterer Spartenangebote begrenzen, wo Inhalte bereits in Mediatheken oder über Kooperationen wirtschaftlicher bereitgestellt werden können.
- Mediatheken stärken statt Senderflächen ausweiten: Eigen- und Auftragsproduktionen sollen – sofern Rechte vorliegen und fair vergütet werden – länger online verfügbar bleiben, um öffentliche Inhalte besser zugänglich zu machen.
- den Rundfunkbeitrag mittel- bis langfristig deutlich senken, indem der Finanzbedarf strikt am präzisierten Auftrag, den verschlankten Strukturen sowie den Grundsätzen von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit ausgerichtet wird.
- alleinlebende Schülerinnen und Schüler, Studierende, Auszubildende sowie Freiwilligendienstleistende vom Rundfunkbeitrag befreien, um gerade junge Menschen und Personen in Ausbildung finanziell zu entlasten.
- Rundfunk- und Verwaltungsräte entpolitisieren: Aufsichtsgremien sollen ohne aktive Politikerinnen und Politiker besetzt werden und stattdessen die Gesellschaft in ihrer Breite repräsentieren – transparent, kompetenzbasiert und nachvollziehbar.
- die regionalen Programme konsequent auf Landes- und Regionalberichterstattung ausrichten: Der Schwerpunkt der „Dritten“ muss auf regionalen Inhalten liegen; außerhalb regionaler Sendezeiten soll ein einheitliches Rahmenprogramm möglich sein, statt Redundanzen zu produzieren.
- teure und wenig genutzte Verbreitungswege kritisch überprüfen und perspektivisch die terrestrische TV-Ausstrahlung dort beenden, wo sie im Verhältnis zum Nutzen unverhältnismäßig hohe Kosten verursacht; freiwerdende Frequenzen sollen – unter Wahrung der Interessen der Kulturwirtschaft (z. B. Funkmikrofone) – für zukunftsfähige Anwendungen wie rückkanalfähige Breitbanddienste oder Sicherheitsaufgaben nutzbar gemacht werden.